

**HESSISCHER LANDTAG**

21. 05. 2013

139. Sitzung

Wiesbaden, den 21. Mai 2013

Amtliche Mitteilungen	9857	Frage 868	9865
<i>Abgehalten</i>	9862	Marcus Bocklet	9865, 9865, 9865
Präsident Norbert Kartmann	9857, 9859, 9861	Minister Stefan Grüttner	9865, 9865, 9865, 9866
Oberbürgermeister Bertram Hilgen	9857	Gerhard Merz	9866
Alexandra Berge	9858, 9859	Frage 869	9866
Tobias Krechel	9858, 9859	Mathias Wagner (Taunus)	9866, 9866, 9867
Mathias Wagner (Taunus)	9860	Minister Axel Wintermeyer	9866, 9866, 9866, 9867
Günter Rudolph	9861	Tarek Al-Wazir	9866
Holger Bellino	9861	Frage 870	9867
Hermann Schaus	9861	Manfred Pentz	9867
1. Fragestunde		Minister Dr. Thomas Schäfer	9867
– Drucks. 18/7312 –	9862	Frage 871	9867
<i>Abgehalten</i>	9875	Torsten Warnecke	9867, 9868
Frage 865	9862	Minister Boris Rhein	9867, 9868
Mario Döweling	9862	Frage 872	9868
Minister Jörg-Uwe Hahn	9862, 9862	Marjana Schott	9868
Heike Hofmann	9862	Minister Stefan Grüttner	9868
Frage 866	9862	Frage 873	9868
Ernst-Ewald Roth	9862, 9863, 9863	Kordula Schulz-Asche	9868, 9869, 9869
Ministerin Eva Kühne-Hörmann	9863, 9863, 9863, 9863	Minister Stefan Grüttner	9868, 9869, 9869
Marius Weiß	9863	Frage 874	9869
Frage 867	9863	Martina Feldmayer	9869, 9869, 9869, 9870
Marcus Bocklet	9863, 9864, 9864		
Minister Stefan Grüttner	9864, 9864, 9864, 9864, 9865		
Mathias Wagner (Taunus)	9864		
Tarek Al-Wazir	9865		

Ministerin Eva Kühne-Hörmann	9869, 9869, 9870, 9870	2. Regierungserklärung des Hessischen Sozialministers betreffend „Hessen hat Familiensinn“	9875
Frage 875	9870	<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	<i>9902</i>
Martina Feldmayer	9870, 9870, 9871	42. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Hessen ist Familienland	
Ministerin Lucia Puttrich	9870, 9870, 9871, 9871, 9871	– Drucks. 18/7361 –	9902
Mario Döweling	9871	<i>Angenommen</i>	<i>9902</i>
Torsten Warnecke	9871	59. Dringlicher Entschließungsantrag der Abg. Dr. Spies, Merz, Decker, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend Hessen muss erst Familienland werden	
Frage 876	9871	– Drucks. 18/7393 –	9902
Ursula Hammann	9871, 9872, 9872	<i>Abgelehnt</i>	<i>9902</i>
Ministerin Lucia Puttrich	9871, 9872, 9872	62. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend zu spät, zu wenig, zu schlecht – massive Versäumnisse in der Familienpolitik – für eine aktive Familienpolitik	
Frage 877	9872	– Drucks. 18/7396 –	9902
Willi van Ooyen	9872, 9872, 9873	<i>Abgelehnt</i>	<i>9902</i>
Minister Boris Rhein	9872, 9872, 9873, 9873	Minister Stefan Grüttner	9875
Dr. Ulrich Wilken	9872	Gerhard Merz	9881, 9890
Frage 878	9873	René Rock	9885, 9890
Bettina Wiesmann	9873	Marcus Bocklet	9891
Minister Stefan Grüttner	9873	Marjana Schott	9894
Frage 879	9874	Bettina Wiesmann	9898
Dr. Ralf-Norbert Bartelt	9874		
Minister Stefan Grüttner	9874		
Frage 880	9874		
Gerhard Merz	9874, 9874, 9874		
Minister Boris Rhein	9874, 9874, 9875		
Frage 881	9875		
Sigrid Erfurth	9875		
Minister Dr. Thomas Schäfer	9875		

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsident Lothar Quanz
Vizepräsidentin Ursula Hammann

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund
Michael Boddenberg
Minister des Innern und für Sport Boris Rhein
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer
Kultusministerin Nicola Beer
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Florian Rentsch
Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich
Sozialminister Stefan Grüttner
Staatssekretär Michael Bußer
Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit
Staatssekretärin Dr. Zsuzsa Breier
Staatssekretär Werner Koch
Staatssekretär Horst Westerfeld
Staatssekretärin Prof. Dr. Luise Hölscher
Staatssekretär Prof. Dr. Alexander Lorz
Staatssekretär Ingmar Jung
Staatssekretär Steffen Saebisch
Staatssekretär Mark Weinmeister
Staatssekretärin Petra Müller-Klepper

Abwesende Abgeordnete:

Ismail Tipi

(Beginn: 14:03 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren der Landesregierung, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne, liebe Gäste! Ich möchte die 139. Plenarsitzung des Hessischen Landtags heute, am 21. Mai 2013, offiziell eröffnen.

Bevor wir in unser Tagesgeschäft eintreten, möchte ich wichtige, freundliche, sympathische, liebe Gäste begrüßen. Alljährlich feiern wir den Hessesttag, und alljährlich gibt es als äußeres Symbol des Hessestages in der jeweiligen Hessestagsstadt ein Hessestagspaar. Der diesjährige Hessesttag unter dem Motto „In Hessen. Ganz oben.“ findet in Kassel statt. Aus Kassel begrüße ich herzlich Alexandra Berge und Tobias Krechel, das Hessestagspaar 2013. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

„In Hessen. Ganz oben.“ sitzt auch der Herr Oberbürgermeister dieser Stadt. Wenn man die Landkarte an die Wand hängt, schauen Sie von oben auf uns herunter; aber es ist manchmal auch andersherum. Ich freue mich sehr, dass Sie hier sind. Herzlich willkommen, Herr Oberbürgermeister Bertram Hilgen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte zunächst auch im Namen des Landtags dem Hessestagspaar danken, dass es diese Aufgabe übernommen hat. Das ist nicht die einfachste im Rahmen eines Hessestages. Von einem Oberbürgermeister erwartet man, dass er so etwas mit links schultert – oder mit rechts, je nachdem. Für ein Hessestagspaar ist das Stress – aber ein sehr angenehmer, wie ich annehme und wie wir alle von den Hessestagspaaren der letzten Jahrzehnte wissen.

Kassel ist die Metropole im Norden, eine wirtschaftliche Metropole, aber auch eine Kulturmetropole. Wir freuen uns alle auf den Hessesttag in Ihrer Stadt. Wir wissen, dass Sie uns auch ein Stück weit geholfen haben, dass er stattfinden kann. Ganz herzlichen Dank auch im Namen des Hessischen Landtags, dass Kassel eingeschungen ist.

(Allgemeiner Beifall)

Der Herkules ist ein Wahrzeichen, das keine andere Stadt in dieser Form vorzuweisen hat. Das muss man gerechterweise hinzufügen. Sie sind eine herausragende Stadt, sowohl optisch wie auch inhaltlich, kulturell, wenn wir an die documenta denken, die einmalig auf dieser Welt ist, oder an die Brüder Grimm, die in ihrer Form auch einmalig auf dieser Welt sind. Insofern haben Sie einen hohen Anspruch – auch an uns, die Besucher.

Dem Hessestagspaar wünsche ich eine gute Woche. Ich hoffe, Sie überstehen den nächsten Samstag friedlich. Sehen Sie einmal, wie sportbegeistert diese Runde hier ist. Aber ich muss sagen, Sie treffen so richtig den Geist der Deutschen: eine Hälfte für Bayern München, die andere Hälfte für BVB Borussia Dortmund. Viel Spaß dabei.

(Clemens Reif (CDU): Das stimmt nicht!)

Wer immer gewinnen mag, der Hessesttag wird auf alle Fälle gewinnen. Wahrscheinlich wird man noch ein bisschen Public Viewing einbauen müssen. Wo die Hesse-

stagsbraut oder der Hessestagsbräutigam hingeht, das ist nicht so ganz klar. Aber vielleicht können Sie dazu beitragen, dass wir als Deutsche schlichtweg stolz darauf sind, dass zwei Mannschaften in Wembley antreten – das auch noch in Wembley. Dazu wünsche ich allen beiden Mannschaften, auch über die Hessestagsstadt hinaus, alles Gute.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn ich beim Fußball bin, will ich nicht versäumen, ich hoffe, für alle im Landtag, dem KSV die Daumen zu drücken.

(Allgemeiner Beifall)

Ich möchte ihn gern eine Klasse höher haben. Das sagt ein Mittelhesse, aber aus voller Überzeugung. Glückwunsch, wenn es denn so gelänge, und Grüße an den KSV. – Jetzt nenne ich keine weiteren Vereine, sonst werde ich heute nicht mehr fertig.

Alles, was Sie über Ihre Hessestagsstadt zu sagen haben, sagen Sie uns selbst. Deswegen bitte ich zunächst einmal den Herrn Oberbürgermeister zu uns. Bitte schön, Herr Oberbürgermeister, Sie haben das Wort.

Bertram Hilgen, Oberbürgermeister der Hessestagsstadt Kassel:

Sehr verehrter Herr Landtagspräsident, verehrte Abgeordnete, meine sehr verehrten Damen und Herren! „In Hessen. Ganz oben.“, so lautet der Slogan des Hessestages vom 14. bis zum 23. Juni in Kassel. Diejenigen, die diesen Slogan entwickelt haben, einigt die Begeisterung über ein Zusammentreffen verschiedener Elemente, die in diesen vier Worten „In Hessen. Ganz oben.“ gleichermaßen zum Ausdruck kommen: Kassel ist geografisch ganz oben in Hessen, wenn man einmal von Bad Karlshafen absieht. Kassel ist auf dem Weg wirtschaftlich nach oben. Und Kassel ist mit dem Hessesttag 2013 dabei, eine Veranstaltung mit besonderer Faszination auszurichten, ganz oben auf der Begeisterungsskala.

Als unsere Nachbarstadt Vellmar Ende 2011 ihre Bewerbung zurückgezogen hatte und die Entscheidung über die Hessestagsstadt 2013 neu zu treffen war, habe ich mich als Oberbürgermeister für eine Bewerbung Kassels eingesetzt, nachdem feststand, dass der Hessesttag nicht zu einem finanziellen Abenteuer werden muss und eine Großstadt wie Kassel eigene Spielräume bei der Gestaltung nutzen kann. Ich finde es sehr spannend und herausfordernd, dem Hessesttag ein Gesicht zu geben, mit dem die ursprünglichen Motive Integration, Entwicklung und Zusammenhalt deutlich zum Ausdruck kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen in den eineinhalb Wochen des Hessestages zeigen, dass und wie Menschen aus 130 Nationen friedlich und mit gegenseitigem Respekt zusammenarbeiten, auf die überragende Bedeutung von Bildung und Wissenschaft für die gesellschaftliche Entwicklung aufmerksam machen, den kulturellen Reichtum der 1.100-jährigen Stadt Kassel zeigen und einen besonderen Akzent beim Thema Klima- und Umweltschutz setzen.

Die Kasselner, Kasselaner und Kasseler, männlichen wie weiblichen Geschlechts, freuen sich auf den Hessesttag. Wir werden, das darf ich Ihnen versprechen, gute Gastgeber sein. Wer schon länger nicht mehr in der Stadt war – das trifft natürlich auf niemanden von Ihnen zu –, wird ei-

ne deutliche Stimmungsveränderung bemerken. Das Glas ist nicht mehr halb leer, sondern drei viertel voll. Wir sind nicht mehr die arme Stadt kurz vor der Zonengrenze, die von den Zuwendungen aus Südhessen leben muss, und wir fühlen uns auch nicht mehr so. Kassel gehört zu den dynamischsten Städten Deutschlands. Die Gewerbesteuer entwickelt sich prächtig. Die Stadt wächst, und die Menschen spüren das und sind stolz darauf.

(Allgemeiner Beifall)

Ich freue mich, dass diese neue Haltung auch in einer Wahl zum Ausdruck kommt, die vor fast genau einem Jahr mit Bedacht und Überzeugung zustande kam. Kassels Hessentag repräsentieren in diesem Jahr zwei ganz besondere Menschen, die für das moderne, prosperierende und kulturprägte Kassel stehen: Alexandra Berge und Tobias Krechel, die sich Ihnen gleich selbst vorstellen werden, sind – im besten Sinne – kulturschaffende Menschen, die aus Kultur Ideen und aus den Ideen Produkte und Ergebnisse entwickeln. Sie sind ein unkonventionelles Hessentagspaar ohne Tracht – weswegen es dieses Mal auch keine Hessentagspüppchen gibt –, modern wie unsere Stadt.

(Zurufe: Oh!)

– Damit müssen Sie leben. Dazu stehen wir, das ist eine richtige Entscheidung; denn wo es keine Tracht gibt, gibt es auch keine Püppchen. – Sie sind unkonventionell und modern wie unsere Stadt, und wir laden Sie ganz herzlich ein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch eines zum Schluss – Sie haben noch wichtige Debatten vor sich, von denen ich Sie nicht allzu lang abhalten möchte –: Kassel feiert in diesem Jahr den Hessentag als einen Höhepunkt in den Veranstaltungen zum 1.100-jährigen Bestehen unserer Stadt. Das 200-jährige Jubiläum der Grimmschen Kinder- und Hausmärchen und die – wie wir alle hoffen – genau in diese Zeit fallende Entscheidung zur Aufnahme der Wasserspiele im Bergpark Wilhelmshöhe ins Weltkulturerbe sind kaum zu übertreffende Höhepunkte. Ich lade Sie ein, mit mir diesen Blick auf Kassel zu werfen und die Stadt getreu dem Hessentagsmotto „In Hessen. Ganz oben“ zu genießen. Ich hoffe, jeden und jede Einzelne von Ihnen in Kassel wiederzusehen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Wir Nordhessen sind sparsam, aber nicht geizig. Deswegen habe ich dem Präsidenten dieses Hohen Hauses eine kleine Lektüre mitgebracht, nämlich die Geschichte der Stadt Kassel – 2,3 kg schwer und auch inhaltlich stark und gut bebildert; ein Geschenk der Wintershall GmbH an die Stadt zu ihrem 1.100. Geburtstag. Lieber Herr Kartmann, ich überreiche es Ihnen. Vielleicht finden Sie Gelegenheit, ab und zu einmal hineinzuschauen, um zu sehen, wie es in Kassel nach oben geht. – Vielen Dank.

(Der Redner überreicht dem Präsidenten ein Präsent.
– Allgemeiner Beifall)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, ich freue mich sehr. Wenn ich es gelesen habe, stelle ich es der Bibliothek zur Verfügung und erwarte, dass alle anderen es ebenfalls lesen. – Das Wort hat unser Hessentagspaar. Ich begrüße herzlich Alexandra Berge und Tobias Krechel. Bitte schön.

(Allgemeiner Beifall)

Alexandra Berge:

Sehr verehrter Herr Landtagspräsident, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren Abgeordneten, liebe Gäste auf der Tribüne! Wir freuen uns, heute hier zu sein, dieses Grußwort an Sie richten zu können und Sie ganz herzlich zum diesjährigen Hessentag nach Kassel einzuladen.

Tobias Krechel:

Vor einem Jahr lag die lokale Tageszeitung auf unserem Frühstückstisch, darin die Ausschreibung, dass Kassel ein Hessentagspaar suche. Verschlafen, wie wir an diesem Morgen noch waren, fühlten wir uns gleich angesprochen, galt es doch, ein verschlafenes Nest im kalten Norden Hessens zu repräsentieren, eine mürrische Siedlung, die nur alle fünf Jahre einmal zur documenta Schlagzeilen über die engen Stadtgrenzen hinaus macht.

Genauso mürrisch schob ich also meiner Partnerin das Blatt hinüber und sagte: Das machen wir. – Also auf zum Fotoautomaten am Bahnhof, um ein provinzielles Bewerbungsfoto zu machen; das passt am besten.

Alexandra Berge:

So war der Plan, und tatsächlich wurden wir zum Hessentagspaar der Stadt Kassel ernannt. Doch zu unserem Entsetzen mussten wir feststellen, dass die Stadt nicht so verschlafen war, wie von uns angenommen – das Gegenteil war der Fall.

Kassel war nicht länger nur alle fünf Jahre Mittelpunkt der Kunstwelt, sondern gehörte plötzlich auch noch zu den dynamischsten Städten Deutschlands – und das tagtäglich, rund um die Uhr. Was bedeutete das für uns? Mussten wir nun in die Rolle des dynamischen Duos schlüpfen, statt weiterhin provinzielle Ruhe auszustrahlen? Und wurden wir etwa nur darum gewählt, weil alle anderen Kandidaten lieber weiter am Wirtschaftsaufschwung arbeiten, sich kulturell und sozial engagieren und so die Stadt dynamisch vorantreiben wollten? War in dieser Stadt überhaupt noch Platz für Repräsentanten oder nur noch für Macher und aufstrebende Jungunternehmer?

Tobias Krechel:

„Waren wir die Richtigen?“, so fragten wir uns. „Können wir als Kulturschaffende eine der dynamischsten Städte Deutschlands repräsentieren? Wäre das nicht ein Etikettenschwindel, der spätestens dann auffliegt, wenn wir im Landtag ein Grußwort würden halten müssen?“

(Heiterkeit)

Doch was nützten uns diese Bedenken? Es galt, umzudenken und uns den Herausforderungen zu stellen, die uns erwarteten.

Alexandra Berge:

Der Start war noch einfach. Die Amtszeit begann für uns mit dem Einkleiden. Zur verständlichen Enttäuschung des Hessischen Trachtenverbandes bekamen wir keine Tracht.

Stattdessen schneiderte die Kunsthochschule Kassel dieses dynamische Businessoutfit in den Trendfarben Grün und Braun. Natürlich deutet der Ausschnitt meines Kleides auf das Kleeblatt im Kasseler Stadtwappen hin, und natürlich weist die Farbe Grün auf die vielen Grünflächen der Stadt und das Ziel des grünen, klimaneutralen Hessentags hin. Letztendlich war aber der Konsens: Sieht einfach gut aus.

(Heiterkeit und Beifall)

Tobias Krechel:

Eingekleidet waren wir nun, jetzt kam die Praxis. Zunächst besuchten wir den Hessentag in Wetzlar, wo wir wertvolle Hinweise für die Zukunft bekamen. Beim Festzug nämlich rieten uns die erfahrenen Kasseler Zisselprinzessinnen, am Anfang nicht zu dynamisch zu winken und öfter einmal den Arm zu wechseln; denn so ein Festzug dauert lange. Nur durch kluges Einteilen der Kräfte kann die Wink-Geste auch im Zieleinlauf nach zwei Stunden, wenn es dann an der Ehrentribüne vorbeigeht, noch ihre ganze kasseltypische Dynamik entfalten. Als dankbare Schüler nahmen wir diesen Ratschlag an und meisterten diese Aufgabe bravourös.

Aber man soll nicht übermütig werden; denn schnell tappt man in die erste Falle. Bei der zeremoniellen Übernahme der Hessentagsfahne wurde Alexandra so von der Euphorie übermannt, dass sie das Banner triumphierend in die Höhe reckte – leider jedoch falsch herum. Der Hessenlöwe stand auf dem Kopf, und das vor laufenden Kameras. Am schnellsten hatten der Herr Ministerpräsident und unser Oberbürgermeister die Situation erfasst. Seite an Seite sprangen sie beherzt auf uns zu, drehten die Fahne in unserer Hand, und die Situation war gerettet. Das war gerade noch einmal gut gegangen und ein gelebtes Beispiel dafür, wie man über alle Parteigrenzen hinweg zusammensteht, wenn es um den Hessentag geht.

(Heiterkeit und Beifall)

Alexandra Berge:

Das war ein wunderschönes Beispiel. – Weiter ging es mit dem Kasselmarahton der Neujahrsempfänge. Ihnen allen ist das sicherlich bekannt, uns als Zivilisten jedoch war bis dato nicht klar, wie viele es davon gibt. Gestählt durch diese Erfahrung machten wir uns auf, den – wie ich heute sagen kann – sehr unterschätzten Kasseler Karneval zu entdecken.

Wie vielleicht nicht alle von Ihnen wissen, bekommt man auf jeder Karnevalssitzung einen Orden verliehen. Diese Orden machten uns bald nicht nur mit ihrem Gewicht um den Hals zu schaffen, sondern sie klapperten auch ganz enorm. Zum Glück wussten auch hier die Zisselprinzessinnen, wie es geht: Klebt einfach ein Stück Filz auf die Rückseite der Orden, dann hört es auf zu klappern, und ihr klingt nicht wie eine Kuh beim Almatrieb.

(Heiterkeit)

Doch wir wollen Sie nicht mit der Fülle der von uns besuchten Veranstaltungen langweilen. Entscheidend ist, dass wir im Laufe unserer Aufgabe merkten: Ja, wir sind die Richtigen. Wir sind so dynamisch wie unsere Stadt. Mehr noch: Wir sind nicht nur freiwillig in Kassel, sondern auch mit ganzem Herzen Überzeugungsbürger dieser Stadt, die

auch uns immer wieder Neues zu bieten hat, wie uns das vergangene Jahr zeigte.

Tobias Krechel:

Eines noch, bevor wir zum Schluss kommen, ein Gruß an Herrn Staatssekretär Weinmeister: Die Zuckerpuppe gedeiht prächtig auf unserem Balkon.

Unser Dank geht an Herrn Erhard Blatt, den Leiter des Pressebüros Hessentag in der Hessischen Staatskanzlei, für sein außerordentliches Engagement als Vorsitzender des Vereins der Hessentagspaare.

So freuen wir uns, heute hier zu sein und Sie alle noch einmal persönlich zum Hessentag vom 14. bis zum 23. Juni in unserer Stadt einzuladen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hessentagsbüros arbeiten – wie soll man sagen? –

Alexandra Berge:

unter Hochdruck,

Tobias Krechel:

leidenschaftlich,

Alexandra Berge:

ich fürchte, am Rande des Nervenzusammenbruchs,

Tobias Krechel:

aber auch hoch professionell daran, allen Besuchern zehn schöne Tage zu bereiten, kräftig unterstützt von Beteiligten der Hessischen Staatskanzlei. Ihnen allen und auch unserem Oberbürgermeister Bertram Hilgen danken wir für ihren Einsatz und wünschen uns allen ein schönes Fest. – Danke schön.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Präsident Norbert Kartmann:

Sehr geehrtes Hessentagspaar, liebe Frau Berge, lieber Herr Krechel, herzlichen Dank für diese wunderbare Einladung. Dass wir alle kommen wollen und werden, kann ich Ihnen versichern.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, was wir aufklären müssen, ist die Frage der Verbindung von Staatssekretär Weinmeister zur Zuckerpuppe.

(Heiterkeit)

Ich glaube, da haben wir noch einiges zu klären. Ansonsten war das alles in Ordnung. Vielen Dank für den Hinweis.

Ich wünsche Ihnen vor allem das Gegenteil dessen, was wir jetzt draußen erleben: keinen Regen, sondern Sonnenschein. Wer Hessentage erlebt hat, der weiß, dass der Sonnenschein ein wichtiger Erfolgsgarant ist. Aber der Herr Oberbürgermeister hat mir gesagt, er hat mit gewissen Bischöfen Kontakt aufgenommen, ökumenisch, und deswegen wird es wohl gelingen. Das wünschen wir Ihnen allen von Herzen, aber auch uns, die wir Gäste sein werden.

Ich sage jetzt bewusst, werte Kolleginnen und Kollegen: auf nach Kassel – und nicht das andere. Alles Gute, Glück auf, vielen Dank, dass Sie den Hessentag ausrichten. – Ich unterbreche kurz.

(Lebhafter Beifall – Präsident Norbert Kartmann und Ministerpräsident Volker Bouffier übergeben Präsente.)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu den Geschäften, die wir zu erledigen haben.

Die Fraktion der FDP hat mit Schreiben vom 6. Mai 2013 mitgeteilt, dass der Abg. Jochen Paulus am 5. Mai 2013 seinen Austritt aus der FDP-Fraktion erklärt habe.

Der Ältestenrat hat in seiner Sitzung am 14. Mai 2013 zur Rechtsstellung des fraktionslosen Abgeordneten Folgendes beschlossen:

Auf eigenen Wunsch wird der Abg. Paulus als beratendes Mitglied dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst angehören.

Die Bemessung der Redezeiten des fraktionslosen Abg. Paulus hier im Plenum wurde wie folgt festgelegt: Bei einer festgelegten Redezeit von fünf Minuten bekommt er 2,5 Minuten, bei einer festgelegten Redezeit ab fünf Minuten bis 30 Minuten erhält der Abg. Paulus fünf Minuten, bei einer Redezeit ab 30 Minuten und mehr erhält er zehn Minuten. Mit Blick auf die Aktuellen Stunden haben wir festgelegt, dass er 2,5 Minuten bekommt, bei gemeinsamem Aufruf von Aktuellen Stunden fünf Minuten Redezeit.

Der Abg. Paulus hat einen anderen Sitzplatz zugewiesen bekommen. Er sitzt jetzt auf einem Außensitz der FDP-Fraktion, um das einmal so zu bezeichnen.

(Heiterkeit)

– Jeder andere Begriff hätte zu Debatten geführt. Also weder rechts noch links, wie immer Sie es sehen. In einem runden Saal kann man, wenn man optische Linien hat, Außensitz sagen. – Das zur Information über eine Veränderung innerhalb unseres Plenums.

Zur Tagesordnung möchte ich jetzt kommen. – Frau Ministerin würden Sie bitte Platz nehmen? – Danke schön.

(Minister Stefan Grüttner, zu Ministerin Eva Kühne-Hörmann gewandt: Darf ich dir den Stuhl halten?)

– Sie können den Stuhl halten, aber dabei schweigen. – Okay.

(Heiterkeit)

Die Tagesordnung vom 14. Mai 2013 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 57 Punkten liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag entnehmen können, sind die Tagesordnungspunkte 50 bis 54 die fünf Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde, die wir nach § 32 Abs. 6 mit jeweils fünf Minuten Redezeit behandeln, am Donnerstag um 9 Uhr beginnend.

Interfraktionell wurde vereinbart, dass die Tagesordnungspunkte 5 und 55 getauscht werden. Das heißt, Punkt 55 wird am Mittwoch nach Punkt 4 aufgerufen, und Punkt 5 kommt am Donnerstag nach Punkt 15 an die Reihe.

Außerdem wurde vereinbart, den Tagesordnungspunkt 55 mit 7,5 Minuten und den Tagesordnungspunkt 56 mit fünf Minuten Redezeit je Fraktion zu behandeln.

Eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist noch ein Dringlicher Gesetzentwurf der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Verbesserung der Krankenhausversorgung und zur Anerkennung von Leistungen in der Pflege, Drucks. 18/7392. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann können wir diesen Punkt mit der Ziffer 58 versehen. Die Redezeit beträgt 7,5 Minuten je Fraktion. – Es sind alle einverstanden; dann machen wir das so.

Ebenfalls eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Abg. Dr. Spies, Merz, Decker, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend Hessen muss erst Familienland werden, Drucks. 18/7393. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 59, und wir können ihn mit Punkt 2, der Regierungserklärung, aufrufen. – Dazu gibt es auch Einverständnis. Dann machen wir es so.

Weiterhin eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Versagen der Landesregierung in der Pflegepolitik – pflegende Angehörige besser unterstützen – Pflegeberufe endlich aufwerten, Drucks. 18/7394. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Punkt 60. Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion? – Konsens. So beschlossen.

Herr Kollege Wagner, zur Geschäftsordnung.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Landtagspräsident, wir bitten, diesen Tagesordnungspunkt mit Tagesordnungspunkt 44 aufzurufen.

Präsident Norbert Kartmann:

Widerspricht jemand? – Das ist nicht der Fall. Dann rufen wir ihn mit Punkt 44 auf.

Eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend schwarz-gelbe Verkehrspolitik von vorgestern endlich beenden – Hessen braucht einen Mobilitätsmasterplan für morgen, Drucks. 18/7395. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Punkt 61, und wir können ihn mit Punkt 38 aufrufen. – Auch Konsens; dann ist das so.

Weiter eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend zu spät, zu wenig, zu schlecht – massive Versäumnisse in der Familienpolitik – für eine aktive Familienpolitik, Drucks. 18/7376. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Punkt 62 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit Punkt 2 aufgerufen werden. – Kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Herr Kollege Rudolph, zur Geschäftsordnung.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir bitten, den Tagesordnungspunkt 17 – dritte Lesung Kinderförderungsgesetz – von der Tagesordnung zu nehmen. Begründung: Im Sozialpolitischen Ausschuss wurden am vergangenen Donnerstag Petitionen vergeben, die sich genau auf diesen Gesetzentwurf beziehen. Ich finde, es verdient den Respekt gegenüber den Petenten, dass man die Anliegen auch ernst nimmt und nicht ein Gesetz auf den Weg bringt und verabschiedet.

Im Übrigen hat der Herr Ministerpräsident sinngemäß gesagt – es ging damals um G 8/G 9: Wenn 10.000 Menschen etwas in meinem Land wollen, dann kümmere ich mich darum, dass sie es möglicherweise auch bekommen. – Hier geht es um rund 130.000, 140.000 Unterschriften von Menschen, die Änderungen im Kinderförderungsgesetz wollen. Deswegen: Respekt den Menschen. Die sollte man ernst nehmen und deswegen den Gesetzentwurf so lange zurückstellen, bis über die Petitionen entschieden ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Nicht nur in Sonntagsreden darüber reden, sondern den Willen der Bürger ernst nehmen. Das muss man auch im praktischen Handeln hier im Landtag machen. Deswegen bitten wir, die dritte Lesung heute von der Tagesordnung zu nehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion der CDU, Herr Bellino.

Holger Bellino (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir bitten Sie und das Plenum, diesen Punkt auf der Tagesordnung zu belassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das haben die Kinder, das haben die Eltern in Hessen verdient.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Sie haben es nicht verdient, dass hier, wie von dem Kollegen Rudolph vorgetragen, Politik auf dem Rücken der Kinder gemacht wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, dass er sich kümmert. Er hat auch Wort gehalten; er hat sich gekümmert. Es fanden sehr, sehr viele Gespräche statt – das wissen Sie –, nicht nur mit betroffenen Eltern, sondern auch mit Verbänden. Vor allen Dingen haben gerade die Anhörung und die Debatte nach der Anhörung gezeigt, wie ernst wir den einen oder anderen Ansatz genommen haben. Wir haben Änderungen vorgenommen, wo wir gesagt haben, man kann es noch besser machen.

(Lachen bei der SPD)

Aber ansonsten muss dieses Gesetz dieses Haus verlassen, damit eben die verschiedenen Gesetze zusammengeführt werden und damit sichergestellt wird, dass mehr Geld in

die Kinderförderung hineinfließen kann, wie es durch dieses Gesetz möglich ist.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Erheblich mehr Geld in die Kindergärten!)

Wir bitten darum, die Tagesordnung um diesen Punkt nicht zu ändern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE, Herr Schaus.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir unterstützen den Geschäftsordnungsantrag der SPD

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Alles andere hätte uns wirklich überrascht!)

– dann bin ich aber froh, dass Sie nicht überrascht sind, Herr Dr. Wagner –,

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Früher aufstehen!)

weil wir schon der Meinung sind, dass es in dieser Frage nach wie vor eine Debatte gibt, die auch die Regierungsfaktionen – Herr Bellino hat ja darauf hingewiesen – zu Veränderungen veranlasst hat, die aber offensichtlich nicht ausreichend sind. Wenn Sie schon den Anspruch haben, Ihr Gesetz noch weiter zu verbessern, dann muss man erst die Petitionen behandeln und dann noch einmal prüfen, ob letztendlich dieses Gesetz tatsächlich in der Weise beschlossen werden soll, wie es jetzt in geänderter Form vorliegt.

Insofern unterstützen wir das Begehren. 140.000 Stimmen sind nicht unwesentlich. Es gab wie selten in früheren Jahren eine Dynamik in dieser Frage. Herr Bellino, ich glaube, niemand von den Eltern ist böse darum, wenn man noch weitere Debatten im Landtag führt, um zu Verbesserungen dieses Gesetzes zu kommen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Es gibt einen Antrag des parlamentarischen Geschäftsführers der Fraktion der SPD, Herrn Rudolph, Punkt 17 von der Tagesordnung zu nehmen. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, DIE LINKE.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Rot-rot-grün!)

Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Dann stelle ich fest, dass mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der anderen Fraktionen dieser Antrag nicht beschlossen worden ist. Der Punkt bleibt auf der Tagesordnung.

Meine Damen und Herren, damit haben wir jetzt eine Tagesordnung, die wir genehmigen können. Ist jemand gegen

die Genehmigung? – Das ist nicht der Fall. Dann werden wir danach verfahren.

Wir tagen heute bis 19 Uhr. Wir beginnen mit der Fragestunde, aber erst dann, wenn hier Ruhe herrscht. Danach kommen wir zur Regierungserklärung.

Ich will noch mitteilen, dass der Herr Ministerpräsident heute ab 18:10 Uhr fehlt.

Meine Damen und Herren, auch auf der anderen Seite des Hauses – ich will nicht links oder rechts sagen – bitte ich um mehr Ruhe.

Heute Abend wird unsere Fußballmannschaft gegen die All Stars des SV Erbach in Eltville antreten. Das wird zugunsten der Jugendarbeit des SV Erbach stattfinden. Wir wünschen allen Beteiligten viel Spaß, gutes Spiel und unversehrtes Zurückkommen.

Meine Damen und Herren, vor zwei Tagen hat ein Kollege seinen 60. Geburtstag gefeiert, Hugo Klein von der CDU-Fraktion. Hugo Klein von der CDU-Fraktion alles Gute und Gottes Segen für die nächsten Jahre.

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen zu **Punkt 1:**

Fragestunde – Drucks. 18/7312 –

Ich eröffne sie mit der **Frage 865** des Abg. Döweling.

Mario Döweling (FDP):

Ich frage die Landesregierung:

Wie beurteilt sie die Ausbildung und Indienstellung eines „Handy-Spürhundes“ in Sachsen für den Einsatz bei der Auffindung verbotener Mobiltelefone in sächsischen Strafvollzugsanstalten im Hinblick auf einen möglichen Einsatz solcher Spürhunde auch in Hessen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Justizminister Hahn.

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Sehr verehrter Herr Kollege Döweling, die Hessische Landesregierung steht dem Einsatz von Hunden zum Aufspüren von verbotenen Gegenständen in Justizvollzugsanstalten positiv gegenüber. So verfügt der hessische Vollzug seit 2008 bzw. 2009 über zwei Drogenspürhunde. In diesem Jahr sind zwei weitere Hunde hinzugekommen, sodass dem hessischen Vollzug insgesamt vier Drogenspürhunde zur Verfügung stehen.

Zwei der Drogenspürhunde sind in der Anstalt Weiterstadt und jeweils einer in den Justizvollzugsanstalten Schwalmstadt und Kassel I eingesetzt. Diese stehen aber auch allen anderen Anstalten für Kontrollen zur Verfügung. Die Erfahrungen mit diesen Hunden sind durchweg positiv, da sie neben ihrer hohen Zuverlässigkeit auch eine nicht zu unterschätzende abschreckende Wirkung zeigen.

Der Einsatz von Hunden zum Aufspüren von Handys ist allerdings ein völlig neues Einsatzgebiet. In Sachsen findet derzeit ein Pilotprojekt zur Ausbildung solcher Hunde zum Aufspüren von Handys statt, das voraussichtlich erst im

Frühjahr 2014 abgeschlossen sein wird. Hierbei geht es insbesondere um die Überprüfung der Frage, ob die Hunde tatsächlich dauerhaft und zuverlässig Handys von anderen technischen Geräten unterscheiden können und sich somit in der vollzuglichen Praxis bewähren.

Im Hinblick auf die sehr langen Ausbildungszeiten der Hunde sollten die Ergebnisse dieses Pilotprojektes zunächst abgewartet werden, bevor über einen Einsatz im hessischen Vollzug nachgedacht werden kann. Im Übrigen steht in den Anstalten schon jetzt durch den Einsatz von sogenannten Mobifindern Technik zur Verfügung, die das Aufspüren von Handys ermöglicht.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hofmann, SPD-Fraktion.

Heike Hofmann (SPD):

Herr Justizminister Hahn, teilen Sie die Auffassung, dass der Einsatz von Drogenspürhunden auch in anderen Bundesländern und jetzt neu in Sachsen von Handy-Spürhunden zwar gewiss ein probates Mittel, aber kein Allheilmittel etwa beim Auffinden von Drogen und der Verhinderung von Drogeneinbringung in die Justizvollzugsanstalten oder gar Verbringung von Handys in die Anstalten ist?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Hahn.

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

In der Kurzfassung lautet die Antwort Ja. Ich will noch eine Begründung dazu angeben. Wir organisieren das schon seit vielen Jahren im hessischen Strafvollzug, indem wir z. B. unangemeldete Generaldurchsuchungen der Anstalten durchführen. Dann durchsuchen immer zwischen 40 bis 60 Leute eine Anstalt.

Leider wird dabei immer noch etwas gefunden. Offensichtlich wird aber, Gott sei Dank, immer weniger gefunden, weil die Abschreckung natürlich auch groß ist.

Präsident Norbert Kartmann:

Wir kommen damit zur nächsten Frage, nämlich zu **Frage 866** des Herrn Abg. Roth.

Ernst-Ewald Roth (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie aus denkmalpflegerischer Sicht Zustand und Zukunft der Aartalbahn als Hessens längstem Bau-
denkmal?*

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Ministerin Kühne-Hörmann.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, die Aartalbahn ist aufgrund § 2 Abs. 1 Hessisches Denkmalschutzgesetz ein Kulturdenkmal. Sie ist zudem mit der Streckennummer 25 in der einschlägigen Denkmaltopografie als Kulturdenkmal verzeichnet.

Für die Wiederherstellung der Brücke liegt ein Planfeststellungsbeschluss des Regierungspräsidiums Darmstadt vor. Nach dem Hessischen Denkmalschutzgesetz sind Kulturdenkmäler pfleglich zu behandeln. Schädigungen sind zu beseitigen, sofern das nicht über der Grenze der wirtschaftlichen Zumutbarkeit ist.

Bei der Aartalbahn ist es so, dass sie der DB Netz AG gehört. Die hat jedoch die Betriebsrechte an der Strecke vertraglich auf die Wiesbadener ESWE Verkehrsgesellschaft übertragen. Wir befinden uns mit allen Beteiligten im Gespräch, um diesen Vertrag zu erhalten. Denn es steht nach wie vor nicht fest, wer im Sinne des Hessischen Denkmalschutzgesetzes eigentlich Verpflichteter ist.

Derzeit laufen also Gespräche, um das zu klären. Wenn das geklärt ist, werden weitere Maßnahmen ergriffen werden. Derzeit haben wir den Vertrag zwischen der ESWE Verkehrsgesellschaft und der DB Netz AG nicht vorliegen, der zu einer Klärung führen könnte.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Roth stellt eine Zusatzfrage.

Ernst-Ewald Roth (SPD):

Sie haben das Stichwort „wirtschaftliche Zumutbarkeit“ genannt. Ich frage deshalb: Was gedenken Sie zu tun, falls die Nassauische Touristik-Bahn, die sich an der Instandhaltung der Strecke beteiligt, wegen der Verzögerung des Neubaus der Brücke in Konkurs geht?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Nach dem Hessischen Denkmalschutzgesetz ist das eindeutig geregelt. Diese Verfahren werden geprüft. Bisher wissen wir noch nicht einmal, wer Verpflichteter ist. Das muss auf der Grundlage des Vertrags geklärt werden.

Solange wir noch nicht einmal den Vertrag vorgelegt bekommen, können wir nicht klären, wer der Verpflichtete ist. Wir halten uns derzeit an beide Vertragspartner.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Roth stellt eine Zusatzfrage.

Ernst-Ewald Roth (SPD):

Wie bewertete die Landesregierung das bisherige Nicht-handeln der Landeshauptstadt Wiesbaden im Hinblick auf die notwendige Instandsetzung dieser Brücke, die Voraus-

setzung für den wirtschaftlichen Betrieb der Nassauischen Touristik-Bahn ist?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Die Rechtsverhältnisse zwischen der ESWE Verkehrsgesellschaft in Wiesbaden und der DB Netz AG sind so kompliziert, dass ich im Moment überhaupt nicht sagen kann, wer Verpflichteter ist.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Weiß stellt eine Zusatzfrage.

Marius Weiß (SPD):

Frau Kühne-Hörmann, wird die Landesregierung die Nassauische Touristik-Bahn zwecks Instandhaltung der Strecke und Wahrung des Denkmalschutzes finanziell unterstützen?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Herr Kollege, Sie sind nicht Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst. Das Studium des Denkmalschutzgesetzes zeigt, dass es zunächst einmal darum geht, mit dem Verpflichteten über ein Konzept zu reden, das aufzeigt, wie die Beschädigung am Ende beseitigt werden kann. Ich habe eben gesagt, dass im Denkmalschutzgesetz steht, dass das auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten entschieden wird. Als Voraussetzung muss erst einmal eine Zuständigkeit gegeben sein. Bisher ist nicht geklärt, wer zuständig ist, also die DB Netz AG oder die ESWE Verkehrsgesellschaft in Wiesbaden.

Präsident Norbert Kartmann:

Wir kommen zu **Frage 867** des Herrn Abg. Bocklet.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wie erklärt sie sich die große Lücke zwischen dem Betreuungsbedarf und der Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren, die am 25. April 2013 in der „FAZ“ veröffentlicht wurde?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Sozialminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, dem von Ihnen angegebenen Artikel aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 24. April 2013 liegt zum einen eine ältere Befragung durch das Deutsche Jugendinstitut aus dem Jahr 2012 zugrunde. Zum anderen wird auf die Betreuungsquote für Hessen nach der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik nach dem 1. März 2012 Bezug genommen.

Das wissen Sie: Bei der Betreuungsquote handelt es sich um die Quote der tatsächlich in Hessen betreuten Kinder. Es werden somit zwei vollkommen unterschiedliche Zahlen miteinander verglichen. Zum einen geht es um die damalige tatsächliche Inanspruchnahme der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren. Das ist die Betreuungsquote. Zum anderen geht es um den von den Eltern angegebenen Platzbedarf. Das ist der Elternbedarf.

Die tatsächlich bereits vorhandene Anzahl an Plätzen für Kinder unter drei Jahren wird dabei völlig außer Acht gelassen. Das ist die Versorgungsquote.

Hinsichtlich des Platzbedarfs ist festzustellen, dass die Nachfrage nach Betreuungsplätzen regional stark variiert und insbesondere in Ballungsräumen stärker als in ländlich strukturierten Gebieten ausgeprägt ist. Daher ist der Aussagewert des Vergleichs der genannten Zahlen im Hinblick auf die tatsächlichen Elternwünsche vor Ort ausgesprochen gering.

Letztlich kann eine Einschätzung der Verhältnisse nur auf örtlicher Ebene erfolgen. Da örtliche Besonderheiten und Unterschiede eine große Rolle spielen, ist es folgerichtig und notwendig, dass die Bedarfsermittlung und Ausbauplanung eine originäre Aufgabe der hessischen Kommunen sind.

Das Land unterstützt die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe. Mit dem Investitionsprogramm für Plätze für Kinder unter drei Jahren in Höhe von 100 Millionen € hat das Land den Mitteleinsatz verstärkt. Bei der Ausgestaltung des Programms wurde besonderer Wert darauf gelegt, dass die Fördermittel dorthin fließen, wo der Ausbaubedarf am dringendsten ist.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Abg. Bocklet stellt eine Zusatzfrage.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, können Sie bestätigen, dass der Elternbedarf, also der Betreuungsbedarf, so wie er in der Zeitung mit rund 38 % stand, bei etwa 58.000 Plätzen liegen würde?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, das habe ich nicht bestätigt. Das habe ich auch nicht zum Ausdruck gebracht. Es ist doch so: Wenn ich Eltern frage: „Brauchst du einen Platz?“, rufen sie eher Ja, als sie ihn dann tatsächlich in Anspruch nehmen.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Bocklet stellt seine zweite Zusatzfrage.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, deswegen stelle ich diese Frage. Können Sie bestätigen, dass der reale Bedarf bei 58.000 Plätzen liegt? – Es handelt sich schließlich um Ihre eigene Studie. Sie wurde vom Ministerium in Auftrag gegeben und dann vom Deutschen Jugendinstitut durchgeführt. Im Dezember 2012 haben Sie die Ergebnisse veröffentlicht. Dementsprechend müssten Sie zu den 58.000 Plätzen stehen. Ob der Bedarf tatsächlich gedeckt ist, ist eine ganz entscheidende Frage.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Was eine entscheidende Frage oder Antwort ist, ist immer von der jeweils betrachtenden Seite abhängig. Ich sage es noch einmal: Ich habe Ihnen gerade eben dargelegt, dass die Antwort der Eltern nicht unbedingt mit der tatsächlichen Inanspruchnahme einhergeht.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Abg. Wagner stellt eine Zusatzfrage.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, werden denn alle Eltern, die zum 1. August dieses Jahres einen Betreuungsplatz für ihr Kind unter drei Jahren haben wollen, in Hessen tatsächlich auch einen finden?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, das werden wir nach dem 1. August 2013 wissen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt dann einen Rechtsanspruch! – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Frage – –

(Wortmeldung des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Bitte ein bisschen schneller. Herr Kollege Al-Wazir stellt eine Zusatzfrage.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatsminister, Sie haben gerade eben gesagt: Wir werden es nach dem 1. August 2013 sehen. – Ist Ihnen bewusst, dass es sich dabei um einen Rechtsanspruch und nicht um das Gutdünken handelt, was der Herr Grüttner sehen oder nicht sehen will?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, erstens habe ich nicht „sehen“, sondern „wissen“ gesagt. Wenn Sie mich wiedergeben, sollten Sie mich korrekt zitieren.

Zweitens. Ein Rechtsanspruch ist ein Anspruch. Das heißt aber nicht, dass es auf der Grundlage dieses Rechts eine tatsächliche Inanspruchnahme gibt. Insofern werden wir nach dem 1. August 2013 wissen, in welchem Umfang die Eltern Ansprüche erheben. Wir werden den Kommunen, die die Erfüllung dieses Rechtsanspruchs gewährleisten müssen, mit unseren Möglichkeiten unterstützend helfen, und zwar ganz massiv.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Wir kommen damit zu **Frage 868** des Herrn Abg. Bocklet.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren sind zum 1. März 2013 vorhanden?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, ich gehe von Ihrem Verständnis dafür aus, dass wir nicht monatlich eine Erhebung dazu durchführen. Deswegen werde ich mich auf die Informationen beziehen, die ich Ihnen im Sozialpolitischen Ausschuss am 07.02.2013 gegeben habe, also drei Wochen vor dem jetzt von Ihnen gewünschten Datum.

Zu diesem Datum wurde ein Versorgungsgrad von 32,2 % mit 49.963 Plätzen, Stand 01.02.2013, erhoben.

Derzeit erfolgt eine Erhebung bei den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe, und zwar vor dem Hintergrund, dass die Länder im Kontext der U-3-Investitionsförderung nach dem Gesetz zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege vom 15. Februar 2013 dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen eines zusammenfassenden vorläufigen Abschlussberichts eine genaue Zahl nennen sollen. Diese Er-

hebung dauert noch an. Ich gehe davon aus, dass sie in unmittelbarer Kürze abgeschlossen sein wird und diese Zahlen Ihnen dann auch genannt werden können.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Bocklet.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, wenn dieser Stand von mehr als 49.000 Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren richtig ist und ebenso die Bedarfserhebung, ausgeführt vom Deutschen Jugendinstitut und von Ihrem Ministerium in Auftrag gegeben, die einen Bedarf von 58.000 Plätzen ermittelt hat: Stimmen Sie mir zu, dass dann etwa 8.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren fehlen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, wie ich Ihnen eben in meiner Antwort auf Ihre vorhergehende Frage bereits mitgeteilt habe, ist die vom Deutschen Jugendinstitut ermittelte Zahl ein Elternwunsch, der geäußert worden ist, nicht aber ein tatsächlicher Bedarf.

Wenn Sie die Differenz zwischen dem geäußerten Elternwunsch auf der einen Seite und der Ihnen eben genannten Zahl nehmen, dann erhält man, wenn man Mathematik kann, rund 8.000 Plätze.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Bocklet.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, wie erhebt man denn einen Bedarf, wenn nicht durch die Abfrage nach dem Betreuungswunsch?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, der Bedarf lässt sich letztendlich dadurch feststellen, wenn man nach dem 1. August 2013 sieht, wie viele Plätze fehlen. Dann wissen wir, wie hoch der tatsächliche Bedarf ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht aber um die Nachfrage!)

Präsident Norbert Kartmann:

Kollege Merz, Zusatzfrage.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Minister, wozu gibt man eine Studie mit der besagten Fragestellung in Auftrag, wenn man sich anschließend beharrlich weigert, daraus irgendwelche plausiblen Schlussfolgerungen zu ziehen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, ich habe mich nicht geweigert, daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. Auf die Frage, welche Schlussfolgerung ich daraus ziehe, sage ich: Warten Sie es ab, Sie werden es hören.

In dieser Studie ist schlicht und einfach eine Elternabfrage erfolgt. So, wie es eine Differenz zwischen Betreuungsquote und Versorgungsgrad gibt, wird es auch hier immer Unterschiede geben. In der Zukunft aber wird sich das annähern, sodass Bedarf, Betreuungsquote und Versorgungsgrad sozusagen deckungsgleich sind. Zum jetzigen Zeitpunkt aber ist das zu früh.

Präsident Norbert Kartmann:

Jetzt kommen wir zur nächsten Frage, **Frage 869**. Herr Abg. Wagner (Taurus).

Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Plant sie in diesem Jahr, Stefan Grüttner anlässlich seiner zehnjährigen Zugehörigkeit zur Landesregierung ebenfalls mit dem Hessischen Verdienstorden auszuzeichnen, wie dies im Jahr 2005 bei Karlheinz Weimar, Volker Bouffier und Dr. Christean Wagner aufgrund ihrer zehnjährigen Zugehörigkeit zur Landesregierung und „ihrer außergewöhnlichen Verdienste im politischen Wirken“ geschehen ist?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Wintermeyer.

Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Die Landesregierung beantwortet diese Frage wie folgt: Herr Staatsminister Grüttner hat sich über Jahrzehnte als Kommunal- und Landespolitiker, Abgeordneter und Staatsminister ganz außerordentliche Verdienste für das Land Hessen erworben.

Ob und wann der Ministerpräsident Herrn Staatsminister Grüttner mit der Verleihung des Hessischen Verdienstordens auszeichnen wird, wird der Herr Ministerpräsident zum gegebenen Zeitpunkt entscheiden.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Wagner (Taurus).

Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatsminister Wintermeyer, verstehe ich Sie richtig, dass es die Landesregierung nicht ausschließt, auch Herrn Staatsminister Grüttner mit dem Hessischen Verdienstorden auszuzeichnen, und somit nicht von der Praxis Abstand nimmt, dass sich die Mitglieder der Landesregierung gegenseitig Orden verleihen?

(Janine Wissler (DIE LINKE): Na, bei dieser Beantwortung der Fragen!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Wintermeyer.

Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Herr Kollege Wagner, ich darf Ihre Frage in zwei Teilen beantworten.

Erstens ist es so, dass wir keinen Hessen und keine Hessin bei der Betrachtung ausschließen, ob sie einen Orden für ihre ehrenamtlichen oder amtlichen Tätigkeiten bekommen. Das ist völlig normal. Da gibt es keinen Ausschluss.

Der zweite Teil Ihrer Frage zeigt, dass wir die Ihrer mündlichen Frage innewohnende Fürsorge für ein Mitglied dieser Landesregierung für bemerkenswert halten dürfen. Insofern haben Sie sich hier durchaus dekuviert, denn so viel Fürsorge sind wir von Ihnen gar nicht gewohnt.

Meine Sorge ist allerdings, dass es sich bei Ihrer Frage weniger um eine Ordensanregung handeln soll als um eine vorweggenommene Kritik an einer zukünftig möglichen Entscheidung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatsminister, hält es denn die Landesregierung in einer Demokratie für normal, wenn sich Minister wechselseitig Orden an die Brust heften?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Wintermeyer.

Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Herr Abg. Al-Wazir, die Hessische Landesregierung hält es für normal, dass verdiente Mitmenschen in Hessen entsprechende Orden für die Tätigkeit erhalten, die sie geleistet haben. Dabei macht die Hessische Landesregierung keinen Unterschied zwischen Menschen, die außerhalb des

Parlaments arbeiten und wirken, Parlamentariern – auch diese erhalten Orden – und Kabinettsmitgliedern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Wagner (Taunus).

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatsminister, vielen Dank für die bisher gegebenen Antworten. Einen Teil meiner Frage haben Sie noch nicht beantwortet. Sie schließen also nicht aus, dass Staatsminister Grüttner noch in dieser Legislaturperiode ein Orden verliehen werden wird?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Wintermeyer.

Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Herr Kollege Wagner, ich habe Ihre Frage beantwortet. Ich habe Ihnen gesagt – und wiederhole mich insofern –, dass wir es für keine Person ausschließen, die eine Tätigkeit geleistet hat, die einen Orden rechtfertigt, ihr einen solchen Orden zu verleihen.

Damit habe ich Ihre Frage indirekt und auch direkt beantwortet, wie Sie es gewünscht haben.

Präsident Norbert Kartmann:

Ich rufe die **Frage 870** auf. Herr Abg. Pentz.

Manfred Pentz (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Effekte erhofft sie sich mit dem Energiesparwettbewerb 2013/2014?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Herr Abgeordneter, zur Unterstützung der CO₂-Reduktionsziele der Hessischen Landesverwaltung wurde im Rahmen des Projekts CO₂-neutrale Landesverwaltung der Energieeffizienzplan Hessen 2030 entwickelt. Er sieht in den Bereichen Neubau, Bestandsbauten und Nutzerverhalten Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz in den Gebäuden der hessischen Landesliegenschaften vor.

Neben der Einführung von landesweit einheitlichen Standards für die Energieeffizienz bei Neubauten steht ein umfangreiches Sanierungsprogramm für die Bestandsgebäude des Landes auf der Agenda.

Potenziale zur Reduzierung der CO₂-Emissionen liegen darüber hinaus natürlich insbesondere im Nutzerverhalten.

So wurde von Mai 2010 bis April 2011 der erste landesweite Energiesparwettbewerb „Energie-Cup Hessen“ durchgeführt. Mit diesem bundesweit in diesem Umfang erstmalig durchgeführten Wettbewerb wurde die Bereitschaft bei den Landesbediensteten geweckt, sich aktiv und mit Freude an der Energieeinsparung zu beteiligen. Ziel dieses Wettbewerbs war es, durch energiesparendes Verhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Verbrauch der teilnehmenden Liegenschaften an Strom, Heizenergie und Wasser zu senken.

Die Ergebnisse zeigen: Der Einsatz hat sich gelohnt. Die beteiligten 29 Dienststellen sparten in 41 Liegenschaften fast 400 t CO₂ im Vergleich zum Vorjahr ein. Damit wurden die Energiekosten um mehr als 185.000 € reduziert.

Um an diesen Erfolg anzuknüpfen und die Kenntnisse der bereits erfahrenen Dienststellen zu nutzen, wurde im Jahr 2012 die Idee geboren, sogenannte Energiespartandems zu bilden. Engagierte und erfolgreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „Energie-Cup Hessen“ gaben ihr Wissen als Energiesparcoach im Energie- und Wassersparen an neue Teilnehmende weiter. In diesem Konzeptwettbewerb entwickelten 30 Dienststellen Ideen, um Energieeinsparmaßnahmen in ihren Liegenschaften nachhaltig umzusetzen und bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Ressourcen zu fördern.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 871, Herr Abg. Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Förder- bzw. Bezuschussungsmodelle hat sie entwickelt, um nach dem Vorschlag des Ministerpräsidenten eine Gesamtmitgliedschaft für alle Vereine einer Stadt oder Region, unschädlich für die einzelnen Vereinsfinanzen, auszugleichen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Innenminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abg. Warnecke, im organisierten Sport wird aktuell die Diskussion über Mehrfachmitgliedschaften Einzelner in Sportvereinen geführt. Den Beratungen liegen Einzelinitiativen zugrunde, die es in der Praxis bereits gibt. Die Mehrfachmitgliedschaften sind – jedenfalls nach derzeitigem Wissensstand – für die Mitglieder kostenneutral.

Die Möglichkeiten der Unterstützung solcher Initiativen des organisierten Sports durch die Landesregierung sind Teil dieser Beratungen, die im Augenblick stattfinden.

Präsident Norbert Kartmann:

Ich muss kurz unterbrechen. – Ich bitte, mir eine Mitteilung zu machen, ob alle im Hause verwendeten Kameras eine Genehmigung haben. – Das scheint offensichtlich

nicht der Fall gewesen zu sein. Jetzt können wir fortfahren.
– Herr Abg. Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Herr Innenminister, habe ich Sie insofern richtig verstanden, dass sich das Land ernsthaft Gedanken macht, solche Mehrfachmitgliedschaften für Vereine finanziell zu unterstützen?

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Herr Innenminister.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Ich will die Äußerung des Herrn Ministerpräsidenten aufgreifen. Der Herr Ministerpräsident hat sich im Rahmen der Vorstellung der Pläne für den Lullus-Park geäußert. Dabei ging es insbesondere darum, demografische Aspekte im Projekt Lullus-Park – das ich für ein hochinteressantes Projekt halte – zu vereinen. Es ging aber auch darum, dass sich am Lullus-Park-Projekt verschiedene Sportvereine beteiligen. Ich finde es deshalb ganz interessant, dass der Herr Ministerpräsident den Vorschlag gemacht hat, dass man hier versucht – wenn sich denn alle Vereine sportlich betätigen wollen –, eine solche Art der Mitgliedschaft für alle Vereine anzubieten. Damit würde man den unterschiedlichsten Interessen entgegenkommen. Am Ende könnte jeder in jedem Verein sich einbringen, mitarbeiten und Sport treiben. Das wäre ein sehr innovativer Ansatz.

Das hat zunächst nichts mit Bezuschussungsmodellen zu tun; auch das will ich schon sagen. Am Ende hat es etwas mit der Kreativität der Vereine und des Sports zu tun. Dann kommt es möglicherweise darauf an, welche Beitragsmodelle es gibt. Es wird Leute geben, die sagen: „Ich habe keine Lust, in allen Vereinen Mitglied zu sein, das interessiert mich nicht“. Andere Leute werden sagen, das sei ein sehr interessantes Angebot. Wahrscheinlich wird es verschiedene Beitragsmodelle geben.

Ob, inwieweit und in welchem Umfang sich das Land möglicherweise an einem Modellprojekt beteiligt, muss man sich dann anschauen, wenn die Dinge sehr konkret sind. Bislang sind sie nicht konkret. Bislang wird darüber beraten. Bislang gibt es entsprechende Bewegungen im organisierten Sport. Wir sind als Sportministerium daran aber sehr interessiert und werden uns möglicherweise beteiligen, wenn es so weit ist.

Präsident Norbert Kartmann:

Ich rufe die **Frage 872** auf. Frau Abg. Schott.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Warum hat das Land Hessen 1989 die Erhebung des Männeranteils an den Schülerinnen und Schülern der nicht akademischen Gesundheitsdienstberufe eingestellt?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Abgeordnete, aufgrund des weit zurückliegenden Zeitraums kann der Sachverhalt aufgrund der geltenden Aufbewahrungsbestimmungen, welche regelhaft eine Vernichtung nach 20 Jahren vorsehen, nicht mehr anhand der Aktenlage geklärt werden.

Nach Auskunft des Statistischen Landesamtes wurden Schulstatistiken ab 1989 aufgrund fehlender Rechtsgrundlage für die Schulen des Gesundheitswesens nicht mehr erhoben. Das Sozialministerium sah zum damaligen Zeitpunkt keine Veranlassung, dem Statistischen Landesamt den Auftrag zu erteilen, diese Statistiken weiterhin zu erheben.

In Zukunft werden auch die Ausbildungsdaten für den Bereich der Gesundheitsberufe statistisch erfasst. Die Daten werden Schlüsse auf die Zahl der Schülerinnen und Schüler ermöglichen. Dazu werden die Daten in die Integrierte Ausbildungsberichterstattung aufgenommen, ein Berichtssystem, welches das Übergangsverhalten eines Schulabgängerjahrgangs von der allgemeinbildenden Schule in alle relevanten Zielbereiche des Ausbildungs- und Qualifizierungssystems abbildet.

Die erste Datenerhebung wurde im November 2012 durch das Hessische Statistische Landesamt bei den Schulen durchgeführt. Grundlage für die Datenerhebung ist die amtliche Schulstatistik. Die Phase der Verfestigung soll mit der Erhebung 2014 beginnen. Es ist beabsichtigt, die Datenerhebung durch das Hessische Statistische Landesamt und die Kostenübernahme durch das Sozialministerium mittels eines jährlich zu schließenden Vertrages zu regeln.

Präsident Norbert Kartmann:

Ich rufe die **Frage 873** auf. Frau Abg. Schulz-Asche.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wie stellt sie sicher, dass vergewaltigte Frauen in Hessen Zugang zur sogenannten „Pille danach“ haben?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Abgeordnete, die „Pille danach“ ist in Deutschland nur auf Rezept erhältlich. Gemäß § 24a Abs. 2 SGB V haben Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung bis zum vollendeten 20. Lebensjahr Anspruch auf Versorgung mit empfängnisverhütenden Mitteln, soweit sie ärztlich verordnet werden. Hierzu gehört auch die „Pille danach“.

Frauen, die diese Altersgrenze überschritten haben, haben keinen Versicherungsanspruch auf diese Leistungen, können sie aber im Rahmen einer privatärztlichen Versorgung erhalten.

Es stehen ihnen hierfür in ausreichender Zahl sowohl stationäre als auch ambulante Leistungsanbieter zur Verfügung. Aufgrund eines in der Öffentlichkeit diskutierten Falles ist auf Nachfrage des Sozialministeriums erklärt

worden, dass auch die katholischen Krankenhäuser in Hessen grundsätzlich die „Pille danach“ verordnen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Schulz-Asche.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Welche Maßnahmen hat die Landesregierung aufgrund der „Kasseler Ärzteerklärung“ des Bundes Katholischer Ärzte und der European Pro-Life Doctors vom 27. April ergriffen, in der es unter anderem heißt, dass Menschen, die durch eine Vergewaltigung ins Leben gerufen wurden, volles Lebensrecht haben und Geschöpfe nach dem Willen Gottes sind? Was haben Sie unternommen, dass vergewaltigte Frauen in Hessen, die zufällig an Ärzte geraten, die diese Grundsatzklärung unterzeichnet haben, nicht von Pontius zu Pilatus laufen müssen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Sozialminister.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Abgeordnete, die Hessische Landesregierung hat sichergestellt, dass die Frauen eine ausreichende Zahl von Ärztinnen und Ärzten, aber auch Krankenhäuser finden, die die „Pille danach“ verordnen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Schulz-Asche.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wie bewertet die Landesregierung die „Kasseler Ärzteerklärung“ des Bundes Katholischer Ärzte zur „Pille danach“? Ist sie der gleichen Auffassung, oder halten Sie das – auch unter rechtlichen Aspekten – für den falschen Umgang mit vergewaltigten Frauen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Abgeordnete, mit dieser Erklärung kommt eine Wertevorstellung einzelner Mitglieder einer Berufsgruppe zum Tragen. Diese Wertevorstellung trifft die Auffassung der Landesregierung nicht.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 874, Frau Abg. Feldmayer.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wann wird sie voraussichtlich die Kleine Anfrage Drucks. 18/7050 betreffend documenta-Zentrum Kassel vom 26. Februar 2013 beantworten können?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, die Antwort ist dem Landtag mit Schreiben vom 17. Mai 2013 zugegangen.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Abg. Feldmayer.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, wie erklären Sie sich, dass Sie laut den Zwischenberichten, die Sie mir und der Frau Abg. Müller gegeben haben, die Antwort zwar nicht vorlegen konnten, weil „noch Abstimmungsbedarf und weiterer Klärungsbedarf“ bestehe, Sie aber an einer Diskussion zum Thema „Nach der documenta: Wie geht es weiter mit dem documenta-Zentrum?“, ausgerichtet vom Kulturpolitischen Forum am 10. Mai 2013 um 17 Uhr im Hörsaal der Kunsthochschule Kassel, Menzelstraße 13 – 15, teilgenommen haben? Wie erklären Sie sich, dass Sie dort in der Lage waren, an einer Diskussion teilzunehmen, wenn angeblich noch so viel Abstimmungs- und Beratungsbedarf besteht?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, genau um dieses Thema ging es auch in der Diskussion. Insofern ist das, was Sie schriftlich bekommen haben, inhaltsgleich mit dem, was in der Debatte in diesem Forum eine Rolle gespielt hat.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Feldmayer.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Kann ich davon ausgehen, dass Sie in der Diskussion genauso geantwortet haben wie in den Zwischenberichten zu den Kleinen Anfragen, nämlich dass Sie keine Antwort gegeben haben? Oder werden Abgeordnete anders behandelt als Menschen, die an einer Diskussion teilnehmen?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrte Frau Kollegin Feldmayer, es gibt in der Kasseler Stadtgesellschaft parteiübergreifend eine Menge Leute, die sich über die Zukunft der documenta Gedanken machen. Von den GRÜNEN sind der ehemalige Kulturdezernent Volker Schäfer und andere dabei. Deswegen gibt es eine breite Debatte darüber, ob man Überlegungen in dieser Form anstellen soll. Das alles ist aber nicht abschließend entschieden worden.

Ich habe auf dem Forum länger geredet; das umfasst nicht nur das, was ich Ihnen geantwortet habe. Dass die mündlichen Diskussionsbeiträge, die ich im Rahmen einer Debatte mit fünf Partnern geliefert habe, nicht mit dem übereinstimmen, was ich Ihnen schriftlich geschickt habe, versteht sich, glaube ich, von selbst.

Präsident Norbert Kartmann:

Noch eine Zusatzfrage, Frau Abg. Feldmayer.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das Land Hessen und die Stadt Kassel haben sich in einer Kooperationsvereinbarung Kultur auf Schritte zur Einrichtung eines documenta-Zentrums verständigt. Werden Sie in dieser Legislaturperiode überhaupt mit diesen Schritten beginnen, oder werden Sie sich noch dazu äußern?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, es geht um das – so habe ich Ihnen auch geantwortet –, was in Zukunft in der Stadtgesellschaft mit dem Thema documenta verbunden wird. Das betrifft weit mehr als das, was in der Vereinbarung zwischen Stadt und Land steht.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 875, Frau Abg. Feldmayer.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wann wird sie eine Jagd ohne bleihaltige Munition im hessischen Staatswald festlegen?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Abg. Feldmayer, es haben sich im Zuge der vom BMELV beauftragten Untersuchungen neue Fragen ergeben. Die Untersuchungen, die durchgeführt wurden, be-

schäftigen sich mit dem Bleigehalt des Fleisches von Wildtieren, die mit bleihaltiger Munition erlegt wurden, mit dem Abprallverhalten und mit der Tötungswirkung bleifreier Munition. Es gibt, wie gesagt, weiteren Klärungsbedarf.

Hessen hat sich an den Untersuchungen zum Bleigehalt von Wildfleisch beteiligt. Hinsichtlich der Verwendung von umwelt- und tierschutzgerechter Munition wird für alle Länder und für alle Jäger ein bundesweites gemeinsames Vorgehen angestrebt; denn nur dies garantiert ein Höchstmaß an Rechtssicherheit für Verbraucher und Anwender. Die Bundesregierung ist für die Zulassung bzw. für das Verbot von Munition rechtlich zuständig. Es ist schon jetzt auf freiwilliger Basis möglich, bleifreie Munition zu verwenden, wobei etwaige Risiken zulasten des Anwenders gehen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Feldmayer.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wenn es auf der Bundesebene noch einen Abstimmungsbedarf gibt, wie erklären Sie sich dann, dass jetzt im Staatsforst von Baden-Württemberg das Jagen mit bleifreier Munition eingeführt werden soll?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Sehr geehrte Frau Feldmayer, ich will Sie darauf hinweisen, dass einzelne Forstämter des Landesbetriebs Hessen-Forst den Einsatz bleifreier Munition befürworten und das auch schon umsetzen. Das Forstamt Wolfhagen und der Nationalpark Kellerwald haben das nach einer Vertiefung der Erkenntnisse exemplarisch eingeführt. Vertragliche Verbote sind, wie gesagt, nicht geplant.

Sie haben eben die Situation in Baden-Württemberg und in anderen Bundesländern angesprochen. Dort ist ein Verbot bleihaltiger Munition auf privatrechtlicher Basis in Kraft getreten oder beabsichtigt. Allgemein verbindlich kann, weil sie waffenrechtlich zuständig ist, jedoch nur die Bundesregierung eine Regelung, die Verwendung einer bestimmten Materialart betreffend, schaffen. In den Ländern, in denen eine privatrechtliche Vereinbarung getroffen worden ist, spielt der Staatswald im Vergleich zu der übrigen Jagdfläche eine sehr untergeordnete Rolle. Hinzu kommt, dass, wie Sie eben angesprochen haben, von den Ländern für Jagdgäste in den Staatswäldern teilweise Übergangsregelungen geschaffen wurden.

Wir halten von einer Insellösung nichts. Deshalb sind wir der Meinung, dass wir eine entsprechende bundesrechtliche Regelung brauchen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Döweling.

Mario Döweling (FDP):

Frau Staatsministerin Puttrich, wie beurteilt die Landesregierung gerade vor dem Hintergrund des im Grundgesetz zu Recht festgeschriebenen Tierschutzgedankens das Verbot bleihaltiger Munition in Ländern wie Baden-Württemberg – wie Kollegin Feldmayer es vorhin dargestellt hat –, obwohl, wie Sie richtig ausgeführt haben, bei den neuen, bleifreien Munitionssorten keine sofortige Tötungswirkung gewährleistet ist?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Gerade bezüglich des Tierschutzgedankens haben sich aufgrund der Untersuchung, die das BMELV in Auftrag gegeben hatte, verschiedene Fragen aufgetan. Es gibt verschiedene Punkte, die noch geklärt werden müssen. Bei dem einen geht es in der Tat um die Tötungswirkung. Eine schnelle Tötungswirkung ist tierschutzgerecht. Es geht aber auch um andere Bereiche, z. B. um das Abprallverhalten von bleifreier Munition. Deshalb hat z. B. das Land Brandenburg, das die Verwendung bleifreier Munition im Staatswald schon angeordnet hatte, dies wieder zurückgenommen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Frau Ministerin Puttrich, ist das, was Sie sagen, so zu verstehen, dass es sich bei dem im Forstamt Wolfhagen und im Nationalpark Kellerwald gegebenen Einsatz von bleifreier Munition um einen Modellversuch handelt, den Sie auswerten wollen?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

In den von mir eben genannten Forstämtern wird bleifreie Munition exemplarisch eingesetzt. Ich würde das nicht als ein klassisches Pilotprojekt bezeichnen; aber die Erkenntnisse, die dort gewonnen werden, werden mit Sicherheit auch von anderen Forstämtern ausgewertet.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Feldmayer.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nach Untersuchungen des Bundesinstituts für Risikobewertung gibt es gesundheitliche Bedenken gegen den Verzehr von Wildfleisch, wenn die Tiere mit bleihaltiger Mu-

munition getötet wurden. Das betrifft Vielverzehrer, z. B. die Angehörigen von Jägerfamilien, sowie Kinder und Schwangere. Wie schützen Sie die Verbraucherinnen und Verbraucher in Hessen vor dem Verzehr von gesundheitlich bedenklichem Fleisch?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Abg. Feldmayer, ich habe eben gesagt, dass aufgrund dieser Problematik Untersuchungen in Auftrag gegeben wurden, um die Möglichkeit des Verzichts auf bleihaltige Munition zu prüfen. Diese Untersuchungen werden vertieft durchgeführt. Ich erwähnte eben das Gutachten vom BMELV und weitere in Auftrag gegebene Gutachten, in denen es z. B. um das Abprallverhalten und die Tötungswirkung geht.

Es ist bekannt – es ist völlig richtig, was Sie eben zitiert haben –, dass Vielverzehrer ein größeres Risiko haben als andere. Das ist wissenschaftlich nachgewiesen. Insofern weist auch das Bundesinstitut für Risikobewertung auf mögliche Gesundheitsrisiken für die Gruppen hin, die Sie eben angesprochen haben.

Präsident Norbert Kartmann:

Alle Möglichkeiten, Fragen zu stellen, sind erschöpft. Ob das auch für die Antworten gilt, weiß ich nicht. Außer der Fragestellerin dürfen zwei Abgeordnete eine Frage stellen; mit Ihrer Frage und der des Herrn Warnecke ist das erledigt. So steht es in der Geschäftsordnung.

Ich rufe **Frage 876** auf. Frau Kollegin Hammann, bitte.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wie definiert sie den Begriff „Tierwohl“ anlässlich der gleichnamigen, inzwischen abgesagten Pressefahrt der Umweltministerin Puttrich?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ich darf vorwegschicken, dass die Tierwohl-Fahrt aus terminlichen Gründen zwar abgesagt wurde, es aber geplant ist, sie im Sommer dieses Jahres durchzuführen. Der Ausdruck „Tierwohl“ wird als Synonym für die Tiergerechtigkeit einer Tierhaltung verwandt, um den international eingeführten Begriff „animal welfare“ allgemein verständlich zu übertragen. Beim Tierwohl werden alle Maßnahmen einer Tierhaltung berücksichtigt, die darauf abzielen, den Tieren ein größtmögliches Maß an Wohlergehen zu sichern.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Hammann.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung: Welche Fachleute für das Tierwohl, für Eingriffe bei Tieren und für die Antibiotikaverwendung waren für die Pressefahrt der Frau Ministerin vorgesehen? Würden diese Fachleute auch bei der nächsten Fahrt zur Verfügung stehen?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ich kann Ihnen nicht mehr im Einzelnen sagen, wer bei der geplanten Fahrt dabei gewesen wäre. Wir werden das bei der nächsten Fahrt sehen. Es waren auf alle Fälle diejenigen, die mit Tierwohl zu tun haben, diejenigen, die Tierhaltung beurteilen können, insbesondere diejenigen, die Tiere halten. Es war geplant, gerade in die Betriebe zu gehen, in denen es relativ große Tierhaltungen gibt. Es war geplant, in die Betriebe zu gehen, in denen Milchkühe oder Sauen gehalten oder Ferkel aufgezogen werden, insbesondere da große Tierhaltungen besondere Maßnahmen für ein hohes Maß an Tierwohl erfordern. Es sollte die Möglichkeit geben, zu zeigen, dass große Betriebe nicht automatisch bedeuten, dass dort Tierwohl nicht gegeben sein könnte.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hammann.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, ich habe Verständnis dafür, dass Sie die Namen zurzeit nicht vorliegen haben, würde Sie aber bitten, dass Sie uns diese Namen nachreichen. – Danke.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Ministerin.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ich habe Ihnen eben gesagt, dass geplant war, mit entsprechenden Fachleuten zu fahren. Frau Hammann, nach der Einladung war geplant, Fachleute des Landesbetriebs Landwirtschaft hinzuzuziehen. Da die Fahrt noch nicht stattgefunden hat, ist es müßig, zu sagen, wer daran teilgenommen hätte. Aber ich werde Sie gern rechtzeitig darüber informieren, wer an der nächsten Fahrt teilnehmen wird.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Danke!)

Präsident Norbert Kartmann:

Ich darf zunächst auf der Tribüne unseren früheren Abgeordnetenkollegen Rippert begrüßen. Herr Rippert, herzlich willkommen im Hessischen Landtag.

(Beifall)

Dann rufe ich die **Frage 877** auf. Herr Abg. von Ooyen.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Anfragen werden in der Regel vor der Einstellung von Beamten oder Angestellten in den hessischen Staatsdienst an den Verfassungsschutz oder andere Sicherheitsbehörden gestellt?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Innenminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Es gibt in Hessen vor der Einstellung von Beamtinnen und Beamten oder Tarifbeschäftigten in den öffentlichen Dienst keine Regelungen, die regelmäßige Anfragen beim Verfassungsschutz oder anderen Sicherheitsbehörden vorschreiben.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. van Ooyen.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Herr Minister, wenn Sie sagen, in der Regel finden sie nicht statt, frage ich Sie, ob sie in ausgewählten Fällen stattfinden.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Exakt das heißt es.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr gut!)

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Dr. Wilken.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Herr Staatsminister, wann tritt die Ausnahme von der Regel ein, und nach welchen Kriterien werden die Personen ausgewählt, für die Nachfragen bei den Sicherheitsbehörden gestellt werden?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Innenminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Als sicherheitsrelevante Anfrage vor der Einstellung kann von Bewerberinnen und Bewerbern im Hinblick auf ihre Eignung eine Auskunft aus dem Bundeszentralregister nach den Vorgaben des Bundeszentralregistergesetzes verlangt werden. Es kann also verlangt werden, ein sogenanntes Führungszeugnis vorzulegen. Davon wird im Übrigen beispielsweise im Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums des Innern Gebrauch gemacht.

Bewerberinnen und Bewerber bei der hessischen Polizei werden, nachdem sie den Eignungstest, also das Eignungsauswahlverfahren, bestanden haben, einer Zuverlässigkeitsüberprüfung unterzogen. Bewerber werden dann gemäß § 7 Abs. 2 des Hessischen Datenschutzgesetzes unter Hinweis auf den Umfang der Überprüfung und die Rechtsfolgen um eine entsprechende Einverständniserklärung gebeten. Bereits mit der Bewerbung legen die Bewerberinnen und Bewerber eine Selbstauskunft des Kraftfahrtbundesamtes vor. Bei Tarifbeschäftigten gilt das entsprechend. Hier wird um eine Einverständniserklärung zur Überprüfung im polizeilichen Auskunftssystem gebeten.

Darüber hinaus werden nach dem Hessischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz Personen, die sich in besonders sicherheitsempfindlichen Bereichen bewegen bzw. denen sicherheitsempfindliche Tätigkeiten übertragen werden, mit ihrer Einwilligung einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen.

All das kann man im Übrigen in einem sehr umfangreichen gemeinsamen Runderlass des Ministers des Innern, im Namen des Ministerpräsidenten, der Fachminister und des Direktors des Landespersonalamts, nachlesen. Dieser gemeinsame Runderlass hat nach wie vor Gültigkeit. Er stammt aus dem Jahr 1979.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. van Ooyen.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Die Regelung von 1979, die Sie eben erwähnt haben, wird im Grunde genommen lediglich für die Beamtinnen und Beamten sowie die Tarifangestellten genutzt, die im Sicherheitsbereich tätig sind. Gilt das beispielsweise absolut nicht für Lehrerinnen und Lehrer?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Innenminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Herr van Ooyen, nein, Sie müssen falsch informiert sein. Die Regelungen, die der gemeinsame Runderlass von 1979 vorsieht, gelten für alle Beamtinnen und Beamten. Da heißt es beispielsweise, dass Bewerberinnen und Bewerber ihren Diensteid bekräftigen, also die Eidesleistung auf das Grundgesetz, auf die Verfassung des Landes Hessen ableisten, dass Bewerber für den öffentlichen Dienst die Gewähr dafür bieten müssen, dass sie jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten. Dann wird definiert, was freiheitlich-demokratische Grundordnung bedeutet – ich glaube, das muss ich hier nicht gesondert auführen –, und ausgeführt, dass dann, wenn Anhalts-

punkte bestehen, dass jemand diesen grundlegenden Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht entspricht bzw. diese nicht teilt, Überprüfungen stattfinden.

Präsident Norbert Kartmann:

Ich rufe die **Frage 878** auf. Frau Abg. Wiesmann.

Bettina Wiesmann (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Mit welchen Maßnahmen versucht sie, junge Menschen für eine Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher zu begeistern?

Präsident Norbert Kartmann:

Es antwortet Herr Sozialminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Abgeordnete, die Landesregierung wirbt seit Jahren mit vielfältigen Initiativen, im bundesweiten Vergleich modellhaft und ausgesprochen erfolgreich für den Beruf und die Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin oder zum staatlich anerkannten Erzieher. Konkret kann dabei auf die Image- und Werbekampagne „Große Zukunft mit kleinen Helden – Werde Erzieherin/Erzieher!“ verwiesen werden. Diese umfangliche und vielfältige Kampagne, durch die insbesondere junge Menschen und in besonderer Weise junge Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen wurden, hat dazu beigetragen, dass die Zahl der Personen in der Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher in den vergangenen Schuljahren kontinuierlich auf einen historischen Höchststand gestiegen ist.

Mit fast 7.000 Personen, die im aktuellen Schuljahr 2012/2013 an den hessischen Fachschulen für Sozialpädagogik den Berufsausbildungsabschluss zur staatlich anerkannten Erzieherin bzw. zum staatlich anerkannten Erzieher anstreben, ist eine bisher nie erreichte Zahl erreicht. Bereits in den vergangenen Jahren konnte diese Zahl alljährlich gesteigert werden. Befanden sich im Schuljahr 2009/2010 4.881 Personen in der Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher, stieg die Zahl im Schuljahr 2010/2011 auf 5.383 Personen an, ein Schuljahr später nochmals um ca. 13 % auf 6.107 Personen. Die nun aktuell für das Schuljahr 2012/2013 vorliegende Zahl weist einen weiteren Anstieg um nochmals ca. 15 % auf nunmehr 6.994 Personen aus. Im Ergebnis zeigt sich somit eine Steigerung um ca. 43 % in diesen Jahren.

Mit ihrem Engagement hat die Landesregierung zudem Synergieeffekte erzielt. Konkret drei Beispiele:

Erstens. Die Hertie-Stiftung hat ihr Engagement seit dem Jahr 2011 auch auf die Unterstützung junger Menschen mit Interesse an der Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher ausgeweitet.

Zweitens. Von den 16 Standorten des Bundesprogramms „Mehr Männer in Kitas“, die in 13 Bundesländern verortet sind, befinden sich allein zwei Standorte in Hessen.

Drittens. Die alle zwei Jahre stattfindende bundesweite Fachtagung „Männer in Kitas“ wird in diesem Jahr vom 27. bis 28. September mit Unterstützung des Hessischen

Sozialministeriums in Frankfurt am Main stattfinden und die Anstrengungen und Erfolge zur Stärkung männlicher Fachkräfte in hessischen Kindertagesstätten und Einrichtungen aufzeigen.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 879, Herr Abg. Dr. Bartelt.

Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Nach welchen Kriterien werden die Mittel des 120-Millionen-€-Sonderinvestitionsprogramms für die hessischen Krankenhäuser auf die jeweiligen Standorte verteilt?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Sozialminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, sofern der Hessische Landtag dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Hessischen Krankenhausgesetzes 2011 und als Haushaltsgesetzgeber dem Vorschlag der Landesregierung zustimmt, werden die Mittel für Baumaßnahmen verwandt, die zur strukturellen Weiterentwicklung von Krankenhäusern dringend erforderlich sind. Hierbei geht es um große Baumaßnahmen, die die Krankenhäuser brauchen, um die Patientenversorgung zu optimieren und die Wirtschaftlichkeit zu steigern, z. B. Neubauten von Operationssälen, Intensivstationen oder Bettenhäusern.

Wie üblich werden die Maßnahmen danach beurteilt, wie dringlich sie sind, wann sie beim Sozialministerium angemeldet wurden und wie die regionale Verteilung ist. Erforderlich ist auf jeden Fall ein Antrag der Krankenhäuser.

Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und den erbetenen Sonderinvestitionsmitteln können nach gegenwärtigem Stand grundsätzlich alle zur Einzelförderung angemeldeten Baumaßnahmen noch vor Beginn der Umstellung – je nachdem, ob der Haushaltsgesetzgeber der Änderung des Hessischen Krankenhausgesetzes zustimmt und damit die Umstellung der Pauschalierung erfolgt – abfinanziert werden.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 880, Herr Abg. Merz.

Gerhard Merz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele Stellen werden bei der hessischen Verwaltung für Versorgung und Soziales bereitgestellt, um die Anträge auf Betreuungsgeld zu bearbeiten?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Finanzminister Dr. Schäfer. – Entschuldigung, Herr Innenminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Wenn ich darf, beantworte ich.

Präsident Norbert Kartmann:

Sie müssen.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Dann werde ich das auch tun.

Sehr geehrter Abg. Merz, das Regierungspräsidium Gießen hat auf der Grundlage seiner Bedarfsrechnung, für die die errechneten Fallzahlen von Anträgen auf Betreuungsgeld zugrunde gelegt worden sind, einen Bedarf von 36 Personen ermittelt, mit denen die Ein- und Durchführung des zum 1. August 2013 in Kraft tretenden Betreuungsgeldgesetzes in der hessischen Verwaltung für Versorgung und Soziales erreicht werden kann.

Zur Gewinnung der erforderlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat eine Ausschreibung für Zweijahresverträge stattgefunden. Mittlerweile liegen 70 Bewerbungen vor. Daneben ist es das Ziel, eigene Auszubildende aus dem Geschäftsbereich für diese Aufgabe zu gewinnen. Haushaltsrechtlich sind für den Abschluss der entsprechenden Zweijahresverträge keine Stellen erforderlich, sondern das entsprechende Budget. Deswegen habe ich eingangs von 36 Personen und nicht Stellen gesprochen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Merz.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Minister, bedeutet das, bei den 36 Personen handelt es sich schon um 36 Vollzeitäquivalentstellen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Ja. Bei den 36 Personen handelt es sich um 36 Vollzeitstellen. – Ich habe es ungeschickt formuliert: 36 Personen, die 36 Vollzeitstellen entsprechen würden.

Präsident Norbert Kartmann:

Weitere Zusatzfrage, Herr Kollege Merz.

Gerhard Merz (SPD):

Können Sie die jährlichen Kosten für die Durchführung der Maßnahme angeben?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Ich kann es Ihnen im Augenblick nicht sagen, sondern wir müssten es anhand der Mittelwerte einer entsprechenden Stelle umrechnen. Dann müssten wir 50.000 oder 40.000 € und 44.500 Anträge pro Jahr zugrunde legen, von denen wir ausgehen. Ich habe die Zahlen im Augenblick nicht konkret vorliegen, Herr Merz, ich kann sie Ihnen aber gern nachreichen, wenn Sie sie haben möchten.

(Gerhard Merz (SPD): Danke schön!)

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 881, Frau Abg. Erfurth.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Aus welchem Grund erfolgt der Neubau des Polizeigebäudes in Baunatal nicht im Passivhausstandard?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Finanzminister Dr. Schäfer, bitte.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Frau Abg. Erfurth, bevor ich konkret zur Antwort komme, will ich einen Hinweis vorausschicken. Wir sind im Moment dabei, die Polizei in Baunatal an zwei verschiedenen Stellen in zwei unterschiedlichen Gebäuden neu unterzubringen. Diese beiden Gebäudebeschaffungsvarianten, so will ich es einmal technisch formulieren, sind unterschiedlich zu beurteilen.

Die energetischen Anforderungen für Neu- und Bestandsbauten hat der Bund 2009 mit dem Energieeinspargesetz und der Energieeinsparverordnung festgelegt. Der sogenannte Passivhausstandard ist kein gesetzlicher Standard und damit auch nicht verbindlich, wird aber in der Praxis oft verwendet. Dieser Standard stellt energetische Anforderungen sowohl an Wohngebäude als auch an Nichtwohngebäude. Danach ist unter anderem ein maximaler spezifischer Heizwärmebedarf von 15 kWh pro Quadratmeter und Jahr sowie ein Primärenergiefaktor von 120 kWh pro Quadratmeter und Jahr vorgegeben.

In Hessen wird für jedes Projekt im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sowohl eine Prüfung der Baukosten als auch eine Untersuchung des gesamten Lebenszyklus vorgenommen. Das Land Hessen schließt sich den vom Passivhausinstitut in Darmstadt entwickelten Standards an und setzt sie in ausgewählten Bauprojekten um. Durch das Passivhausinstitut, Prof. Feist, kann ein in Passivhausbauweise errichtetes Gebäude nach speziellen Kriterien als Passivhaus zertifiziert werden. – Das vorweggenommen.

Nun konkret zu Ihrer Frage. In Baunatal werden derzeit mehrere Bauvorhaben für die hessische Polizei realisiert. Eines wird vom Hessischen Baumanagement betreut und als Pilotprojekt für die Passivhausbauweise im Nichtwohnungsbau umgesetzt und zertifiziert werden. Im Rahmen dieses Bauvorhabens wird das Gebäude nach seiner Fertigstellung noch drei weitere Jahre lang über installierte Messeinrichtungen wissenschaftlich im Betrieb begleitet

werden, da wir uns entschlossen haben, durch dieses Pilotprojekt Daten zu erheben, um den Stand für Passivhaustechnik bei den Bauten des Landes auf lange Sicht anwendungsfähig zu machen.

Das zweite Bauprojekt, das vermutlich der Hintergrund Ihrer Frage war, ist für die Neuunterbringung des Polizeireviers Südwest gedacht. Hier wird die Stadt Baunatal, also nicht das Land Hessen, auf dem in ihrem Eigentum stehenden Grundstück in der Friedrich-Ebert-Allee 10 in Baunatal ein Gebäude errichten lassen und dieses langfristig an das Land vermieten. Der vom Hessischen Immobilienmanagement von der Stadt für die Anmietung geforderte energetische Baustandard sieht vor, den vom Bund erlassenen Standard aus der Energieeinsparverordnung um 50 % zu unterschreiten. Sprich: Das Land Hessen fordert wesentlich schärfere Kriterien, als sie der Bund in seiner Verordnung vorsieht. Dieser schärfere Standard entspricht der im Kabinettsbeschluss vom 17.05.2010 für Anmietungen des Landes getroffenen Vorgabe und kommt dem Passivhausstandard weitestgehend nahe.

Das Land Hessen setzt somit Maßstäbe, die über den vom Bund gesetzten Maßstab hinausgehen. Kein anderes Bundesland stellt so hohe Anforderungen an die Energieeffizienz der Landesbauten. Daneben ist Hessen auch Vorreiter in der Entwicklung neuer Lösungen und Konzepte. Das eingangs erwähnte Bauprojekt in Baunatal ist nur ein Beispiel, dass Hessen bundesweit Maßstäbe setzt.

Präsident Norbert Kartmann:

Alles klar, dann bedanke ich mich. Die Fragestunde ist damit beendet.

Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 2:**

Regierungserklärung des Hessischen Sozialministers betreffend „Hessen hat Familiensinn“

Die von den Fraktionen vereinbarte Redezeit beträgt 30 Minuten. Es wird gebeten, dass sich die Regierung, wie immer, daran orientiert. Das Wort hat Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Präsident meine sehr verehrten Damen und Herren! In Hessen werden Familien unterstützt, in Hessen werden Familien gestärkt, und in Hessen können Familien auf die Zukunft vertrauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist Ergebnis und Ziel unserer Politik für hessische Familien. Wir schaffen die Voraussetzungen, um Familien die größtmögliche Wahlfreiheit und Entfaltung zu ermöglichen, statt sie zu bevormunden, zu gängeln und zu entmündigen, wie es von anderer Seite gemacht wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Genau an diesem Punkt, was mangelnde Unterstützung angeht, haben GRÜNE und SPD mit ihrem Bundestagswahlprogramm jetzt die Katze aus dem Sack gelassen. Die rot-grünen Steuerpläne unterstützen die Familien nicht, sie belasten gerade die Familien. So sollen die Einkommen-, Erbschaft- und Kapitalertragsteuer erhöht, eine Vermögen-, Wasser- und Baurohstoffsteuer eingeführt, die

Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenversicherung angehoben und die Minijobs abgeschafft werden.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Auch die von der SPD propagierte Reduzierung der Kinderfreibeträge würde zu Mehrbelastungen führen. Jede dritte Familie wäre davon betroffen. Die geplante Abschaffung des Ehegattensplittings würde jede Familie treffen. Diese rot-grünen Steuerpläne hätten katastrophale Folgen und würden die Mitte unserer Gesellschaft treffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ja, ich sage sehr deutlich, sie sind eine Kampfansage insbesondere an Familien. So ruiniert man Familien, statt sie zu stärken. Eine solche Politik ist realitätsfern und beschäftigt sich nicht mit den Bedürfnissen der Familien vor Ort.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Da helfen auch die kurzfristig zusammengeschusterten Anträge nicht, die heute gekommen und vollkommen ohne jeglichen Zusammenhang sind. Man muss sich nur einmal den SPD-Antrag von heute ansehen, in dem es auf der einen Seite unter Punkt 9 um die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege und im nächsten Punkt um den sexuellen Missbrauch von Kindern geht. Was das mit Familienpolitik zu tun hat, weiß wahrscheinlich nur der Antragsteller, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir als Hessische Landesregierung stehen für eine andere Politik. Wir stehen für eine Politik, die jedem Menschen optimale Entwicklungsmöglichkeiten bietet und die Vertrauen schafft. Dies hat viele Gründe – nicht zuletzt den, dass Hessen zu den stärksten Wirtschafts- und Wachstumsregionen in Europa zählt. Die Menschen leben gerne in Hessen, und sie fühlen sich hier wohl. Das tun sie in unserem Land, weil wir mit unserer Politik insbesondere dort ansetzen, wo Menschen zusammenleben, nämlich in der Familie.

Familien bilden das stabile Zentrum unserer Gesellschaft. Von allen sozialen Netzen ist die Familie mit Abstand das wichtigste für die Menschen. Familie ist der Ort, an dem Menschen ganz unmittelbar Verantwortung füreinander tragen, wo Empathie, aber auch Sorgen und Nöte erlebt werden. Familien sind vor allem der Ort, an dem Verantwortung auch für Kinder übernommen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Wichtigkeit von Familie ist uns allen im täglichen Leben schon mehrfach bewusst gewesen. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass noch gut jeder zweite Hesse mit Eltern und Kindern zusammenlebt. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden erst letzte Woche berichtete, lebten im Jahr 2011 51 % der Menschen in Hessen in Familien. Vor 15 Jahren hat der Anteil noch 55 % betragen. Hessen liegt damit aber genau im Durchschnitt der westlichen Bundesländer. Bundesweit sank der Anteil der Menschen in Familien in dieser Zeit von 57 % auf 49 %.

Aber trotz dieser Entwicklung hat Familie in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Menschen wollen in Familien leben. Junge Menschen wollen Kinder. 72 % der Jugendlichen geben an, dass man eine Familie brauche, um glücklich leben zu können. Das ist der Grund dafür, dass

die Landesregierung Familien mit vielfältigen Maßnahmen fördert und unterstützt.

Es geht aber auch darum, Wirklichkeiten, die sich verändert haben, zur Kenntnis zu nehmen und in den veränderten Lebensumständen Familien in all ihren Ausdrucksformen zu unterstützen. Die Lebensbedingungen der Familien wandeln sich, doch sie sind stets Fundament und Symbol für die Zukunft unserer Gesellschaft geblieben. Wie es um die Familie steht, so steht es letztendlich auch um unsere Gesellschaft – ohne intakte Familien ist kein Staat zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb sollte die Aufmerksamkeit groß sein, wenn es um die Belange der Familien geht. Die Belange von Familien gehören in das Zentrum der Politik, in den Mittelpunkt der kommunalen Verwaltung und in das Gewissen unternehmerischer Entscheidungen. Sie gehören einfach überall dorthin, wo Menschen in einer Gesellschaft zusammen sind. Deshalb ist meine Überzeugung, dass wir nur gemeinsam für ein familienfreundliches Klima sorgen können. Daher brauchen wir eine nachhaltige Familienpolitik, die den heutigen Lebensbedingungen und -vorstellungen der Menschen Rechnung trägt und den Familienalltag erleichtert. Das ist meines Erachtens die beste und gewinnbringendste Investition in unsere Zukunft.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Hessen ist nicht nur ein Familienland, Hessen hat Familiensinn. Bei uns gibt es landesweit viele gute Ideen und Projekte, mit denen hessischen Familien unter die Arme gegriffen wird. Daher haben wir als Hessische Landesregierung den Monat Mai ganz ins Zeichen der Familie gesetzt, um das breite Spektrum der Angebote für Familien in den Mittelpunkt der Wahrnehmung zu rücken.

Darüber hinaus möchten wir aber auch neue Impulse gewinnen und in unsere künftige Arbeit einfließen lassen; denn Prämisse einer modernen Familienpolitik muss es sein, Konzepte zu entwickeln, die auch neuen Realitäten gerecht werden. Hier gibt es keine Einheitslösung: Manche entscheiden sich für die Ehe als Grundlage ihrer Familie, es gibt Patchwork-Familien, es gibt Unverheiratete, gleichgeschlechtliche Partnerschaften und Alleinerziehende. Es gibt Frauen und Männer, die Eltern und andere Verwandte pflegen. Verantwortung füreinander und für andere wird großgeschrieben. Auf all diese individuellen Erwartungen muss auch individuell geantwortet werden. Das erfordert unterschiedliche Lösungsansätze der Politik.

Zu einer erfolgreichen Familienpolitik gehören daher zahlreiche Bausteine, wie etwa eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. von Familie und Pflege, unterstützende Hilfen im Alltag und ein gesellschaftliches Klima der Wertschätzung und Anerkennung. Dies erreichen wir in Hessen mit guten Rahmenbedingungen, die Familien das Leben durch eine familienfreundliche Kultur und Infrastruktur erleichtern sollen – und durch unseren Einsatz zur Schaffung einer familiengerechten Arbeitswelt. Wir wollen Familien stark machen, wir helfen ihnen dabei.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir wissen aber auch, dass Eltern Zeit brauchen, um ihre Kinder ins Leben zu begleiten. Sie brauchen Zeit, wenn Angehörige Unterstützung benötigen oder pflegebedürftig

werden. Familie und Zeit, Familienzeit, Zeit für die Familie – das ist etwas, das ganz wesentlich den Wünschen der Familien entspricht. Studien belegen, dass der Wunsch nach mehr Zeit für Familie noch vor dem Wunsch nach mehr Geld oder besserer Kinderbetreuung rangiert.

Viele Menschen in unserem Land wollen aber gleichzeitig auch Verantwortung in ihrem Beruf übernehmen und dabei ihr Familienleben aktiv und verantwortungsvoll gestalten. Beides braucht ebenfalls Zeit. Leider erweisen sich Beruf und Familie in der Praxis oftmals als Widerspruch. Das darf und muss nicht so sein, wenn wir lernen, anders zu denken und anders zu handeln.

Aufgrund der Tatsache, dass mittlerweile auch viele Männer Erziehungsaufgaben übernehmen, ist Bewegung in die Frage der familienfreundlichen Arbeitszeiten gekommen. Familienfreundliche Arbeitszeiten sind heute nicht mehr nur Frauen-, sondern auch Vätersache. Es ist eigentlich bedauerlich, dass erst durch diese Änderung des Rollenverständnisses der Aspekt der Arbeitszeit in den Fokus gerückt wurde. Man kann aber sagen, dass sich schon einiges zum Guten verändert hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Eine familienfreundliche Arbeitszeitgestaltung wird daher immer mehr zum Schlüsselthema einer modernen Familienpolitik. Mütter und Väter streben nach Balance und Harmonie zwischen Beruf und Privatem und fordern dadurch auch ihre Arbeitgeber auf, sich mit dem gesellschaftlichen Wandel auseinanderzusetzen. Hoch qualifizierte Frauen wollen beides – Familie und Beruf –, Väter wollen Karriere machen und dennoch Zeit mit ihren Kindern verbringen, wieder andere wollen oder müssen sich neben ihrem Beruf um pflegebedürftige Angehörige kümmern und dies mit den Erfordernissen des Arbeitgebers in Einklang bringen.

Auch das Land Hessen ist als Arbeitgeber von über 130.000 Menschen mit diesen Fragen konfrontiert und steht mit privaten und anderen öffentlichen Arbeitgebern in Konkurrenz, um qualifizierten und engagierten Nachwuchs zu gewinnen und zu halten. Daher beschäftigt sich die Hessische Landesregierung auch als Arbeitgeber bereits seit geraumer Zeit mit Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen.

Wie ich meine, können wir auch mit etwas Stolz auf das bisher Erreichte schauen. Die Hessische Landesregierung war in toto die einzige, die im Audit Beruf & Familie reauditert worden ist. Das gehört an dieser Stelle deutlich gesagt;

(Beifall bei der CDU und der FDP)

denn wir haben vielfältige Modelle der Arbeitszeitflexibilisierung wie Teilzeit, flexible Wochen- und Tagesarbeitszeiten, Gleitzeitmodelle mit einer Mindestarbeitszeit sowie alternierende Telearbeit, die in weiten Teilen der Landesverwaltung die Arbeitszeitgestaltung flexibler machen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist aber auch eine Zukunftsfrage, die von den demografischen Herausforderungen bestimmt wird. Einerseits haben wir großes Interesse daran, dass sich junge Menschen, die sich Kinder wünschen, auch tatsächlich für den Kinderwunsch entscheiden und Eltern werden; denn nur so kann unser Land die demografische Herausforderung meistern. Auf der anderen Seite steht eine geringere Zahl von Schulabgängern, die das Fachkräfteproblem verschärft. Wir haben daher auch die

Aufgabe, potenzielle Arbeitskräfte für die Erwerbstätigkeit zu gewinnen. Dies hat die Konsequenz, Familie und Arbeit zusammenzubringen.

Viele Unternehmen sind sich dessen schon bewusst. Wie bereits der Arbeitsmarktreport 2011 des Deutschen Industrie- und Handelskammertages gezeigt hat, reagiert rund ein Drittel der befragten Unternehmen auf den Fachkräftemangel mit Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität. An erster Stelle steht hierbei die Ausweitung von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies sind durchaus ermutigende Nachrichten.

Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel, der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungs-, Informations- und Wissensgesellschaft und die demografische Entwicklung haben dazu geführt, dass Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder stärkere und intensivere Unterstützung durch die Gemeinschaft benötigen. Hier brauchen wir Schnittstellen. Hier brauchen wir Gesprächskontakte. Hier gibt es mit Sicherheit auch keine Einheitslösungen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ein entsprechendes qualifiziertes Betreuungsangebot für Kinder sind die zentralen Themen der Familienpolitik, die Bund, Länder, Städte und Gemeinden gleichermaßen herausfordern. Die Verbesserung des frühkindlichen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebotes ist dabei von großer sozial- und gesellschaftspolitischer Relevanz.

Ein ausreichendes und qualitativ hochwertiges Angebot ermöglicht Kindern von Beginn an bessere Startchancen und damit auch eine größere Chancengerechtigkeit. Nationale wie internationale Vergleichsstudien haben belegt, dass der Stellenwert frühkindlicher Bildung nicht hoch genug einzuschätzen ist. Kinder müssen frühzeitig in die Lage versetzt werden, sich Kompetenzen für eine sich rasch wandelnde, von kultureller Vielfalt geprägte und auf Wissen basierende Lebens- und Arbeitswelt anzueignen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Land Hessen hat seit Jahren die Weichen dafür gestellt, frühkindliche Bildung, Bildung von Anfang an, zu realisieren und deren hohem Stellenwert durch vielfältige Maßnahmen Rechnung zu tragen. Die Ziele bestehen darin, jeder Familie eine gute Ausgangslage zu bieten, jedem Kind unabhängig von seiner Herkunft und sozialen Lage einen umfassenden Zugang zur frühen Bildung zu ermöglichen, eine gute Bildung auf fachlich wie pädagogisch hohem Niveau anzubieten und Bildungsaufstiege zu ermöglichen.

Unterschiede bei den Arbeitsmarktchancen, bei Einkommen und sozialer Sicherheit sowie Unterschiede in der gesellschaftlichen und politischen Beteiligung hängen eng mit den Bildungserfolgen von Kindern und Jugendlichen zusammen. Frühe Investitionen in gute Bildung verbessern Chancen.

Wir sind froh, in diesem Jahr zehn Jahre Bildungs- und Erziehungsplan in Hessen zu begehen – zehn Jahre Bildungs- und Erziehungsplan.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist für uns an dieser Stelle klar, dass wir in Hessen eine passgenaue, zeitlich flexible Betreuungslandschaft für Kinder jedes Alters zur Verfügung stellen. Die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege kann

und soll aber die Familie nicht ersetzen, sondern Eltern in ihrem Erziehungsauftrag unterstützen. Dabei setzen wir auf Vielfalt, und Eltern sollen Wahlfreiheit haben. Sie sollen aus verschiedenen Angeboten wählen können. Deshalb machen wir uns für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung stark und fördern deren Ausbau mit hohen finanziellen Anreizen.

Waren es 1999 noch 75 Millionen €, die für den gesamten Bereich der frühkindlichen Bildung in Hessen aufgewendet wurden, so erreichte dieses Engagement 2006, also noch vor dem Krippengipfel, rund 100 Millionen €. Mit dem massiven Ausbau der U-3-Betreuung wuchs die Landesförderung in den Folgejahren bis auf 355 Millionen € im Jahr 2012.

Dabei ist der Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren zur Erfüllung des zum 1. August 2013 geltenden Rechtsanspruchs eine der wichtigsten Aufgaben, der sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam stellen müssen. Hier ist Hessen auf einem guten Weg.

Die Hessische Landesregierung hat dafür Sorge getragen, dass die für den U-3-Ausbau vom Bund bereitgestellten Mittel aus dem Investitionsprogramm den Kommunen und Trägern vollständig zur Verfügung gestellt wurden. So ist von den für Hessen zur Verfügung stehenden Investitionsmitteln in Höhe von über 165 Millionen € mittlerweile bis auf 154 € – das ist kein Versprecher – alles durch Bewilligungen gebunden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Darüber hinaus hat die Landesregierung im Haushalt 2013/2014 das Landesinvestitionsprogramm für den Ausbau der U-3-Plätze auf 100 Millionen € aufgestockt und damit seine finanziellen Anstrengungen nochmals erheblich verstärkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nach den bisher erfolgten zwei Antragsläufen konnten aus dem neuen 100-Millionen-€-Investitionsprogramm bereits fast 80 Millionen € bewilligt werden. Damit hat die Landesregierung Investitionsvorhaben schnellstmöglich bewilligt, um den Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren weiter massiv voranzubringen.

Auch das Förderprogramm „BAMBINI-KNIRPS“ trägt maßgeblich zu der erfolgreichen Entwicklung beim U-3-Platzausbau in Hessen bei. Dafür stellt das Land 2013 Haushaltsmittel in Höhe von 133,7 Millionen € und im Jahr 2014 sogar von 149,8 Millionen € zur Verfügung, und um den Ausbau der Betreuungsplätze zu beschleunigen, zahlt das Land auch im Jahr 2013 für jeden neu geschaffenen U-3-Platz einen Neuplatzbonus.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus werden durch das neue Hessische Kinderförderungsgesetz, welches wohl noch in diesem Plenum verabschiedet werden wird, die Rahmenbedingungen nachhaltig verbessert. Denn das neue Kinderförderungsgesetz leistet dreierlei: Es schafft erstmals eine hessenweit einheitliche Fördersystematik. Zweitens stärkt es darüber hinaus die Betreuungsqualität und berücksichtigt besondere Bedürfnisse, und drittens stellt es insgesamt nochmals deutlich mehr Landesgeld für die frühkindliche Bildung bereit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Jedes Kind erhält künftig nach Alter und Betreuungsdauer dieselbe Förderpauschale. Die Betreuungsschlüssel der seit

2008 eingeführten Mindestverordnung werden festgeschrieben, eine zusätzliche Qualitätspauschale für diejenigen Einrichtungen, die nach dem Bildungs- und Erziehungsplan arbeiten, wird eingeführt. Weitere Pauschalen fördern Einrichtungen mit vielen sprachlich oder sozial benachteiligten Kindern, unterstützen eingruppierte Einrichtungen und Kindertagesstätten mit Integrationsplätzen. Noch nie wurde so viel Landesgeld für die Kinderbetreuung ausgegeben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Landesförderung steigt nochmals um rund 20 % von 355 Millionen € 2012 auf durchschnittlich 425 Millionen € jährlich von 2014 bis 2018 – und das in Zeiten der Schuldenbremse.

(Beifall bei der CDU)

Des Weiteren haben wir mit den vorgenommenen Konkretisierungen verantwortungsbewusst und umsichtig auf Anregungen von Eltern sowie Erzieherinnen und Erziehern reagiert und Klarstellungen vorgenommen.

Allerdings muss man an dieser Stelle sagen: Ja, wir haben Ängste und Befürchtungen von Erzieherinnen und Erziehern aufgenommen und für Klarstellungen gesorgt, die auch von der Opposition lautstark vertreten wurden. Man muss aber deutlich hinzufügen: Dort, wo Grün und Rot Verantwortung tragen, machen sie etwas gänzlich anderes.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der baden-württembergische Landtag hat ein Gesetz zur Förderung von Kindern in Kindertagesstätten verabschiedet, eingebracht von der grün-roten Landesregierung. Dort wird nicht einmal von Fachkräften zur Mitarbeit oder einer prozentualen Beschränkung gesprochen. Nein, hier werden andere Berufsgruppen schlicht und einfach als Fachkräfte definiert, die bei uns überhaupt nicht vorkommen. So darf in Baden-Württemberg unter grün-roter Verantwortung in Zukunft eine Dorfhelferin oder ein Dorfhelfer Kinder betreuen.

(Holger Bellino (CDU): Unerhört!)

Ich sage Ihnen: Dort, wo Grün und Rot Verantwortung tragen, arbeiten sie anders als dort, wo sie in der Opposition sind. Das ist ein pharisäerhaftes Verhalten von Grünen und Roten in diesem Land.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Entscheidend an diesem Punkt ist – und das ist das Verwerfliche -: Sie machen mit den Ängsten von Erzieherinnen und Erziehern und Eltern Politik. Das werfe ich Ihnen vor. Das ist keine Familienpolitik, sondern eine Politik auf dem Rücken von Familien. Das ist nicht unsere Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Gleichzeitig ist es wichtig für uns, dass Eltern in Hessen aus unterschiedlichen Angeboten der Kinderbetreuung wählen können. Daher misst Hessen der Kindertagespflege ebenfalls eine besondere Bedeutung bei. Sie ist inzwischen ein gleichwertiger, elementarer Baustein im Angebot der Kinderbetreuung und leistet einen wichtigen Beitrag für ein familienfreundliches Hessen.

Derzeit sind rund 3.100 Tagespflegepersonen in Hessen tätig. Sie betreuen über 9.500 Kinder, davon rund 7.000 Kinder unter drei Jahren. Damit das Angebot noch größer

wird, unterstützen wir den weiteren Ausbau der Kindertagespflege ebenfalls durch finanzielle Anreize.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hessen lässt sich seine Infrastruktur für Familien wirklich etwas kosten. Das tun wir gerne, und das ist notwendig. Denn ohne ein adäquates Betreuungsangebot für alle Familien, die dies möchten, lässt sich der Anspruch, Eltern die freie Wahl des ihnen angemessenen und für ihre spezifische Situation geeigneten Lebensmodells zu ermöglichen, nicht einlösen. Zu dieser Wahlmöglichkeit gehört auch die Betreuung der Kinder zu Hause. Sie müssen nicht nur in einer Einrichtung betreut werden. Familien, die ihre Kinder zu Hause betreuen, haben den gleichen Respekt, die gleiche Unterstützung und die gleiche Aufmerksamkeit wie andere Familien verdient.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber auch über die Kinderbetreuung hinaus müssen Familien gute Rahmenbedingungen vorfinden. Deshalb kommt auch dem Ausbau von Familienzentren in Hessen, die eine sinnvolle Erweiterung von Betreuungs-, Beratungs- und Bildungsangeboten darstellen, eine besondere Bedeutung zu. Familienzentren sind Knotenpunkte in einem Netzwerk von Kooperation und Information, die verschiedene familienbezogene Leistungen bieten und entwickeln.

(Vizepräsident Lothar Quanz übernimmt den Vorsitz.)

Die Landesregierung hat zur Unterstützung ein Förderprogramm mit einem jährlichen Volumen von 1,2 Millionen € aufgelegt, das auf große Resonanz stößt. Inzwischen werden hessenweit 104 Familienzentren mit Landesmitteln gefördert.

Nennen möchte ich auch die regionalen Netzwerke aus Jugend- und Gesundheitsbehörden, Familienberatungsstellen, Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Ärztinnen und Ärzten, Schwangerschaftsberatungsstellen, Polizei und weiteren Verantwortlichen, die es möglich machen, dass alle Akteure des Kinderschutzes zusammenarbeiten.

Wichtiger Teil der Netzwerke sind Hebammen, da sie die Familien bereits zu Beginn ihres gemeinsamen Weges begleiten. Seit 2007 bildet das Land Hessen gemeinsam mit dem hessischen Hebammenverband Familienhebammen aus. Sie begleiten die Familien bis zu einem Jahr nach der Geburt des Kindes, unterstützen die Eltern-Kind-Beziehung und können Hilfen vermitteln. Seit Beginn des Programms wurden fast 200 Hebammen zu Familienhebammen in Hessen ausgebildet.

Hessen hat zudem über die Landesgrenzen hinaus Anerkennung für das Modellprojekt „Keiner fällt durchs Netz“ bekommen. Das Projekt kombiniert Angebote wie Elternschule, Vermittlung von Hebammen durch die Geburtskliniken und das eng vernetzte Zusammenarbeiten aller Beteiligten im Kinderschutz.

Meine Damen und Herren, wir bringen nun als einen unserer Punkte in der Koalitionsvereinbarung Gutscheine für Elternkompetenzkurse auf den Weg. Eltern können Gutscheine von uns erlangen, sie können sie einlösen, wenn sie Hilfe und Unterstützung brauchen. Auch hier ist Hessen Vorreiter vor allen anderen Ländern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich möchte ganz bewusst ein weiteres Angebot für Familien nennen, das häufig belächelt worden ist, nämlich die hessische Familienkarte.

(Alexander Bauer (CDU): Erfolgsmodell!)

Seit ihrer Einführung im September 2010 nutzen bereits mehr als 128.000 Familien die kostenlose und einkommensunabhängige Familienkarte in Hessen. Betrachtet man die Zahl der Personen, die in diesen 128.000 Haushalten leben, erreichen wir mit der hessischen Familienkarte insgesamt eine halbe Million Menschen in Hessen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Diese profitieren von den Vorteilen der Karte: Basisunfallversicherungsschutz, Serviceleistungen für Familien, einen Elternratgeber sowie zahlreiche und vielfältige Vergünstigungen. Die Familienkarte Hessen soll Familien bei der Bewältigung ihres Alltags unterstützen.

Die hohe Akzeptanz der Karte zeigt, wie gut die Angebote – insbesondere auch die Serviceleistungen – von den Familien angenommen werden. Die Familienkarte hat sich zu einem echten Erfolgsmodell entwickelt.

Hervorheben möchte ich auch, dass wir mit der Familienkarte das Angebot der Vermittlung von haushaltsnahen Dienstleistungen verknüpfen. In vielen Staaten Europas ist die Inanspruchnahme dieser Leistungen eine enorme Erleichterung im Alltag der Familien.

In Deutschland hingegen bezeichnet man die Nutzung externer Dienstleistungen eher als ein Oberschichtenphänomen. Daher haben Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft und Verbände inklusive der Gewerkschaften beim Demografiegipfel in Berlin letzte Woche auch familienunterstützende Dienstleistungen als ein wesentliches Handlungsfeld ausgemacht.

Familienunterstützende Dienstleistungen können Familien dabei helfen, Familienleben und Erwerbstätigkeit miteinander in Einklang zu bringen. Unterstützung im Haushalt trägt dazu bei, zeitliche Spielräume füreinander oder für gewünschte Ausdehnung der Erwerbstätigkeit zu gewinnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, darüber hinaus führt seit 2001 „Der Familienatlas“ – ein aktuelles Informationsmedium für Familien in Hessen – alle familienbezogenen Einrichtungen, Programme und Dienstleistungen in Hessen zusammen und macht sie im Internet zugänglich. Das moderne Nachschlagewerk entstand im Rahmen der Familienpolitischen Offensive der Hessischen Landesregierung als weiterer Schritt auf dem Weg zu einem familienfreundlichen Hessen.

Und schließlich möchte ich als weiteres Angebot für Familien den Hessischen Familientag nennen, der mittlerweile zu einer festen Einrichtung geworden ist und in einem zweijährigen Rhythmus in einer Stadt oder Gemeinde stattfindet. Das Hessische Sozialministerium und die Karl Kübel Stiftung laden Vereine, Gruppen und Initiativen aus ganz Hessen dazu ein, sich aktiv am Hessischen Familientag zu beteiligen.

Der 7. Hessische Familientag wird am 8. Juni in Weilburg stattfinden. Neben Spaß und Unterhaltung ist dies aber auch eine Informations- und Hilfebörse für die Familie. Sie können dort Unterstützung finden, wenn sie Unterstützung suchen. Deshalb ist dieser Familientag eine so wichtige Einrichtung in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Neben den vielfältigen Maßnahmen, die das Land Hessen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördert, möchte ich an dieser Stelle auch das Netzwerk Wiedereinstieg hervorheben, mit dem Maßnahmen für Berufsrückkehrerinnen mit rund 2,2 Millionen € gefördert werden. Damit soll Frauen der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer beruflichen Pause zur Gründung einer Familie erleichtert werden. Denn die Entscheidung von Frauen, eine berufliche Pause zur Gründung einer Familie einzulegen, darf kein Nachteil für sie sein.

Von den Teilnehmerinnen des Projekts haben 62 % eine Stelle auf dem Arbeitsmarkt gefunden oder sich selbstständig gemacht. Ein knappes Drittel hat die Beratung im Netzwerk zur weiteren beruflichen Qualifizierung genutzt. Ich denke, diese Erfolge sprechen für sich.

Ein weiterer Schwerpunkt der Familienpolitischen Offensive, mit der die Hessische Landesregierung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern und ein breiteres Bewusstsein für Familien und ihre Anliegen schaffen will, ist genau dieses Netzwerk.

Die Hessische Landesregierung führt seit dem Jahr 2004 – also alles langfristige Maßnahmen – eine Kongressreihe zum Thema „Vereinbarkeit Familie und Beruf“ in Kooperation mit der „Hessenstiftung – Familie hat Zukunft“ durch, um den Dialog mit den gesellschaftlichen Kräften, insbesondere der Wirtschaft, zu vertiefen. Themen waren unter anderen: „Kinder bilden – Zukunft schaffen“, „Vereinbarkeit von Beruf und Pflege“ von 2008 und zuletzt „Zukunft der Arbeits(zeit)gestaltung: zwischen Fachkräftebedarf und Familienorientierung“.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Hessische Landesregierung hat schon viele Anstrengungen unternommen, Hessen zu einem attraktiven Land für Familien zu machen. Und die Familien bestätigen, dass Hessen ein attraktives Land ist.

Hierzu gehört auch, gute Lebensbedingungen für alle Generationen in Hessen zu schaffen. So ist die Hessische Landesregierung im Rahmen ihrer seniorenpolitischen Initiative den gravierenden Veränderungen, mit denen unsere Gesellschaft künftig konfrontiert sein wird, mit nachhaltigen politischen Lösungen und neuen Handlungsstrategien begegnet.

Vor allem aber wollen wir einem sich wandelnden gesellschaftlichen Bild des Alters Rechnung tragen. Die Lebensphase des Alters ist nicht mehr allein mit Krankheit und Pflege zu identifizieren, sondern umfasst zahlreiche Facetten, die es bei der Weiterentwicklung der Seniorenpolitik in Hessen zu berücksichtigen gilt – Seniorenpolitik als Teil der Familienpolitik.

So fördert Hessen als einziges Bundesland den Auf- und Ausbau von Seniorenbegegnungsstätten, in denen es nicht nur um Information und Beratung geht, sondern um das Miteinander, um Freizeit, Kultur und Weiterbildung. Auch das Modellprojekt Koordinierungsstellen für Senioren- und Generationenhilfe wird mit Landesmitteln nachhaltig unterstützt.

Für Sanierung, Modernisierung, Neu- und Ersatzneubau-maßnahmen im Bereich der Altenhilfe stellt das Land darüber hinaus seit 2012 jährlich 25 Millionen € an Zuschüssen und Darlehen zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, alle diese Anstrengungen zeigen, dass die Hessische Landesregierung seit Jahren kontinuierlich Familienpolitik zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht hat, dass wir Familien insgesamt Unterstützung geben. Wir wollen darauf achten, dass wir die Rückkehr in den Beruf jederzeit ermöglichen und auch Wahlfreiheit garantieren. Gerade durch den Ausbau der Kinderbetreuung, aber auch durch Verbesserungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird der Grundstein zur Bewältigung der zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen gelegt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Eine moderne Familienpolitik gibt auch eine Antwort auf die Frage der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Denn viele im Erwerbsleben Stehende befinden sich in einer Situation, in der sie sich einerseits um ihre Kinder und andererseits um ihre Eltern oder weitere Angehörige kümmern müssen. Diese Doppelbelastung führt häufig dazu, die eigenen Interessen und das eigene Wohl hintenanzustellen.

Hier müssen wir Unterstützung und Hilfe geben. Wir müssen die verschiedenen Herausforderungen in Einklang bringen. Wir müssen anerkennen, dass Eltern ihre Kinder zu Hause großziehen wollen und dass die Kinder ihre Eltern zu Hause pflegen möchten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Für all das muss ein Bewusstsein geschaffen werden. Das sind Herausforderungen, denen wir letztendlich – –

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Staatsminister, ich erlaube mir den Hinweis, dass die für die Fraktionen vorgesehene Redezeit erreicht ist.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Jawohl, ich komme gleich zum Schluss der Rede. – Wir leben heute in der Tat in einer hoch technisierten Dienstleistungsgesellschaft. Sie fordert ein Höchstmaß an Mobilität und Flexibilität. Gleichzeitig müssen wir aber Zuwendung geben können. Wir müssen den Raum für Zuwendungen ermöglichen. Wir müssen das erleichtern. Das tun wir mit der Unterstützung und Stärkung der Familie als dem Kristallisationspunkt unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ohne Zweifel sind die Familien und insbesondere Kinder die Grundpfeiler für den Fortbestand unseres Gesellschaftsmodells. Daher ist es folgerichtig, dass die Politik die Menschen in ihrem Wunsch nach Kindern unterstützt und die geeigneten Rahmenbedingungen zur Erfüllung dieses Wunsches zur Verfügung stellt und im weiteren Verlauf die Familie schlicht und einfach stärkt und unterstützt.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut!)

Die Hessische Landesregierung richtet ihre Familienpolitik konsequent an diesen Erfordernissen aus und trägt dabei den Wünschen und Vorstellungen der Betroffenen Rechnung. Dabei wird sie die Familienpolitik in all ihrer Vielfalt und Breite weiterhin modern gestalten. Der Schutz und die Unterstützung der Familie stellen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb besteht unser Anspruch darin, die qualitativ hochwertige Kinderbetreuung in Hessen durch eine bedarfsgerechte Versorgung in der Kinderbetreuung, auch für Kinder unter drei Jahren, weiter zu verbessern, die Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege weiter auszubauen, insbesondere durch noch gezieltere Unterstützung der Unternehmen, die Maßnahmen zu fördern, die pflegende Angehörige entlasten. Denn wir haben das Ziel, unser familienfreundliches Klima in Hessen Hand in Hand mit allen gesellschaftlichen Akteuren nicht nur zu erhalten, sondern weiter auszubauen.

Lassen Sie uns gemeinsam die Chancen nutzen, die mit einer familienorientierten Politik verbunden sind, und lassen Sie uns gemeinsam für ein familienfreundliches Hessen eintreten. Denn Hessen hat Familiensinn.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Staatsminister Grüttner, vielen Dank. – Den Oppositionsfractionen ist jeweils eine Minute Redezeit zugewachsen.

Bevor ich die Aussprache eröffne und Herrn Merz für die SPD-Fraktion ans Mikrofon bitten darf, erlaube ich mir, den früheren Staatssekretär, Herrn Karl-Winfried Seif, zu begrüßen. – Herr Seif, seien Sie uns auf der Besuchertribüne herzlich willkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Merz, Sie haben das Wort. Möglich sind bis zu 31 Minuten Redezeit.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Trotz des leicht aggressiven und auch etwas wirren Beginns der Rede des Herrn Staatsminister Grüttners – vielleicht komme ich bei Gelegenheit noch darauf zurück – will ich, eigentlich wie immer, zu Beginn meiner Ausführungen mit etwas Positivem beginnen, und zwar damit, dass – –

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Merz, eine Sekunde noch. – Ich möchte Sie bitten, die Plätze einzunehmen oder das Gespräch nach außen zu verlegen. – Herr Merz, bitte schön.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Minister Grüttner, ich möchte sagen, dass ich mich gefreut habe. Gleichzeitig war ich ein wenig darüber erstaunt, dass es diese Regierungserklärung überhaupt gegeben hat.

Herr Minister, ich war erfreut, weil ich schon begonnen hatte, mir darüber Sorgen zu machen, dass Sie bei diesem nicht enden wollenden Los-Wochos-Reigen, den die Landesregierung seit Monaten über Gerechte und Ungerechte hereinbrechen lässt, vergessen gegangen wären. Allerdings wäre das angesichts des Zustandes der hessischen Familienpolitik auch nicht wirklich verwunderlich gewesen. Denn es gibt nichts, was man leichter als die hessische Familienpolitik vergessen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Marcus Bocklet und Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vom Standpunkt der Plausibilität aus hätte man übrigens eher annehmen können, dass man das Thema Familienpolitik angesichts des vollständigen Kommunikations- und Marketingdebakels mit dem Entwurf des Kinderförderungsgesetzes erst einmal auf Eis legt und den Mann, der für dieses Debakel in allererster Linie verantwortlich ist, aus dem Verkehr zieht. In diesem Land mussten schon Ministerinnen und Minister aus geringerem Anlass zurücktreten.

Herr Minister Grüttner, Sie haben es immerhin fertiggebracht, mit einer einzigen Gesetzesvorlage, die Sie dazu gar nicht selbst eingebracht haben, das ganze Land rebellisch zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn in diesem Land irgendetwas die Bezeichnung Aktionswoche verdient hätte, dann ist es doch das, was Sie mit diesem Gesetzentwurf ausgelöst haben. Dazu sage ich herzlichen Glückwunsch und herzlichen Dank von meiner Seite aus. Denn das wird Ihr wesentliches familienpolitisches Verdienst bleiben. Denn Sie haben uns, allerdings mit den falschen Mitteln, immerhin eine intensive Debatte über die Frage der frühkindlichen Bildung beschert.

Das ist der Punkt, weshalb ich dann am Ende doch erstaunt war, als ich von der Absicht hörte, dass dem endlosen Reigen der Pseudoaktionswochen und der darauf folgenden substanzlosen Regierungserklärungen, die wiederum von noch substanzloseren Anträgen der Koalition begleitet werden, nun dieses folgt.

(Zuruf von der FDP: Oppositionsanträge!)

Ich war allerdings nicht wirklich auf das gespannt, was kommen würde. Meine Erwartungshaltung wurde auch in vollem Umfang erfüllt. Denn es war an weniger als an fünf Fingern abzählbar, dass Sie sich mit den Leistungen Dritter, vor allem denen der Kommunen und der freien Träger, brüsten würden. Sie haben erneut versucht, Ausgaben für sich zu reklamieren, die von anderen und insbesondere mit anderer Leute Geld getätigt werden. Sie haben die vereinzelt Modellversuche und Förderlinien, die tatsächlich mit Landesgeld bestritten werden und die sich dann auch allesamt im Entschließungsantrag der Koalition wiederfinden – so viele sind es am Ende auch nicht –, hier zu revolutionären Taten aufgeblasen. Sie haben die im Grunde nach wie vor alberne Geschichte mit der Familienkarte hier noch einmal zelebriert.

(Holger Bellino (CDU): Der Erfolg spricht eine andere Sprache!)

Da ich jetzt gerade bei der Familienkarte bin, möchte ich anmerken, dass Ihnen im Zusammenhang mit dem Versuch, das noch einmal mit den vorausgegangenen Aktionswochen zu vermarkten, ein paar Meisterstücke der Selbstentlarvung gelungen sind. Ich will jetzt gar nicht die berühmten Beispiele, die wir alle kennen, wiederholen. Doch, das eine möchte ich wiederholen. Das ist das mit dem günstigeren Einkauf des Öko-Katzenstreu und das mit dem leichteren Zugang zu den pädagogisch wertvollen Angeboten von Super RTL. Das war mir neu. Das finde ich schon „beeindruckend“.

(Heiterkeit des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ihnen sind also bei dem Versuch, das noch einmal zu vermarkten, doch ein paar sehr entlarvende Kabinettstückchen gelungen. Mit einer der ersten Presseerklärungen zu dieser Aktionswoche hat Frau Staatssekretärin Müller-Klepfer darauf hingewiesen, dass man bei einem bestimmten Träger mit der Familienkarte Selbstverteidigungskurse kostengünstiger besuchen kann. Das tut dieselbe Landesregierung, die mit der „Operation düstere Zukunft“ alle Landeszuschüsse für Projekte gegen Gewalt in Familien und vor allem gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder drastisch gekürzt bzw. gestrichen hat. Sie lässt bis jetzt bei der Umsetzung des Landesaktionsplans gegen sexuellen Missbrauch jeden Ehrgeiz vermissen. Deshalb hat sie sorgfältig vermieden, auch nur einen konkreten Punkt in diesen Landesaktionsplan zu schreiben.

Herr Minister, hier haben Sie die Antwort auf die Ausführlichkeiten vom Anfang Ihrer Rede. Sie haben gefragt, was Punkt 10 unseres Dringlichen Entschließungsantrags mit der Familie zu tun habe. Das hat er damit zu tun.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Zweiter Punkt. Herr Minister, vielleicht war es deshalb nur konsequent, dass einer der Preise, die man bei der Osteraktion der Familienkarte Hessen gewinnen konnte, ein Besuch im Senckenbergmuseum war, und zwar einer gemeinsam mit Ihnen. Wahrscheinlich wurde das deswegen gemacht, damit die Menschen einmal sehen, dass es tatsächlich noch lebende Dinosaurier gibt

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

und dass Sie als Familienpolitiker in der hessischen CDU allen frauen- und gleichstellungspolitischen Kometeneinschlägen getrotzt haben. Denn das ist das tiefer gehende Geheimnis der Familienpolitik der hessischen CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie wird von Leuten gemacht, die erst jemanden wie Kristina Schröder zur Bundesfamilienministerin machen, die sie dann bei der Aufstellung der Liste zur Bundestagswahl abmeiern und sie dann schon vorsorglich einmal als Bundesfamilienministerin demontieren, und zwar mit der sprechendsten aller Begründungen, nämlich der, dass ausgerechnet die Bundesfamilienministerin mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf überfordert sei.

Ich beschäftige mich hin und wieder mit Satire. Vom Standpunkt der Satire aus will ich Ihnen sagen: Ich hätte das nicht erfinden können.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Kommen wir jetzt zu all dem, wozu Sie und auch der Antrag der Koalition nichts gesagt haben bzw. nichts sagen.

Herr Minister, eines will ich anerkennen: Immerhin haben Sie in der Überschrift Ihrer Rede davon abgesehen, etwas von Hessen als dem „Familienland Nummer eins“ zu fantasieren. Das wird ja bei anderen Gelegenheiten immer wieder gesagt. Normalerweise ist dieses penetrante „Ich bin schon wieder Erster“ eines der Markenzeichen der Marketingstrategie dieser Landesregierung. Stattdessen sagen Sie: „Hessen hat Familiensinn“. Das aber ist auch nur die Ersetzung einer Phrase durch eine andere.

Die Kollegen von der Koalition dagegen haben der Versuchung nicht widerstehen können, denn dort heißt es: „Hessen ist Familienland“ – wenn auch ohne das „Nummer eins“. Ich könnte das nun als einen gewissen Anflug von Defätismus – oder von Realitätsbewusstsein – deuten. Ich kann das auch lassen.

(Zuruf des Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Allerdings finde ich schon, dass die diesmaligen Aktionswochen – Los Wochos zur Familie – durch einen durchaus ausgeprägten Mangel an Enthusiasmus gekennzeichnet sind, wenn man sich einmal den Terminkalender der Landesregierung anschaut. Ich habe schon mehr Engagement erlebt als in diesem Falle.

Was aber haben Sie alles hier vorgelegt?

Sie haben ein Familienbild, das im Wesentlichen von dem alten Bild der Vater-Mutter-Ehe-zwei-Kinder-Familie gekennzeichnet ist; andere Formen von Familie und Partnerschaft wie Einehe oder Patchwork-Familie, Familie ohne Trauschein finden – Sie haben sie erwähnt, aber im Grunde – in Ihrer Welt nicht statt.

Was schon überhaupt nicht stattfindet, sind gleichgeschlechtliche Partnerschaften, ob mit oder ohne Kinder. Was demzufolge ebenfalls nicht stattfindet, sind deren Probleme und die Frage ihrer vollständigen rechtlichen und materiellen Gleichstellung.

Nicht angesprochen wird die besondere Situation, in der viele Familien mit Migrationshintergrund leben.

Nicht angesprochen werden die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern im Berufsleben und die Frage, was Politik dazu beitragen kann und muss, damit sich Männer und Frauen die Lasten, die mit der Verantwortung für Kinder und/oder für pflegebedürftige Angehörige einhergehen, tatsächlich fair teilen und dennoch beruflich keine Nachteile und Karriereeinbußen in Kauf nehmen müssen.

Sie, Herr Minister, haben zum Thema Arbeitszeitpolitik – außer den Beispielen aus der Landesverwaltung, die ich durchaus anerkennen will – nicht viel zu bieten, und der Koalitionsantrag schweigt sich dazu vollkommen aus.

Insgesamt bleibt die Frage der Situation von Frauen – Einkommensunterschied, Armutsrisiko, vor allem im Alter, geringe Frauenerwerbsquote und vieles andere mehr – ziemlich systematisch ausgeblendet.

Familienarmut sowie Gewalt und sexueller Missbrauch in Familien: Ich komme erneut darauf zurück. Denn das gehört zur Realität der Familien in diesem Lande. Nach wie vor kommt sexueller Missbrauch als massenhaftes Phänomen überwiegend in Familien vor. Das hat etwas mit Familie und ihrem gegenwärtigen Zustand zu tun. Herr Minister, wenn Sie als Familienminister das nicht erkennen, dann haben Sie einen sehr erstaunlichen blinden Fleck in Ihrem Familienbild.

Das kommt also ebenfalls nicht vor, und dementsprechend haben Sie auch für die beiden Themen Familienarmut, Kinder- und Jugendarmut sowie Gewalt gegen Kinder und sexueller Missbrauch keinen einzigen Lösungsansatz entwickelt.

Schon allein aus dieser Liste wird deutlich, welche Defizite sowohl die Regierungserklärung als auch insbesondere der

Antrag der Koalitionsfraktionen haben, wenn es um eine umfassende Bestandsaufnahme der Situation von Familien in Hessen ginge. Freilich geht es Ihnen aber offensichtlich nicht darum.

Wenn es Ihnen darum ginge, dann hätten Sie selbst in dem von Ihnen verantworteten Landessozialbericht mehr als deutliche Hinweise darauf gefunden, wo die Probleme liegen und welche politischen Handlungsanforderungen daraus resultieren.

Jetzt zu dem, wozu Sie bzw. der CDU/FDP-Antrag etwas gesagt haben.

Sie wollen vom Landtag – erster Punkt – begrüßt wissen, ich zitiere:

dass die Landesregierung hessische Familien in allen Bereichen unterstützt und dass Land und Kommunen gemeinsam rund 2,5 Milliarden € in Familienleistungen und Angebote für Familien investieren.

(Günter Rudolph (SPD): Das stimmt ja gar nicht!)

Ich kann das nicht begrüßen, weil es nicht so ist.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Weder ist es so – das sollte aus dem vorher Gesagten deutlich geworden sein –, dass die Landesregierung die hessischen Familien in allen Bereichen unterstützt; noch ist es so, dass Land und Kommunen – man beachte übrigens die Reihenfolge in diesem Antrag – g e m e i n s a m Geld investieren würden; denn von einer strukturierten Zusammenarbeit und einer durchdachten Arbeitsteilung zwischen Land und Kommunen kann auf dem Feld der Familienpolitik nicht wirklich die Rede sein. Deshalb kann eben auch keine Rede davon sein, dass hier g e m e i n s a m – im Sinne eines gemeinsamen, strukturierten und planvollen Handelns – Geld investiert würde.

Was man v i e l l e i c h t sagen kann, ist, dass Land und Kommunen, zusammengenommen, ca. 2,5 Milliarden € für familienpolitische Leistungen aller Art ausgeben. Aber welche Leistungen, welche Angebote haben Sie in diese Berechnung einbezogen? Von wem wurde das berechnet? Wie setzt sich diese Zahl zusammen? Vor allem aber: Wessen Geld ist das? Welchen Anteil hat daran das Land?

Alle Plausibilität spricht dafür, dass dieser Anteil ziemlich gering ist; denn wäre es anders, würden Sie den Landesanteil gesondert nennen und ihn nicht schamhaft in einer zunächst einmal als beeindruckend daherkommenden Gesamtsumme verstecken.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie würden dann in Ihrem Antrag auch nicht so über die Dörfer gehen müssen, wie Sie das tun. Denn dort, wo Sie es tun und Zahlen nennen, sind diese Zahlen ziemlich mickrig.

Nehmen wir für den Augenblick einmal an, dass in diesem Betrag zumindest ein Großteil der Ausgaben in der Kinder- und Jugendhilfe enthalten ist, also die Ausgaben im Bereich des SGB VIII, das Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien umfasst. Die Kosten lagen im Jahr 2011 bei insgesamt 2,6 Milliarden €; für alle Leistungsarten in Hessen waren es netto knapp 2,4 Milliarden €, und zwar sowohl in der Einzel- und Gruppenhilfe als auch im Bereich der Einrichtungen. Der weitaus größte Teil davon wird von

den Kommunen bestritten. Ein sehr großer Batzen, nämlich der gesamte Bereich der Hilfen zur Erziehung mit knapp 500 Millionen € bei kontinuierlich stark steigender Tendenz, lässt sich gerade als Beleg für die Funktionsschwäche vieler Familien und nicht in erster Linie als Ausdruck einer gut funktionierenden und gut ausgestatteten Familienpolitik deuten, sondern dem sind eher Hinweise für die gegenteilige Richtung zu entnehmen. Dies ist natürlich ein Bereich, in dem das Land überhaupt nicht aktiv ist und auch nicht zahlt.

Das ließe sich auch an anderen Teilaspekten zeigen, z. B. an der Jugendsozialarbeit. Ich erinnere an das Versprechen des ehemaligen Ministers Banzer, sich fair und verlässlich an den Kosten der Schulsozialarbeit zu beteiligen. Aber Sie weigern sich nach wie vor, in irgendeiner relevanten Art und Weise hier gemeinsam mit den Kommunen zu investieren. Deshalb ist es unredlich und eine politische Irreführung, in diesem Antrag hier Eindruck mit großen Zahlen schinden zu wollen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition und lieber Minister, besonders dreist ist, dass wir als Landtag anerkennen sollen, dass mit dem KiföG der Finanzierungsanteil des Landes für die Kinderbetreuung auf 424,5 Millionen € im Jahr erhöht wird.

Die Wahrheit ist – und ich werde nicht müde, das zu sagen; wahrscheinlich werden Sie das am Donnerstag erneut wiederholen, und ich werde wieder das sagen, was ich jetzt sage –, dass die Gesamtkosten der frühkindlichen Bildung, Stand 2011, bei 1,5 Milliarden € pro Jahr lagen, übrigens mit einer Steigerung gegenüber dem Jahr 2006 um über 500 Millionen €. So viel übrigens zu den Steigerungen, die Sie uns hier immer vorrechnen: Natürlich folgen die in gewissem Maße den gestiegenen Kosten.

Die Gesamtkosten lagen also bei 1,5 Milliarden € pro Jahr. Der Anteil originärer Mittel des Landes – folgt man der Rechnung des Hessischen Städtetags, und wir folgen ihr – liegt nach KiföG bei gerade einmal 38,5 Millionen € pro Jahr. Der gesamte Rest sind entweder zweckgebundene Mittel des Kommunalen Finanzausgleichs, darunter z. B. auch die Mittel für das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr, durchgeleitete Bundesmittel oder eben das Geld, zu dessen Zahlung Sie erst durch den Staatsgerichtshof verurteilt werden mussten.

Das alles ist schon Dutzende Male erörtert worden. Deswegen muss man fast schon Bewunderung vor der Hartnäckigkeit – man kann auch sagen: Dreistigkeit – haben, mit der Sie wider besseres Wissen offensichtlich wahrheitswidrige Behauptungen aufrechterhalten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

In die gleiche Kategorie gehören die Behauptungen hinsichtlich des Aufbaus des Betreuungsangebots selbst. Die Zahlen in Punkt 5 des Koalitionsantrags sind richtig. Sie haben aber mit der Politik der Landesregierung gar nichts zu tun, sondern sie gehen, erstens, auf den vom Bund 1996 festgesetzten Rechtsanspruch auf einen Ü-3-Betreuungsplatz und, zweitens, auf die darauf folgenden erheblichen Anstrengungen der Kommunen und der freien Träger beim Ausbau dieses Angebots und bei der Garantie eines Kindergartenplatzes für die Drei- bis Sechsjährigen zurück.

Mit der Landesregierung hat all das nichts zu tun – mit keiner Landesregierung, in keinem Bundesland. Das war eine kommunale Aufgabe. Die wurde kommunal gelöst. Sie ist gut gelöst worden. Deswegen haben Sie gar keinen Grund, sich dafür nach all diesen Jahren hier auch noch selbst zu feiern.

In Punkt 6 Ihres Antrags versuchen Sie diese Nummer nochmals, nämlich in Bezug auf die Erfolge beim U-3-Ausbau.

Auch das ist hier oft diskutiert und widerlegt worden. Hessen hat, wie leider allzu viele andere Landesregierungen auch, jahrelang nichts anderes getan, als die vom Bund zur Verfügung gestellten Investitionsmittel weiterzuleiten, mehr oder weniger reibungslos. Erst in diesem Jahr stellt Hessen eigene Mittel in Höhe von 55 Millionen € zu diesem Zweck zur Verfügung.

Sie haben sich dafür gelobt, dass Sie das ordnungsgemäß getan haben. Ich weiß nicht, warum man eine Landesregierung dafür loben muss, dass sie Mittel, die von einem Dritten für einen Dritten zur Verfügung gestellt werden, an diesen weitergibt. Es ist mir ein Rätsel, warum man sich dafür loben muss, aber vielleicht ist das bei dieser Landesregierung so.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sie haben in diesem Jahr zum ersten Mal substanziiell eigenes Geld zur Verfügung gestellt. Die Bilanz ist folgende. Von 2008 bis 2013 werden Bund und Land insgesamt 265 Millionen € Investitionsfördermittel für den U-3-Ausbau ausgezahlt haben. Davon wird das Land gerade einmal 55 Millionen € beigetragen haben, also ca. 20 %, und zwar erst 2013 im Zusammenhang mit einem Landesinvestitionsprogramm, das zunächst einmal nur 30 Millionen € betrug und schnell noch mit Haushaltsausgaberesten aus der Kita-Finanzierung um 25 Millionen € aufgestockt wurde, damit es nicht ganz so ärmlich daherkam, nachdem man vom Bund aus Mitteln des Fiskalpaktes weitere 45 Millionen € erwarten konnte. Nur so konnte man schließlich stolz verkünden, dass das Land „den Löwenanteil an dem Landesinvestitionsprogramm“ finanziere. Ich weiß nicht, ob man bei 55 % von einem „Löwenanteil“ sprechen kann, aber ich finde es grundsätzlich bemerkenswert, dass das Land damals meinte und offensichtlich immer noch meint, betonen zu müssen, dass ein Landesinvestitionsprogramm tatsächlich maßgeblich vom Land finanziert wird. Auf jeden Fall ist und bleibt das alles weit entfernt von dem, was – entgegen Ihren ebenso hartnäckigen Behauptungen – auf dem Krippengipfel vereinbart wurde, nämlich eine Drittelfinanzierung von Bund, Ländern und Kommunen.

Sie haben, wie nicht anders zu erwarten, die Familienzentren über den grünen Klee gelobt. Dagegen ist inhaltlich – das will ich hier extra betonen; ich habe das bei vielen Gelegenheiten schon gesagt – nichts einzuwenden, da die entsprechenden Einrichtungen vor Ort in aller Regel sehr gute und innovative Arbeit im Interesse eines ganzheitlichen stadtteil- oder wohnortnahen Angebots machen. Aber nach wie vor bleibt es bei unserer Kritik, die ich hier schon im September 2011 vorgetragen habe. Sie haben für die Umsetzung eines einstimmig gefassten Landtagsbeschlusses drei Jahre gebraucht.

Die Förderhöhe von 10.000 bis 12.000 € pro Einrichtung und Jahr steht in keinem Verhältnis zur erwarteten Leistung. Bei dem vorgesehenen Gesamtfördervolumen und knapp 4.000 Einrichtungen in Hessen wird es mehrere

Jahrzehnte bis zu einem flächendeckenden Angebot dauern. Es ist wieder einmal eine dieser Geschichten, derer wir in der sozialen Arbeit herzlich überdrüssig sind: Anschubfinanzierung, Modellprojekt, aber um Himmels willen bloß keine Regelförderung, keine Finanzierung einer Aufgabe, die sich erkennbar auf Dauer und immer wieder neu stellt. Deshalb haben Sie auch davon abgesehen, die Familienzentren in irgendeiner Art und Weise im KiföG zu erwähnen.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt auch für den Modellversuch Qualifizierte Schulvorbereitung. Auch den müssen Sie mit einem Koalitionsantrag hier noch einmal abfeiern, damit die Bilanz nicht gar zu mager ist. Ich habe schon in der Landtagsdebatte vom 10. Mai letzten Jahres darauf hingewiesen, dass hier neben der Arbeit nach dem Bildungs- und Erziehungsplan eine zweite Förderlinie mit ähnlichen inhaltlichen Zielsetzungen etabliert wird, die darüber hinaus mit weiteren Förderlinien und inhaltlichen Konzepten, z. B. im Bereich der Sprachförderung, konkurriert. Das wird auch nach dem KiföG so bleiben, weil Sie gerade an diesen pädagogisch bedeutsamen Stellen weder gesetzliche Regelungen schaffen noch das vorhandene Finanzierungssystem wirklich vereinfachen.

Sie haben in diesem Bereich offensichtlich nach wie vor keine inhaltliche Klarheit innerhalb der Koalition. Das will ich als Fußnote anfügen. Das Modellprojekt QSV – Qualifizierte Schulvorbereitung – war eigentlich das Ergebnis einer krachenden politischen Niederlage der FDP mit ihrer abwegigen Idee der Kinderschule. Das war gut so, und wir haben das begrüßt. Sie wissen, Herr Banzer weiß, dass wir immer Gegner der Idee der Kinderschule waren.

Ich will deshalb aus gegebenem Anlass darauf hinweisen, dass sich diese Idee innerhalb der FDP offensichtlich nicht erledigt hat. Der Herr Integrationsminister hat es, als er über das Thema Sprachstandserhebung gesprochen hat, ausweislich eines Artikels in der „FAZ“ vom 14. Mai fertiggebracht, innerhalb von zwei, drei Sätzen von einer „Sprachstandserhebung“ zu einem „Sprachtest“, von einem „Sprachtest“ zu einem „verbindlichen Sprachtest“, zu einem „Sprachtest, bei dem man auch durchfallen kann“, bis hin zu einem Sprachtest zu kommen, „bei dessen Nichtbestehen Kindergartenpflicht über vierjährige Kinder“ verhängt wird. Herr Minister, wenn Sie jemanden suchen, der Eltern bevormunden möchte, der Gründe für die Verhängung einer Kindergartenpflicht finden möchte, der versucht, auf diese Art und Weise Kinder und Kindheit zu verstaatlichen, dann schauen Sie in Richtung Ihrer Banknachbarn. Schauen Sie nicht immer auf unsere Seite, weil Sie ganz genau wissen, was wir von der Kindergartenpflicht halten: Sie wäre verfassungswidrig.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich ziehe ein Fazit. Diese Regierungserklärung war eine Erklärung der versäumten Gelegenheiten. Sie haben es versäumt, ein modernes, den gewandelten Verhältnissen zumindest ansatzweise entsprechendes Familienbild zu entfalten. Sie haben es versäumt, die vielfältigen Probleme, denen sich die Familien heute nach wie vor, zum Teil verstärkt, ausgesetzt sehen, anzusprechen und Perspektiven für ihre Behebung zu entwickeln. Einiges davon habe ich im ersten Teil meiner Rede angesprochen. Sie haben es insbesondere versäumt, eine Perspektive für eine umfasst-

sende, faktische Gleichstellung von Frauen auf den Feldern Erwerbsarbeit und Erwerbseinkommen zu entwickeln, eine Perspektive, die für das materielle und das immaterielle Wohlergehen von Familien von entscheidender Bedeutung ist.

Was wäre nötig? Nötig wäre eine entschlossene Politik des Ausbaus und der Qualitätssteigerung der frühkindlichen Bildung, weil das die Grundvoraussetzung nicht nur für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch eine der wesentlichen Grundvoraussetzungen für eine optimale Förderung der Kinder ist. Beides liegt den Familien mehr denn je am Herzen.

Nötig wäre dazu insbesondere ein entschlossener Ausbau der Ganztagsangebote auf allen Altersstufen, einschließlich der Schulkinder. Sie setzen dafür keine Anreize, und Ihr Ausbautempo im Schulbereich ist beklagenswert niedrig.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD setzt sich auf der Bundesebene für einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz und auf Landesebene für die weitere Förderung der Hortangebote und für den Ausbau von wirklichen Ganztagschulen ein. Deshalb stehen wir in Hessen für einen Neuanfang in der Diskussion um die besten Lösungen für die frühkindliche Bildung, und deshalb werden wir das KiföG, wenn es denn Gesetz wird, wieder aufheben und durch ein neues, besseres, weil mit den beteiligten Trägern und den betroffenen Menschen ausgehandeltes, auch besser finanziertes Gesetz ersetzen.

(Beifall bei der SPD)

Nötig wäre ein gut ausgebautes System früher Hilfen, das allen Eltern zur Verfügung steht und das umfassend und realitätsnah Angebote der Beratung und Hilfe bei Gesundheits- und Erziehungsfragen, aber auch beim Zugang zu materiellen Hilfen für Familien bietet. Herr Minister, die Netzwerke, von denen Sie gesprochen haben, sind erstens nicht wirklich gut ausgestattet und zweitens bundesfinanziert – auch hier wieder das Schmücken mit fremden Federn. Das einzig Neue, was ich gehört habe, war der Hinweis auf einen Modellversuch und – noch dazu – ein Ansatz mit Gutscheinen. Das ist nun wirklich hessische Familienpolitik auf den Begriff gebracht, wie Sie ihn verstehen.

Zur Etablierung eines gut ausgebauten Systems früher Hilfen wären eine gut ausgebaute Struktur von Frühförderstellen, Erziehungsberatungsstellen, Familienbildungsstätten, Mütterzentren, Antigewalt- und Antimissbrauchsprojekten, inklusiven Frauenhäusern und manches andere in diesem Zusammenhang mehr nötig.

Die SPD tritt deshalb auf Landesebene dafür ein, dass das Sozialbudget, aus dem solche Einrichtungen bis zur „Operation düstere Zukunft“ finanziert wurden, wiederhergestellt wird und die in Teilen zerstörte Infrastruktur wieder aufgebaut bzw. modernisiert wird.

Nötig wäre ein entschlossenes Eintreten für gleiche Chancen und für ein gleiches Einkommen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Nicht ausreichend sind Modellversuche und Kongressreihen. Nicht nötig ist ein Betreuungsgeld, das Frauen von der Erwerbsarbeit fernhält und sie dabei mit ein paar Euro abspeist.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Nötig ist die völlige rechtliche und materielle Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften, auch und gerade der

gleichgeschlechtlichen. Dazu können Sie sich offensichtlich immer noch nicht bereifinden. Wir sind dazu bereit.

Nötig ist die Unterstützung von pflegebedürftigen Menschen und von pflegenden Angehörigen durch eine funktionsfähige Pflegeversicherung und durch rechtlich und materiell gut abgesicherte Bedingungen für die Pflege von Angehörigen in und durch die Familie. Auch dafür hat die SPD Vorschläge gemacht, die den pflegenden Angehörigen und auch den Pflegebedürftigen tatsächlich Ansprüche garantieren – im Gegensatz zu dem, was wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben.

Zu all diesen Fragen – ich komme zum Schluss – haben Sie hier keine wirklichen Erfolge vorweisen und keine Perspektiven entwickeln können. Es ist mit dieser Regierung wie mit praktisch allen bisherigen: Wenn es sie nicht gegeben hätte, hätte uns nichts gefehlt. Leider aber fehlt den Familien in diesem Lande zu viel, als dass sie auf die Frage „Wie geht es der Familie?“ sagen könnten: Danke der Nachfrage, gut. – Aber das lässt sich ja ändern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Merz. – Für die FDP-Fraktion wird jetzt Herr Kollege Rock zu uns sprechen.

René Rock (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute eine Regierungserklärung gehört, die deutlich gemacht hat, wie intensiv sich Hessen, diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen des Themas Familie angenommen haben und wie erfolgreich man auf diesem Feld ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich will an dieser Stelle eine eindeutig liberale Note in die Diskussion bringen: Für uns ist die Freiheit der Familie ganz wichtig. Die Freiheit der Familie bedeutet für mich und für uns Liberale, dass die Menschen, die in einer Familie leben, selbst entscheiden können, wie sie sich weiterentwickeln.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Auch das will ich ausdrücklich sagen: Für uns ist der Familienbegriff sehr weit gefasst. Es ist ein moderner Familienbegriff, der natürlich auch die eingetragenen Lebenspartnerschaften absolut inkludiert. Ich glaube, es ist richtig, dass wir an dieser Stelle über einen weit gefassten Familienbegriff sprechen; denn die Familie entwickelt sich weiter, und sie ist in ganz unterschiedlichen Formen Realität. Von daher brauchen wir einen freiheitlichen Familienbegriff, der auch diesen unterschiedlichen Lebensgemeinschaften – aus meiner Sicht sind das Verantwortungsgemeinschaften – die Möglichkeit gibt, ihre Vorstellungen von Familie so umzusetzen, wie sie das für richtig halten. Das ist eine zentrale Aufgabe.

(Beifall bei der FDP)

In Hessen haben wir 890.000 Familien und rund 1 Million Kinder, die zu einem großen Teil in diesen Familien aufwachsen. Hier zeigt sich, welche zentrale Aufgabe Familien haben, welche zentrale Aufgabe die Unterstützung dieser Familien für uns in der Politik sein muss und welche große Bedeutung die Freiheit der Familie hat.

Ich will mich ein wenig an den Aufgaben der Familien entlanghangeln. Vieles konzentriert sich auf zwei politische Bereiche. Der eine Bereich umfasst die Kindererziehung, die Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darüber wird intensiv gesprochen. Der andere Bereich ist die Pflege Angehöriger. Gut zwei Drittel aller zu Pflegenden werden in den Familien gepflegt. Das ist eine unglaubliche Leistung. Auch hierbei unterstützen wir die Familien selbstverständlich.

Trotzdem sollten wir noch auf andere Bereiche der Familie ein Auge werfen. Familie vermittelt soziale Kompetenz, Familie vermittelt gesellschaftliche Bindungen, und Familie vermittelt Verantwortungsgefühl und Nachhaltigkeit im Hinblick auf die Entwicklung einer Gesellschaft. Die Vermittlung sozialer Kompetenz und die Bindekraft gehören zu den entscheidenden Diensten, die die Familie der Gesellschaft erweist. Darum ist die Familie zu privilegieren, und deshalb ist es auch richtig, ein besonderes Augenmerk auf den Bestand der Familie zu legen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es gibt über die Familie auch einen ganz großen ökonomischen Ausgleich, der in dem Maße, wie er tagtäglich erfolgt, statistisch gar nicht erfasst wird. Es gibt einen finanziellen Austausch zwischen Eltern und Kindern über die gesamte Dauer der Familienzusammengehörigkeit hinweg, wodurch viel sozialer Sprengstoff kompensiert wird. In einem System des Ausgleichs, der Anerkennung und der Unterstützung wird viel geleistet – etwas, was ein Staat in dieser Zielgenauigkeit niemals schaffen könnte. Hier leistet die Familie Vorbildliches und sehr viel Gutes für unsere Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Familie ist auch – wie soll ich es sagen? – ein Puffer. Sie fängt viel von dem Druck auf, der auf die einzelnen Familienmitglieder ausgeübt wird. Die Familie kompensiert viel von dem, was einzelne Mitglieder der Familie in einer bestimmten Situation aushalten müssen. Sie unterstützt die Menschen da, wo wir vielleicht sagen würden: Eigentlich wäre da eine Psychoanalyse oder eine Supervision angemessen. – Dort leistet die Familie unglaublich viel. Sie fängt die Menschen auf und gibt Hilfe und Unterstützung. Ich glaube, dieser Teilbereich dessen, was die Familie leistet, macht deutlich, dass seitens der Politik ein besonderes Augenmerk auf den Familien liegen muss und dass es richtig ist, dass wir die Familien an dieser Stelle unterstützen.

Die Familie kann nicht mehr alles so leisten, wie sie es einmal konnte. Die Familien werden kleiner, und sie werden auseinandergezogen. Die Familienmitglieder leben an verschiedenen, weit auseinanderliegenden Orten. Sie sind mobiler geworden. Ich glaube, es ist uns allen klar, dass wir in unserer Gesellschaft eine Entwicklung feststellen, die es in vielen anderen Ländern ebenso gibt und die auch nicht zu Ende ist, sondern einen Prozess darstellt, den wir begleiten müssen.

Trotzdem ist es für uns immer wieder richtig und wichtig, solche Momente wie diesen zu nutzen, um den Menschen, die in Familien Verantwortung übernehmen, Dank zu sagen und ihnen zu verdeutlichen: Es ist wichtig und richtig, was ihr tut; dass ihre Verantwortung für andere übernimmt, ist eine gute Entscheidung für unsere Gesellschaft.

Darum sollten wir all den Menschen danken, die in Familien leben und Verantwortung für Kinder, zu Pflegenden und für alles andere übernehmen, was ich genannt habe. Das ist eine hervorragende Leistung der Menschen in Hessen, die in Familien leben und den richtigen Ansatz haben, um Verantwortung für andere Menschen zu übernehmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Merz, ich finde es sehr schade, dass Ihre Rede zu 90 % einen negativen Inhalt hatte. Sie haben hier zu 90 % nur Negatives vorgetragen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat auch über die Regierungserklärung geredet! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Entwicklung Ihrer eigenen Ideen haben Sie sich sehr zurückgenommen. Sie haben sich am Ende damit auseinandergesetzt, woher welcher Euro kommt und wer sich welche Feder an welchen Hut steckt. Das ist ein bisschen wenig, wenn man eine halbe Stunde Redezeit hat und somit die Chance hätte, für die SPD auch einmal etwas Positives zu entwickeln: ein positives Statement abzugeben und zu sagen, wohin sie will.

Herr Merz, wenn ich mir Ihren Antrag anschau, stelle ich fest, in vielen Bereichen erklären Sie: Das, was die Landesregierung macht, ist richtig. Es muss noch mehr kommen, und es muss noch mehr Geld verausgabt werden; aber da sind wir auf dem richtigen Weg. – Ich muss sagen, bei zwei Dingen sind Sie völlig auf dem Holzweg. Sie sind ans Pult getreten und haben gesagt, das Kinderförderungsgesetz sei aus Ihrer Sicht nicht der richtige Weg.

(Zurufe von der SPD: Recht hat er!)

Ich habe es Ihnen in der letzten Debatte schon einmal gesagt: Wenn die Landesregierung einen Gesetzentwurf vorlegt, legen auch Sie einen vor; manchmal ist er irgendwo abgeschlossen.

(Wolfgang Greilich (FDP): Meistens!)

Aber in der Regel bringen Sie einen eigenen Vorschlag ein. Es ist so einfach, sich hierhin zu stellen und zu sagen: Wenn hier alles vorbei ist und es neue Mehrheiten gibt, wird alles gut. – Aber keinen einzigen konkreten Vorschlag zu machen und auch keine Überlegungen anzustellen, wie es besser werden könnte, sondern nur herumzumäkeln, herumzukritisieren und alles besser zu wissen – ich weiß nicht, ob das von den Bürgerinnen und Bürgern tatsächlich gut aufgenommen wird.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Als es um das Kinderförderungsgesetz ging, haben wir vielleicht nicht optimal miteinander kommuniziert. Das müssen wir uns womöglich eingestehen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube auch, es ist Ihnen an der einen oder anderen Stelle gelungen, den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Aber Sie brauchen sich nur einmal mit den nackten Zahlen auseinanderzusetzen. Wenn Sie sich die nackten Zahlen ansehen und erkennen, wie viel mehr Geld im Haushalt für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt wird, können Sie nicht mehr behaupten, es werde alles schlechter. Das zu behaupten ist schon eine „Leistung“ der SPD; das muss ich sagen. Das kann ich nicht nachvollziehen.

Wenn Sie hier immer über Geld sprechen: Ich weiß nicht, ob Sie sich den Haushaltsplan angeschaut haben, und wenn ja, ob Ihnen aufgefallen ist, dass der Sozialetat des Landes Hessen um 30 % aufgestockt worden ist und dass fast das ganze Geld, das wir mehr verausgaben, der Förderung der Kinder und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zugutekommt. Das ist ein wichtiger politischer Schwerpunkt. Das müssen Sie einmal anerkennen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich will Ihnen auch sagen: Beim Kinderförderungsgesetz gibt es viele Gesichtspunkte, die Sie, glaube ich, positiver begleiten würden, wenn wir keinen Wahlkampf hätten. Wichtig ist, dass durch das Kinderförderungsgesetz künftig auch betriebliche Kindergärten gefördert werden. Wissen Sie, warum das wichtig ist?

Es ist für uns wichtig, dass künftig nicht nur der Staat an dieser wichtigen Stelle Geld investiert, sondern dass wir auch die Unternehmensseite einbinden. Es ist wichtig, dass wir diese Leistung, die finanziell unglaublich belastend ist, auf die gesamte Gesellschaft verteilen. Es ist wichtig, dass die Unternehmen eingebunden werden. Es ist wichtig, dass uns jedes Kind, das in Hessen in eine Kindertageseinrichtung geht, gleich viel wert ist, wir also keine Unterschiede machen.

Es ist richtig, dass wir einen ganz zentralen Schwerpunkt in der Förderung der Kinder gesetzt haben, die in sozialen Brennpunkten in Kindertagesstätten gehen. Die Mittel für deren Förderung werden vervierfacht, damit vor Ort etwas geleistet werden kann. Dadurch werden wir in Zukunft weniger Probleme haben. Wir haben an dieser Stelle unglaublich viel Geld in die Hand genommen. Das ist richtig am Kinderförderungsgesetz. Das wird sich auch bewähren. Ich glaube, das wird den Menschen dann, wenn es evaluiert ist, zeigen, dass hier eine ganz positive Entwicklung in Gang gesetzt worden ist. Wie das bei vielen Dingen ist: Am Ende werden Sie sagen: „Das war doch nicht so schlecht; das war doch gut. Jetzt muss ich wieder etwas anderes zum Nörgeln finden.“

Herr Merz, liebe Opposition – es gibt auch noch einen GRÜNEN-Antrag –, ich will Ihnen sagen: Die Frage Qualifizierter Schulvorbereitung und die Frage, wie ich die Qualität frühkindlicher Bildung verbessern kann, ist eine ganz, ganz wichtige Frage. Herr Merz, ich empfehle Ihnen, die alten Vorstellungen, die Sie hier immer wieder hereintragen, die sich bei Ihnen verfestigt haben, zur Seite zu schieben, einmal moderne wissenschaftliche Literatur zu lesen, sich einmal mit dem Thema Pädagogik auseinanderzusetzen und dann bitte einmal in eine dieser Kindertageseinrichtungen und Schulen zu gehen, sich vor Ort zu informieren und die Menschen dort zu fragen, wie sie die Qualifizierte Schulvorbereitung finden. Ich war in vielen dieser Einrichtungen. Bis jetzt war das Einzige, was ich gehört habe: „Hoffentlich wird es nicht wieder abgeschafft, son-

dern ausgebaut.“ Das ist eine ganz klare Botschaft. Das wird von den Schulen und von den Eltern positiv aufgenommen. Es basiert auf Freiwilligkeit, dort mitzumachen. Wir haben eine ganz positive Resonanz. Es wird wichtig sein, das Modellprojekt, nachdem es ausgewertet ist, in Hessen flächendeckend umzusetzen, weil es für die Qualität der frühkindlichen Bildung wichtig und gut ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das hat auch etwas mit Chancengerechtigkeit zu tun. Von daher kann ich mir gar nicht erklären, wie Sie solche Mittel im Haushalt ablehnen können. Sie sollten sich vielmehr dazu bekennen. Sie sollten auch einmal positive eigene Vorschläge machen, wie Sie das voranbringen, und nicht immer nur herumnörgeln.

Ich kann einen zweiten Punkt benennen. Wir haben hier erlebt – Herr Bocklet war ganz intensiv dabei –, dass hier immer gesagt wurde: „Ihr schafft keine 30 %, ihr schafft keine 32 %, ihr schafft keine 35 % Versorgungsquote. Das ist völlig ausgeschlossen; das wird nie klappen.“

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Das war ein immer wieder genannter Satz. Man muss doch feststellen: Wir sind auf einem guten Weg, und wir werden es wahrscheinlich schaffen. Wir werden diese Quote wahrscheinlich erreichen, die Sie nie für möglich gehalten haben. Das wird hier in schwierigen finanziellen Zeiten auf der Grundlage eines 100-Millionen-€-Investitionsprogramms in zwei Haushaltsjahren geschultert. Da zeigt sich wieder: Wir setzen die richtigen Schwerpunkte. Wir setzen das um. Wir finden Resonanz bei den Kommunen, und wir sind erfolgreich mit dieser Politik.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich bin auch ein bisschen traurig, weil Sie diese Themen immer nur negativ bearbeiten. Ich warte noch immer auf die positiven Vorschläge, damit man sich einmal in die Diskussion darüber begeben kann: Was kann man noch besser machen? – Sie sagen immer nur, was schlecht ist. Sie sagen immer nur, was falsch ist. Dann kommen Sie mit Globalaussagen, die in der Regel nur sehr schwer zu finanzieren sind.

Wenn ich mir dann Ihre Versprechungen bei den Lehrern und bei der Kinderbetreuung anschau und mir dann ansehe, wie die Programme in Baden-Württemberg oder in Rheinland-Pfalz umgesetzt werden, dann kann ich nur feststellen, dass alles, was dort vor den Wahlkämpfen versprochen worden ist, nicht eingehalten wird. Das wird über Bord geworfen. Daran erinnert man sich dann plötzlich nicht mehr.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Wolfgang Greilich (FDP))

Dann sagen Sie wieder: „Schauen Sie doch nach Hessen. Schauen Sie nicht woanders hin.“ Ich kann aber nur sagen: Wenn sich die Bürgerinnen und Bürger entscheiden sollen, dann sollten sie auch einmal über den Tellerrand schauen, wie viel die Wahlaussagen und Wahlversprechungen von Rot-Grün wert waren, wenn es nachher gezählt hat, oder ob man die nicht ganz still und heimlich einkassiert und dann doch plötzlich das Geld woanders verausgabte oder einfach eingespart hat.

Man kann nach Nordrhein-Westfalen zu den Beamten schauen. Egal, wo ich hinsehe: Überall kann ich nur Wortbruch feststellen bei dem, was Sie und die Vertreter Ihrer Parteien in anderen Bundesländern tun. Wir kämpfen dafür, dass Sie den hessischen Bürgerinnen und Bürgern das nicht antun können, dass Sie nicht in die Verlegenheit kommen, Ihre falschen Versprechungen brechen zu müssen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich will noch einmal auf die Unterstützung zurückkommen. Sie haben zu Recht gesagt, dass Familien mehr gefordert werden, dass Familien stärker unter Druck stehen, weil Familien, wie ich gesagt habe, vielleicht mittlerweile nicht mehr konzentriert an einem Ort leben, sich verkleinert haben, und dadurch plötzlich die Herausforderungen nicht mehr so leicht erfüllen können wie bisher. Es ist wichtig, dass wir dafür ein dichtes Netz von Hilfen haben. Wir haben ein dichtes Netz von Hilfen. Leider ist es so, dass nicht jeder, der in seiner Familie ein Problem hat, frühzeitig mit niederschweligen Hilfeangeboten diese Probleme lösen könnte. Sie konnten vielleicht nicht immer rechtzeitig mit solchen Hilfen bedient werden. Darum ist es wichtig, dass wir die Familienzentren ausgebaut haben. Darum ist es wichtig, dass wir uns bei dem Ausbau der Familienzentren nicht festgelegt und kein starres Konzept gemacht haben, dass wir in Interaktion mit den Trägern, den Kommunen deren Konzepte in einem Qualitätsrahmen unterstützt und gefördert haben.

Die 104 Familienzentren sind ein riesiger Erfolg dieser Landesregierung. Das knüpft ein Netz von Hilfen, das Eltern, das Familien zur Verfügung gestellt werden kann. Von daher ist es ein hervorragender Erfolg dieser Landesregierung, der auch durch Landesmittel ermöglicht worden ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Natürlich kann man diese Hilfen immer noch verbessern. Man kann sie immer noch weiter ausbauen. Natürlich versuchen wir, Schwerpunkte zu setzen. Der eine Schwerpunkt, den wir gesetzt haben, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wo unglaublich viel Geld hineingegangen ist; der zweite die qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung, wo auch richtig viel Landesgeld hineingegangen ist.

Dennoch haben wir die anderen Bereiche nicht vernachlässigt oder gekürzt, sondern wir haben versucht, auch in diesen Bereichen Stück für Stück voranzukommen, nicht mit ganz so viel Geld wie in den anderen beiden, prioritären Bereichen, aber doch mit Augenmaß. Wir haben versucht, gemeinsam mit den Kommunen das soziale Netz und das Netz der Unterstützungsleistungen für Familien Stück für Stück dichter zu knüpfen.

Ich bin wirklich traurig, dass Sie immer noch an der Familienkarte herumkritisieren, dass Sie immer an der Familienkarte herummäkeln. Man könnte meinen, es würde bei einigen Oppositionsabgeordneten persönliche Merz-Gefühle auslösen, wenn sie das Wort Familienkarte hören. Das könnte daran liegen, dass sie von den Hessen so positiv aufgenommen wird und dass Sie als Opposition das stört.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Aber das wäre ein kleinkariertes Gedanke von mir, der mit Sicherheit an der Realität vorbeigeht.

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Aus meiner Sicht wird die Familienkarte angenommen. Die Familien stützen sich auf dieses Angebot. Ich glaube schon, dass man hier ein Lob aussprechen kann. Das Angebot wird verbessert. Wir haben einen Familientag.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Hier geht es auch um eine Kultur der Anerkennung. Wir haben im Landtag schon oft über das Thema Anerkennung, über eine Kultur der Anerkennung und der Wertschätzung gesprochen. Das ist ein klares Symbol dafür, dass diese Landesregierung eine Kultur der Anerkennung für Familien in Hessen installiert und befördert. Das ist richtig so. Das scheint Ihnen nicht zu gefallen. Das verstehe ich, ehrlich gesagt, nicht. Darum kann ich Sie nur auffordern, sich an dieser Debatte viel positiver zu beteiligen.

Man ist manchmal überrascht, welche Reizüberlegungen das Wort Familie bei manchen auslöst.

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Dieses Familienbild – wie haben Sie es vorhin wieder genannt? – mit zwei Eltern, zwei Kindern, zwei Hunden scheint in der linken Ecke verbissen gesehen zu werden. Im Antrag der GRÜNEN konnte man es auch lesen: überkommene Familienbilder.

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Sie sollten akzeptieren – das meine ich wirklich ernst –, dass die Menschen, die beschließen, zu heiraten und zwei oder drei Kinder in die Welt zu setzen, sich um sie zu kümmern und das zu einem großen Teil ihres Lebensinhalts zu machen, Lob verdienen und nicht dadurch diskreditiert werden sollten, dass man negative Begriffe verwendet wie überkommenes Familienbild. Loben Sie doch die Leute, die sich so für ihre Kinder und ihre Familie einsetzen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es gibt immer mehr Familien, die das anders machen, die vielleicht nur ein Kind haben oder wo beide arbeiten gehen und die die besseren Angebote, die wir zur Verfügung stellen, nutzen. Es gibt auch immer mehr Familien, die vielleicht gar keine Kinder haben, die aber trotzdem Verantwortung füreinander übernehmen. Ich glaube auch, dass Sie sich, indem Sie Ihren Blick immer wieder in eine Richtung lenken, eigentlich für die Debatte ein Stück weit diskreditieren. Denn wir brauchen mit Sicherheit keine Volkspädagogen, die glauben, dem Volk erklären zu müssen, was richtig und was falsch ist, und die dann ihre politischen Modelle mit Erfolgsprämien oder Negativbestrafungen durch Steuererhöhungen umsetzen.

Nehmen Sie sich an der Stelle doch wirklich einmal zurück, und akzeptieren Sie auch das Gesellschaftsbild, das viele Tausende Familien in Hessen gewählt haben, die damit unsere Gesellschaft stützen und unterstützen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Diskussion um Familie birgt immer die Gefahr, dass man sich ein Stück weit in eine ideologische Debatte verliert. Herr Merz, in dem einen oder anderen Ansatz hat man das bei Ihnen gehört. Aber da Sie hier nur so eine Negativlitanei vorgetragen haben, konnten Sie da gar nicht richtig einsteigen. Das ist auch gut so; denn die Diskussion braucht niemand mehr in Hessen. Wir brauchen Freiheit

für die Familien, wir brauchen Freiheit für die Menschen, dass sie entscheiden können, wie sie ihre Familie gestalten, wie sie gemeinsam leben wollen und wie sie füreinander Verantwortung übernehmen. Wichtig ist, dass sie Verantwortung übernehmen, weil das zentral für den Fortbestand unserer Gesellschaft ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dann haben Sie hier gesagt, der Minister habe sich gar nicht mit dem Thema Missbrauch in der Familie auseinandergesetzt.

(Gerhard Merz (SPD): Er hat sich darüber lustig gemacht!)

Herr Merz, ich gebe Ihnen den Rat: Lesen Sie Ihre Rede noch einmal durch, und dann überlegen Sie, was Sie für eine Diktion in Ihrer Rede zugrunde gelegt haben. Sie haben in Ihrer Rede eine pauschale Kritik geäußert nach dem Motto: „Der ganz große Missbrauch findet in der Familie statt“, ohne das vernünftig zu relativieren. Ich weiß, wie Sie Ihren Satz gemeint haben. Aber Sie stehen an einem öffentlichen Pult, und Sie sollten Ihre Rede noch einmal nachlesen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Hat eigentlich Herr Merz die Regierungserklärung abgegeben oder der Sozialminister?)

So, wie Sie es gesagt haben, besteht der Verdacht, dass Sie die Familie grundsätzlich in eine gewisse Ecke stellen, und das sollten Sie nicht tun. Herr Merz, ich weiß, wie Sie es gemeint haben. Aber Sie sollten hier doch ein bisschen vorsichtig formulieren. Man könnte das auch sehr schnell missverstehen. Im Landtag wird manchmal vorsätzlich etwas missverstanden.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Dafür sind Sie gerade ein gutes Beispiel!)

Das will ich ausdrücklich nicht machen. Ich gebe Ihnen nur den Hinweis: Schauen Sie sich das noch einmal genau an.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Der Minister hat sehr deutlich darauf hingewiesen: „Keiner fällt durchs Netz“. Er hat auf die Familienhebammen hingewiesen. Er hat auf das hervorragende Modellprojekt und die großen Erfolge hingewiesen, die damit in Hessen erreicht worden sind. Natürlich dient dies ausdrücklich der Stabilisierung von Familien. Wir haben intensiv diskutiert, wie wir Unterstützung in Familien bringen können, ohne gleich eine Intervention übers Jugendamt zu machen. Wir haben gesagt, es ist eine hervorragende Idee, über den medizinischen Weg hineinzukommen, Familien zu unterstützen, positiv zu begleiten, eben nicht zu intervenieren, sondern zu beraten und zu helfen. Es ist ganz wichtig, diesen Ansatz zu verfolgen. Das hat der Minister beschrieben und ausdrücklich auf die Erfolge dieser Politik hingewiesen. Das halte ich für gut und richtig. Da sollten wir auf jeden Fall weitermachen. Die andere Debatte sollten wir nicht in diesem Zusammenhang führen, die sollten wir in einem anderen Zusammenhang führen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wenn man sich damit auseinandersetzt, was für Familien wichtig ist, sollte man nicht einfach glauben, man könne

sich an einen Tisch setzen, eine Blaupause zeichnen und dann sagen: Jetzt lege ich los mit Politik.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Blaupause zeichnen?)

Es ist ganz wichtig, in Kommunikation mit den Betroffenen die vorhandene Infrastruktur Zug um Zug aufzubauen, Erfahrungen zu sammeln und aufgrund dieser Erfahrungen die Infrastruktur, die entsteht, gezielt zu unterstützen. Das passiert gerade in dem Netzwerk Wiedereinstieg. Das ist ein ganz positives Beispiel. Das greift zwar noch nicht hessenweit flächendeckend, aber es ist ein wichtiger Nukleus, der viele verschiedene Player zusammenfasst, um am der Stelle zielgenaue Angebote zu fördern und das wichtige Thema Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf zu stärken. Auch da kann ich sagen, das ist eine hervorragende Initiative in Hessen, die muss weiterbetrieben und weiterentwickelt werden. Ich finde es hervorragend, dass es solche Initiativen gibt, und zwar nicht als Blaupause aus Wiesbaden, sondern in Kommunikation mit den Handelnden vor Ort entwickelt und maßgeschneidert für den Wiedereinstieg in den Beruf zur Verfügung gestellt. Das ist die richtige Politik und der richtige Ansatz.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Jetzt könnte ich noch etwas zur Opposition sagen, aber ich möchte mich daran gar nicht so sehr abarbeiten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Über was haben Sie denn bis jetzt gesprochen? – Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Ich möchte nicht den Fehler machen wie Herr Merz. Ich habe sehr deutlich gesagt, wie wir die Familie sehen, wo wir sie unterstützen, und ich habe deutlich die Unterschiede zwischen Ihnen und uns herausgearbeitet. Das Motto für uns Liberale ist, dass wir die Freiheit für die Familien stärken wollen. Ich halte nichts davon, Familien mit Abgaben und Steuern immer stärker zu belasten, ihre finanziellen Spielräume einzuengen. Die Regierungspolitik in Berlin, Familien mit Kindern am Anfang der Legislaturperiode um über 4 Milliarden € zu entlasten, das ist die richtige Politik, statt Familien immer weiter zu belasten, immer stärker in Familien hineinzuregieren und ihnen das Leben schwer zu machen, indem man ihnen das Geld nimmt, das sie brauchen, um ihre Ideen und ihre Entwicklung umzusetzen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Da machen wir ein klares Kontrastangebot. Da machen wir deutlich, dass wir Familien mehr Freiheit geben wollen: Freiheit in der persönlichen Gestaltung, Freiheit im Einsatz ihrer finanziellen Ressourcen und auch Freiheit, wo und wie sie ihre Kinder beschulen lassen oder in die Betreuung geben wollen. Unser Ziel ist es immer, die Kinder in den Mittelpunkt zu stellen. Das zeigt das Kinderförderungs-gesetz, das die Förderung eindeutig am Kind orientiert. Das ist moderne Politik. Das zeigt die Qualifizierte Schulvorber-eitung, wo wir Chancengerechtigkeit schaffen und Kindern frühzeitig Möglichkeiten geben, sich zu entwickeln, wo wir Defizite auffangen können, aber keinen rein defizit-orientierten Ansatz fahren, sondern alle Kinder fördern wollen, dass sie bessere Chancen in ihrer Schullaufbahn und damit auch in ihrer beruflichen Karriere haben.

Wir wollen zielgerichtete Angebote und keine Gemeinschaftsschule, keinen Gemeinschaftskindergarten, keine Gemeinschaftsfamilie. Unser Ziel ist Freiheit für die Familie, Freiheit der Entscheidung.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Keine Gemeinschaftsfamilie, sondern Singlefamilie, oder was?)

Dieses Ziel verfolgen wir mit unserer Politik, und das kann man gut nachvollziehen in den politischen Vorschlägen, die wir gemacht haben. Von daher bin ich sehr zufrieden mit der Regierungserklärung des Ministers und mit der Politik in Hessen. Da kann man nur sagen, wir sind auf einem guten Weg, und den werden wir weiter so gehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Rock, vielen Dank. – Nein, Herr Bocklet, das war zu früh gestartet.

Es liegt eine Wortmeldung von Herrn Merz zu einer Kurzintervention vor. Herr Merz, Sie haben zwei Minuten Gelegenheit.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet, obwohl der Kollege Rock gefühlte 75 % seiner Rede auf mich verwendet hat

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch toll!)

– ich weiß nicht, ob ich stolz darauf sein soll –, obwohl es sehr viel Anlass gegeben hätte, das zu tun. Aber zwei Dinge lasse ich ihm nicht unwidersprochen, weil sie ehrenrührig sind.

(René Rock (FDP): Das war keine Absicht!)

Es sind zwei Dinge, die ich als ehrenrührig empfinde. Das erste war: Sie haben mir böswillig unterstellt – ich kann es nur so wahrnehmen –, ich hätte in meiner Rede die aus verheiratetem Vater und Mutter und zwei Kindern bestehende Familie hier in irgendeiner Weise diskreditiert. Ich will jetzt nicht betonen, dass ich in genau so einer Familie lebe, und zwar sehr bewusst in dieser Situation lebe, und schon deswegen weit davon entfernt bin, das zu diskreditieren. Wenn Sie mir zugehört hätten, dann hätten Sie gemerkt, dass die Aussage, in der diese Passage vorkam, darum ging: Das Familienbild des Ministers ist auf diesen Familientypus fixiert, und alle anderen lassen Sie, auch wenn Sie sie immer mal wieder mit erwähnen, theoretisch und praktisch außer Betracht.

Das war der Kern meiner Aussage. Den können Sie jetzt auf der Sachebene widerlegen. Aber ich lasse Ihnen nicht unkommentiert durchgehen, dass Sie mir etwas in den Mund legen, was als Diskreditierung eines bestimmten Familientyps empfunden wird.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt und noch viel wichtiger: Der Minister hat am Anfang seiner Rede so getan, als sei es völlig abwegig, dass wir in unserem Antrag den Punkt sexuellen Missbrauch erwähnen. Er hat davon gesprochen. Wir haben diesen Punkt sehr bewusst aufgenommen, weil wir glauben, dass es zur Alltagsrealität in Familien gehört,

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Merz, Sie müssen zum Schluss kommen.

Gerhard Merz (SPD):

dass dort auch Gewalt und sexueller Missbrauch stattfinden. Wir haben hier in einer denkwürdigen Debatte sehr häufig darüber gesprochen, dass die Mehrzahl der gegen Kinder gerichteten Gewalt- und Missbrauchsdelikte in Familien und im familiären Umfeld vorkommt. Damit ist nicht gesagt, kann nicht gesagt werden und ist auch nicht von mir gesagt worden, dass solche Delikte sozusagen in allen Familien vorkämen. Sie können auch nicht ernsthaft glauben, dass ich hier so etwas sagen würde.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Merz. – Herr Rock, Sie haben Gelegenheit zur Antwort.

René Rock (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Merz, ich muss Ihnen ganz klar sagen: Meine Erinnerung an Ihren Ausspruch, was die Familie betrifft, ist eine andere. Ich glaube schon, dass Sie – ich kann es nur in meinen Worten sagen – es als ein überkommendes Familienbild bezeichnet haben. Das ist meine Erinnerung, wir können es gerne nachlesen. Wenn Sie das an dieser Stelle relativieren, ist das doch schön für Sie, die Gelegenheit genutzt zu haben. Ich kann nur sagen, was ich hier gehört habe; das können wir gern einmal nachlesen.

Ich kann Ihnen ganz klar sagen – und es hat wohl jeder hier im Raum gehört –, dass ich gesagt habe, dass ich Ihnen nicht unterstelle, dass Sie es so sehen würden. Ich habe lediglich gesagt, dass es so, wie Sie es hier formuliert haben, aus meiner Sicht nicht klug war.

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Das werden wir uns auch einmal durchlesen, dann können wir beide uns gern darüber austauschen. Ich habe eindeutig ein Stück weit eine andere Erinnerung an die Worte, das ist ja oftmals so in der Debatte. Wir lesen es einfach einmal nach, dann können wir uns gern darüber auseinandersetzen; denn wir haben ja kein negatives Verhältnis, Herr Merz. Wir können das ganz normal miteinander besprechen.

Ich habe Sie an dieser Stelle auch nicht angegriffen, sondern klar gesagt, dass ich weiß, wie Sie es gemeint haben. Alle, die es hören wollten, haben das gehört, und alle, die es nicht gehört haben, können es nachlesen. Ich verstehe daher Ihre Aufregung nicht. Ich glaube, Sie sollten besser darüber nachdenken, wie genau Sie hier formulieren. Wir lesen es nach und besprechen es dann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Rock. – Als Nächster spricht Herr Bocklet für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Minister Grüttner sprach folgenden Satz:

Daher brauchen wir eine ... Familienpolitik, die den heutigen Lebensbedingungen ... Rechnung trägt und den Familienalltag erleichtert.

Das ist in der Tat eine wichtige Forderung. Die Frage lautet nur: Wer regiert hier eigentlich seit fünf Jahren, und warum tun Sie es nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU)

Es ist schon ein erstaunlicher Vorgang, wenn man sich überlegt, dass am Donnerstag ein Gesetz über einen Schwerpunkt der Familienpolitik, nämlich die Kinderbetreuung, verabschiedet werden soll, bei dem über 130.000 Eltern massiv dagegen protestiert haben, dass Qualitätsverschlechterungen in Aussicht gestellt werden. Dass dieses KiföG am Donnerstag verabschiedet werden soll und diese Landesregierung in einer Art Verlust der Wahrnehmung von Realitäten auch noch die Frechheit besitzt, hier eine Regierungserklärung zur Familienpolitik abzugeben – dazu kann ich nur sagen: Wer es so macht wie Sie, der nimmt nicht wahr, was die wirklichen Probleme der Familien im Lande Hessen sind, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Wir finden, dass nach fünf Jahren alle Wählerinnen und Wähler im Lande Hessen das Recht haben, zu erfahren, was eigentlich aus den Versprechen geworden ist, Familienland Nummer eins zu werden. Die Bilanz dieser familienpolitischen Maßnahmen ist schnell gezogen. Nahezu alles, was Sie in die Hand genommen haben, lässt sich unter folgendem Dreiklang summieren: Entweder kam es zu spät, entweder war es zu wenig, oder es war zu schlecht. Das ist das Fazit von 15 Jahren CDU-Familienpolitik. Wenn wir ehrlich wären, gäbe es noch einen Zusatz nach dem Motto: Erst wollten wir nicht, dann konnten wir nicht. – Das ist das Fazit der hessischen Familienpolitik von CDU und FDP.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Wenn man nach den Ursachen fragt, warum dies eigentlich so ist und vieles notorisch unterfinanziert bleibt und warum bei vielen notorisch die Handlungskompetenz fehlt, so ist das schnell erklärt. Es ist doch nur wenige Jahre her, dass Sie von der CDU die Ehe als einzig Heil bringende Familienform deklariert haben, dass sich Mütter der Diskussion aussetzen mussten, Rabenmütter zu sein, wenn sie arbeiten gingen, dass Alleinerziehende abwertend als unvollständige Familien bezeichnet wurden oder etwa dass Ganztagschulen als Vorstufe zum Sozialismus galten. – Das ist der Grund und der rote Faden, der sich bis heute durchzieht und immer wieder zutage tritt, wenn man sich Ihre familienpolitische Motivationen ansieht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch schlimmer, aber leider hochaktuell sind doch die Debatten um das Familienbild, die sich immer wieder wie ein roter Faden auch in die heutige Zeit ziehen. Die CDU hat

noch immer nicht ihren Frieden damit gemacht, wenn Kinder in liebevollen Beziehungen zweier Männer oder zweier Frauen aufwachsen, wie man an der Debatte um steuerliche Gleichstellung erkennen kann. Ich kann nur sagen, sehr verehrte Damen und Herren von der CDU: Eine CDU, die bis heute nicht begriffen hat, dass es endlich an der Zeit für die absolute Gleichstellung homosexueller Paare mit allen Familienformen ist, hat nicht begriffen, wem die Stunde schlägt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn eine CDU, die sich – auch das ist aktuell – vor allem mit der Frage der Herdprämie beschäftigt hat –

(Horst Klee (CDU): Das ist ein unverschämter und diskreditierender Begriff!)

– Eine Prämie, wenn man sein Kind nicht in einen Kindergarten oder eine Kindereinrichtung gibt, Herr Kollege Klee, nennen wir eine Fernhalteprämie. Wie rückwärtsgerichtet ist das denn angesichts der herrschenden Probleme?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, immer dann, wenn es ein Rückzugsgefecht in alten ideologischen Grabenkämpfen zu schlagen gilt, ist die hessische CDU bis zur letzten Patrone dabei. Nur massiver öffentlicher Druck oder Wahlschläppen, beispielsweise in Großstädten, helfen, dieser unmodernen Politik und den alten, verstaubten Weltbildern ein Ende zu setzen. Ich glaube, bald haben auch Sie die Zeit dazu, nämlich am 22. September, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Claudia Ravensburg (CDU): Hochmut kommt vor dem Fall!)

Um einmal konkret zu werden und sich nicht nur in weltpolitischen Diskussionen zu verfangen: Ich glaube, die Familien in diesem Lande haben es verdient, dass wir eine Bilanz von fünf Jahren CDU/FDP-Regierung ziehen, und zwar unter Berücksichtigung folgender Fragen: Hat die Hessische Landesregierung zeitgemäße Antworten auf die Probleme von Familien – und zwar aller Familien – gefunden? Hat sie Lösungen für Alltagsprobleme geboten, hilft sie also aktiv bei den Lösungen? Hat sie die Sorgen der Eltern ernst genommen, und schafft sie Rahmenbedingungen, die ein Familienleben erleichtern? – Nein, sagen wir GRÜNEN. Wer sich die Einzelheiten anschaut, kann nur zu der Antwort kommen, dass diese Landesregierung Meilen davon entfernt ist. Es ist eine Bilanz des Verschlafens. Sie bekommen von uns die goldene Schlafmütze verliehen, und das ist schon freundlich formuliert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Was sind die größten Probleme? Die Kolleginnen und Kollegen vor mir haben es schon angesprochen: Das größte Problem ist natürlich die Betreuungspolitik. Es gibt Eltern, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Einklang zu bringen versuchen. Sie alle brauchen einen Betreuungsplatz. Was ist aus dem Familienland Nummer eins geworden? Jetzt sprechen wir einmal nicht über Glaubenssätze, sondern nur über Fakten.

Hessen belegt nicht Platz 1 bei der Ausbaugeschwindigkeit, sondern Platz 9. In der Versorgungsquote liegt es auf

Platz 10 bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Das ist doch blamabel, aber das ist Fakt, meine Damen und Herren, weil Sie zu spät – nämlich erst im Haushaltsjahr 2013/2014 – mit eigenen Landesmitteln die Investitionskosten subventioniert haben.

(Zuruf des Ministers Stefan Grüttner)

– Ja, Herr Minister, es tut weh, wenn man fünf Jahre lang weiß, dass wir in einen Rechtsanspruch gehen, und dann erst im Jahre 2013 eigene Landesmittel zu den Investitionen gibt. Dieses Problem haben Sie verschlafen, nichts anderes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, auch bei dem berühmten Drittelanteil an den Kosten der U-3-Betreuung haben Sie das Problem ignoriert und negiert, das gebe es gar nicht. Wir sind Meilen davon entfernt, dass das Land nur annähernd ein Drittel an den Ausbaukosten für U 3 gibt.

Nehmen wir einmal die nackten Zahlen. Was Sie heute in der Fragestunde abgezogen haben, war an Peinlichkeit kaum zu überbieten, Herr Minister: Sie geben zu, dass es eine Zahl gibt, nach der wir einen Bedarf von 58.000 Plätzen für Kinder unter drei Jahren haben. Na ja, schwurbeln Sie dann herum, das seien doch eigentlich nur die Wünsche der Eltern. – Ja, was ist denn sonst der Bedarf? Es gibt 58.000 Eltern in diesem Land, die einen Platz wollen. Und Sie bieten nach letztem Stand 50.000 Plätze an. Das ist ein Desaster für alle Familien, die Kinderbetreuungsplätze suchen. Das ist die Antwort, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Halten wir es noch einmal fest: Es fehlen 8.000 Plätze. – Herr Rock, da können Sie nicht den Kopf schütteln und sich die Situation auch nicht schönreden. Es war doch fünf Jahre bekannt, dass wir zum 1. August einen Rechtsanspruch bekommen würden. Da nutzt mir auch das Zitat von der dpa nichts – Herr Bouffier ist nicht da –: „Die Quote werden wir erfüllen, ob zum 1.8. oder zum 1.12.“

Herr Ministerpräsident Bouffier, es ist doch kein Wunschkonzert, wann der Rechtsanspruch in Kraft tritt. Er tritt zum 1. August in Kraft, und die Hessische Landesregierung hat alles unterlassen, damit dieser Rechtsanspruch in den hessischen Kommunen umgesetzt werden kann. Das ist Fakt für eines der größten Probleme von Familien.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns den zweiten großen Bereich an, die Grundschulkinderbetreuung. Das ist schon gigantisch. Die Frau Kultusministerin ist jetzt hier. In Ihrer Broschüre sagen Sie doch tatsächlich auf Seite 76 – ich habe es mir herauskopiert –:

Aufgrund des stetigen Ausbaus der Angebote für Grundschülerinnen und -schüler

– nicht Schulen, sondern Schülerinnen und Schüler –

nähert sich die Versorgungsdichte mittlerweile der 100%-Marke.

Da muss man sich schon die Augen reiben. Auf meine Anfrage hin hat die Hessische Landesregierung zugegeben, dass es nur an 300 von 1.200 Grundschulen überhaupt ein Angebot gibt. Das steht in der Drucks. 18/5113.

(Zuruf der Ministerin Nicola Beer)

Seien wir großzügig und nehmen Ihre 60 hinzu für das neue Jahr. Dann hat etwa, großzügig gerechnet, ein Drittel aller Grundschulen ein vom Land gefördertes Angebot. Es ist das größte Betreuungsproblem der Eltern in diesem Lande, wenn ihre Kinder nach sechs Jahren Kinderbetreuung vom Kindergarten in die Grundschule wechseln und sie dann keine Grundschulkinderbetreuung finden. Dann sagt die Kultusministerin: Was wollen Sie eigentlich? Es gibt doch eine 100%-Versorgung.

Fakt ist, Tausende von Eltern suchen noch einen Betreuungsplatz. Darauf hat das KiföG keine Antwort gegeben – ein Desaster, ein Versagen einer Landesregierung, eine Ignoranz, die kaum zu unterbieten ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Rock, Sie sagen immer, wir sollten positiv denken, wir hätten Sie so traurig gestimmt. Da müssen wir schon aufpassen, dass wir keine Antidepressiva verschreiben müssen, wenn Sie so unendlich traurig sind. Ich sage Ihnen gerne, was wir brauchen. Wir brauchen den flächendeckenden Ausbau von 7:30 bis 17:00 Uhr an allen hessischen Grundschulen. Wir als GRÜNE haben dazu ein Konzept vorgelegt, und Sie können sich darauf verlassen: Wenn wir eine Mehrheit in diesem Haus haben, werden nach fünf Jahren alle hessischen Grundschulen ein solches Angebot vorfinden. Das ist ein Versprechen, an dem Sie uns messen können. Es gibt auch klare Konzepte dazu.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Da Sie endlich aufgewacht sind, komme ich zu den anderen Punkten. Die Eltern haben Sorgen, und die Sorgen wollen wir ernst nehmen. Sie haben die Sorge, was beim Übergang vom Kindergarten zur Grundschule passiert. Herr Bußer, der Regierungssprecher, wird zitiert

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

– wir geben uns Mühe bei der Aussprache –, wie stolz er ist, dass es 500 Tandems gebe. Wir reden nur über Zahlen, und ich glaube, man muss nicht unruhig werden, wenn man sich an den eigenen Fakten messen lässt. Es gibt 500 Tandems, die sich darum bemühen, dass Kinder einen gleitenden Übergang von der Kindertageseinrichtung zur Grundschule bekommen. Wissen Sie, wie viele Kindertageseinrichtungen wir haben? 4.083. Wer nach fünf Jahren mit 500 Tandems glücklich ist, der hat seinen Job nicht richtig gemacht. So einfach ist die Antwort.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Eltern Sorgen haben, ob sie ihr Kind in eine qualitativ gute Kinderbetreuung geben, dann werden sie nicht um die Frage herumkommen, ob es dort ausreichend qualifiziertes Fachpersonal gibt. Ich lese Ihnen nur Ihre eigenen Zahlen vor, und schon passt es Ihnen nicht. Der Herr Minister wird unruhig, weil er an seiner eigenen Leistungsbilanz und nicht an irgendwelchem Schwadronieren gemessen wird. Die Leistungsbilanz ist nach fünf Jahren folgende: Es fehlen in diesem Land nach Ihrer eigenen Aussage 3.500 Erzieherinnen und Erzieher. Das ist Ihre Leistungsbilanz, und das ist fatal für Familien in Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Rock, Sie brüsten sich mit Qualifizierter Schulvorbereitung. Aber wir reden doch nicht mehr über das erste Jahr nach Ihrer Regierungsübernahme. Wir sind am Ende der Legislaturperiode, und Sie schmücken sich mit dem Urteil: Wir haben an 30 Modellstandorten die Qualifizierte Schulvorbereitung eingeführt.

Ich kann nur betonen, dass wir auch froh sind, dass die Kinderschule verhindert wurde. Aber an 30 Modellstandorten bei 4.000 Kindereinrichtungen? Darauf wollen wir Sie stolz sein, das wollen Sie als Erfolg verkaufen? Wir peinlich kann das eigentlich noch sein?

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Ein weiteres Beispiel, und da erspare ich Ihnen bei Ihrem neuen KiföG nicht die Diskussion um das Mittagessen. Es geht um Ausnahmeregelungen. Man sollte in Kindereinrichtungen gewisse Standards als gesetzt zugrunde legen. Ich persönlich nenne einmal fließendes Wasser oder eine Heizung, es sei denn, man spricht von Waldkindergärten. Aber dort haben wir einen Försterbetreuungsschlüssel von 1 : 1.

In einer normalen Kindereinrichtung hat man in der Regel fließendes Wasser oder auch eine Heizung, oder auch ein Mittagessen. Das sollte man eigentlich voraussetzen können. Aber da haben wir die Rechnung ohne das Sozialministerium gemacht. Wir haben es in der letzten Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses besprochen. Wir haben 4.083 Kindereinrichtungen, und 287 davon haben eine Ausnahmegenehmigung, aber Sie konnten nicht genau benennen, wie viele genau kein Mittagessen vorhalten müssen. Achtung, Sie konnten eine konkret benennen, das ist der berühmte japanische Kindergarten.

Man muss es sich überlegen. Da gehen 90 Kinder ganztägig betreut in eine Kindereinrichtung, und es gibt aus kulturellen Gründen eine Ausnahmegenehmigung, dass der Träger kein Mittagessen vorhalten muss. Das befremdet mich. Uns GRÜNE befremdet das, weil wir glauben, dass jeder Träger in einer Kindereinrichtung ein Mittagessen vorhalten muss. Es kann keine kulturellen Gründe geben. Welche kulturellen Gründe sollen es sein? Die Kultur der Weight Watchers? Die Kultur: „Wir leben von Luft und Liebe“? Oder die Kultur: „Wir finden schon genug Mamas, die das Essen morgens vorbereiten“?

Nein, so rückwärtsgewandt wollen wir keine Politik haben. Wir wollen eine Mittagsversorgung als qualitativen Standard in jeder Kindereinrichtung. Das gilt es auch in Zukunft sicherzustellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben das Thema Sprachförderung angebracht. Wie stolz sind Sie auf Ihre Sprachstandserfassung. Das ist gar kein schlechtes Ergebnis mit der Sprachstandserfassung. Das Problem ist nur: Ihre eigenen Zahlen sagen, Sie haben die Sprachförderung von 4 Millionen € auf 3,5 Millionen € gesenkt. Herr Rock, Sie senken Ihre eigene Sprachförderung ab. Das heißt, Sie erfassen zwar eine Menge Kinder, und zwar nicht nur Migrantenkinder, damit das auch ausgesprochen wird. Ich habe eine Einrichtung mit 106 Kindern besucht, von denen nur sechs Migrationshintergrund hatten. Aber 43 Kinder hatten Sprachprobleme.

Das heißt, wir haben einen höheren Bedarf, aber Sie fahren das Programm der Sprachförderung von 4 auf 3,5 Millionen € zurück. Herr Rock, das sind Ihre Zahlen, und Sie blamieren sich selbst, wenn Sie sich mit so etwas brüsten

wollen und sagen, dass sei eine zeitgemäße Familienpolitik.

Abseits der Betreuungspolitik gestatten Sie mir noch einen Ausflug in die Beschäftigungspolitik. Ich fand es schon sehr interessant, wie der Herr Minister versucht hat, sich dort zu bewegen. Ich habe eine Abfrage mit heutigem Datum, die ich Ihnen gerne zur Verfügung stelle. Sie stammt vom 21. Mai von der Bundesagentur für Arbeit. Jetzt halten Sie sich einmal gut fest. Beim Bestand an Arbeitslosen, d. h. wie sich der Bestand an arbeitslosen Alleinerziehenden in den letzten vier Jahren verändert hat, ist die Antwort: Der Bestand ist bei 40.000 geblieben, und zwar ohne irgendwelche positiven Veränderungen. Relativ betrachtet, ist er sogar von 13,7 % auf 14,5 % angestiegen. Die Zahl der erwerbsfähigen arbeitslosen Alleinerziehenden ist in diesem Land in den letzten vier Jahren nicht um ein Jota nach unten gegangen. Sie haben kaum eine Eingliederung von Alleinerziehenden geschafft.

Das ist die Frage, wie man mit einer Ein-Elter-Politik umgeht. Diese Eingliederungsquoten können Sie nicht als Erfolg verkaufen. Im Gegenteil, das zeigt einmal mehr, dass gerade die erwerbsfähigen leistungsberechtigten Alleinerziehenden nach wie vor ein Graufeld für Sie bleiben, wo Sie keine Aktivitäten entwickelt haben, zumindest nicht solche, die sich in irgendeiner Zahl widerspiegeln.

Schließlich kann ich Ihnen die Fragen nicht ersparen: Helfen Sie wirklich ärmeren Familien? Kann Ihre Familienkarte ein Instrument sein? Wir wissen alle, dass das mehr oder weniger eine Rabattkarte ist. Nichts gegen Rabatte, die nehmen wir alle gerne irgendwo mit. Aber hat damit irgendeine Familie mehr Zugang zur musischen, sportlichen, künstlerischen Teilhabe wie etwa beim Frankfurt-Pass bekommen? Es ist eine nette Beigabe, aber das erfüllt doch nicht die Aufgabe, ärmeren Familien in diesem Land die Teilhabe und den Zugang zu erleichtern. Mitnichten, es ist eine Rabattkarte und eigentlich nur eine Verhöhnung vieler Familien in diesem Land.

Oder helfen Sie homosexuellen Paaren? Ich habe es schon zu Beginn meiner Rede gesagt, gerade bei der steuerlichen Gleichstellung sind Sie Meilen davon entfernt, diesen Menschen als hessische CDU oder hessische FDP dabei zu helfen, eine tatsächliche Gleichstellung zu bekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir GRÜNE glauben, dass die Familien und Eltern in Hessen es leid sind, sich als Bittsteller bei der Lösung ihrer Probleme zu empfinden. Sie sind es leid, wenn man ihnen nur hilft, wenn sie massiv protestieren. Sie sind es leid, darauf zu hoffen, dass irgendwann vielleicht ein Lichtlein der Erkenntnis in einem der Ministerien angeht und sich eine zukunftsgerichtete Familienpolitik durchsetzt.

Man kann es auch so zusammenfassen: Es muss damit Schluss sein, dass man eine Landesregierung zum Jagen tragen muss. Die Familien dieses Landes sind die Landesregierung leid, und – ich füge hinzu – sie haben eine andere Familienpolitik verdient. – Das war Ihre Familienpolitik: Sie kam zu spät, zu wenig und zu schlecht. Erst war sie nicht gewollt, jetzt ist sie nicht gekonnt. Ein Wechsel ist nötiger denn je. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke sehr, Herr Bocklet. – Ich darf Frau Schott für die Fraktion DIE LINKE das Wort erteilen.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Regierung sollte eine Regierungserklärung abgeben, wenn sie etwas zu sagen hat. Insofern war diese Erklärung überflüssig.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Ihre Projekteritis darzustellen, ohne die Probleme und vor allen Dingen die Leistungen zu nennen, war ganz einfach unnötig. Benennen wir einmal die Herausforderungen. Es hat sich offensichtlich auch in konservativen Kreisen inzwischen herumgesprochen, dass die Dominanz des alten Familienmodells faktisch immer weniger trägt.

(Holger Bellino (CDU): Wo ist denn Ihre Fraktion?)

Dieses Modell bestand und besteht durchaus noch vor allem aus einem auf Dauer angelegten Zusammenleben von Mann, Frau und Kindern, vor allem in Form der Ehe. Wenn ich betone, dass dieses Modell faktisch immer weniger trägt, dann auch deshalb,

(Holger Bellino (CDU): Betriebsausflug?)

weil Trennung und Scheidung selten für beide Seiten angenehme Veranstaltungen sind, aber trotzdem passieren, jedenfalls häufiger als früher. Viele Eltern entscheiden sich von vornherein gegen die Ehe. Die Herausforderung besteht also darin, es den Menschen zu ermöglichen, auch jenseits der Ehe zusammenzuleben, ohne sie in ein Korsett zwingen zu wollen.

Statt Ehe wollen die Menschen ökonomische Unabhängigkeit und die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf. Das ist eine Herausforderung, insbesondere bei Alleinerziehenden, von denen es immer mehr gibt.

Die erste praktische politische Herausforderung bei der Vereinbarkeit von Kindern und Beruf lautet: Eltern brauchen einerseits Unterstützung in Form von öffentlicher Kinderbetreuung, andererseits kollidiert der Wunsch nach Vereinbarkeit aber mit wirtschaftlichen Entwicklungen am Arbeitsmarkt.

Zunehmende Prekarisierung wie Befristung und Leiharbeit führen dazu, dass die Planbarkeit mehr oder weniger verloren geht. Belastend kommt die Flexibilisierung der Arbeitszeit hinzu. Ausdehnung der Arbeitszeit, Arbeit am Wochenende und nachts sind nicht gut mit Kinderbetreuung in Einklang zu bringen. Niedriglöhne und Minijobs, die vor allem Alleinerziehenden kein Auskommen sichern, halten Menschen davon ab, sich auf das Abenteuer Kinder einzulassen.

Was ist das faktische Resultat dieser Entwicklung? – Das vormalige dominante Modell der Alleinverdienerehe hat sich zu einer modernisierten Variante weiterentwickelt. Der Mann arbeitet voll, weit über die gewöhnliche Arbeitszeit hinaus, tags, nachts, samstags, sonntags usw. Und Frauen, auch Mütter, sind inzwischen mehr und mehr erwerbstätig, aber in aller Regel schlechter bezahlt oder mit geringerer Arbeitszeit – häufig sowohl das eine wie auch das andere. Nicht nur finanzielle Unabhängigkeit ist so nicht möglich. Viel schlimmer ist: Alleinerziehende – das sind häufig Frauen – haben ein enormes Armutrisiko.

Die zweite praktische Herausforderung bei der Vereinbarkeit von Kindern und Beruf lautet also: Eltern brauchen eine Organisation und Regulierung der Erwerbstätigkeit, die diese familienkompatibel macht. Hinzu kommt, Erziehung wird zu einer immer komplexeren Aufgabe.

Die daraus resultierende dritte praktische familienpolitische Herausforderung lautet: Eltern brauchen mehr Unterstützung, vor allem in Form von Beratung und Unterstützung für die Erziehung und Bildung im Elternhaus. In Hessen werden jährlich rund 3.000 Kinder aus ihren Familien genommen. Das zeigt, dass es Familien gibt, in denen das Zusammenleben eben nicht funktioniert.

Die Herausnahme ist der heftigste Eingriff. Was passiert in diesen Familien, und welche Hilfsangebote bestehen, um diese hohe Zahl der Herausnahmen zu vermeiden? – Mit Projekteritis kommt man nicht voran. Es braucht beständige Strukturen vor Ort und gute Hilfsangebote.

Sie verlieren kein Wort darüber, dass es Eltern gibt, die der Aufgabe nicht gewachsen sind. Sie verlieren kein Wort über Gewalt in Familie, Missbrauch oder Vernachlässigung. Nein, denn Sie haben über Jahre hinweg die Hilfsangebote zurückgefahren, zuletzt bei der Schwangerenkonfliktberatung.

Sie verlieren kein Wort über die besondere Belastung von Eltern mit Kindern mit Behinderungen. Nein, denn bei der inklusiven Beschulung und auch bei dem, was in den Kitas nach dem KiföG möglich wird, haben Sie sich wirklich nicht mit Ruhm bekleckert – ganz im Gegenteil. Hier lassen Sie die Eltern, die diesen Problemen gegenüberstehen, völlig im Regen stehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie loben sich für die Familienhebammen. Aber Sie erwähnen nicht, dass wir davon viel, viel mehr brauchen. Auch die Schulsozialarbeit muss deutlich aufgestockt werden. Die Schule ist der Ort, an dem die Probleme von Kindern und Jugendlichen am schnellsten auffallen und wo der Zugang zum Kind am leichtesten ist. Aber dafür haben Sie kein Geld und verlieren darüber in Ihrer Erklärung kein Wort.

Und es braucht nicht nur quantitativen Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung, sondern auch eine Steigerung der Qualität der Erziehung und Bildung in den Kitas. Zusammengefasst heißt das: Eltern brauchen Unterstützung bei und Beratung für die Erziehung.

Notwendig ist der quantitative Ausbau der Kinderbetreuung vor allem im Bereich U 3 und in der Ganztagsbetreuung. Der quantitative Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung muss einhergehen mit qualitativen Verbesserungen der Kinderbetreuung in allen Bereichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herzustellen ist die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern. Hier sind vor allem Regulierungen der Arbeitszeit usw. notwendig, die der Unterordnung der Kinder unter die Anforderungen der Arbeitgeber entgegenstehen. Schließlich muss die Kinderarmut bekämpft werden, vor allem durch Bekämpfung des Niedriglohnssektors.

(Beifall bei der LINKEN)

Was machen die CDU/FDP-Landes- und Bundesregierung stattdessen? Sie setzen weiter auf die Versorgungsehe. Und die wirtschaftspolitische Grundposition ist: Regulierende

Eingriffe in wirtschaftliche Entwicklungen werden grundsätzlich abgelehnt. Die Grundlinie ist Flexibilisierung. Sie gilt auch dann, wenn ökonomische Entwicklungen das Leben mit Kindern bedrohen. Das Hohelied der ökonomischen Flexibilisierung wird von CDU und FDP ausschließlich zugunsten der Unternehmen bzw. der Arbeitgeber gesungen.

(Alfons Gerling (CDU): Ah!)

Traurige Beispiele in Hessen sind die Verlängerung der Öffnungszeiten in Videotheken und die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten, die zu noch prekärer Beschäftigung von Frauen geführt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Zurückdrängung von Mini- und Midijobs und Niedriglöhnen wurde von CDU und FDP nicht nur abgelehnt, sondern geradezu bekämpft. Herr Grüttner, Sie sagten, als Arbeitgeber beschäftige sich die Landesregierung seit geraumer Zeit mit der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ha, ha, ha!)

Das ist doch wirklich ein Hohn. Sprechen Sie einmal mit den Beamtinnen und Beamten in diesem Land. Hessen hält als einziges Land an einer Regelung fest, dass die Menschen 42 Stunden in der Woche arbeiten müssen. Sie halten an einem Dienstag eine Sonntagsrede, und das reale Leben der hessischen Beamtinnen und Beamten sieht ganz anders aus. Wenn das Ihre familienfreundlichen Arbeitszeiten sind, dann möchte ich einmal wissen, wie Sie von Arbeitgebern außerhalb dieser Regierung etwas anderes verlangen wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die sind teilweise deutlich weiter, als Sie es mit Ihrer Regierungspolitik sind.

(Zuruf des Ministers Boris Rhein – Gegenruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– Natürlich gibt es die. Die betrifft Eltern genauso wie Nichteltern. Die betrifft allein erziehende Väter und Mütter. Die betrifft die Menschen, die in diesem Land arbeiten, wo sich der Sozialminister hier gerade gerühmt hat, dass sich die Landesregierung als Arbeitgeber damit beschäftigt, Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.

Dann frage ich Sie: Wann nehmen Sie die Wochenarbeitszeit von Beamtinnen und Beamten wieder zurück? – Auf Ihre Zwischenfrage: „Was hat das mit der Wochenarbeitszeit zu tun?“, würde ich einmal antworten: ganz schön viel. Wenn ich zwei oder vier Stunden mehr als andere Menschen arbeiten muss, heißt das, ich habe zwei oder vier Stunden weniger, in denen ich mich um meine Beziehung, um meine Kindern, meine Eltern und andere Menschen kümmern kann – wozu Sie die ganze Zeit sagen, das ist so eine wichtige Aufgabe.

Wenn das so wichtig ist, dann ermöglichen Sie das an erster Stelle einmal, wo Sie Einfluss haben, und das ist da, wo Sie Arbeitgeber sind. Geben Sie den Menschen wieder eine 38,5-Stunden-Woche.

(Beifall bei der LINKEN)

Aus diesen und den anderen hier genannten Gründen ist die so konzipierte konservative Familienpolitik dazu verurteilt, an den realen Herausforderungen zu scheitern. Wir

können die Latte aber etwas tiefer hängen und die Landesregierung fragen, was denn die selbst gesteckten Ansprüche waren, was davon eingelöst wurde und was nicht.

Maßgeblich für die selbst gesteckten Ansprüche sind die Regierungserklärung von Ministerpräsident Bouffier vom 7. September 2010 und das familienpolitische Programmpapier der CDU Hessen. Letzteres wurde hier auf einer Pressekonferenz im November 2010 vorgestellt. Es hatte immerhin den Anspruch, auch über Hessen hinaus Impulse zu geben. Ich könnte jetzt höhnisch darauf hinweisen, dass die Impulse selbst in Hessen ziemlich mau geblieben sind, von einem nur kurzen Echo jenseits der Landesgrenzen ganz zu schweigen.

Die Frage in der Sache lautet aber: Warum war und ist das so? – Die Antwort darauf erscheint ganz einfach: Es gibt keine vernünftige Analyse oder auch nur Beschreibung der Situation und keine Benennung der Herausforderungen.

Sie haben geschrieben, Sie wollten die Finanzierung der Kitas auf eine kindbezogene umstellen. Das haben Sie umgesetzt. Was uns das bringen wird, wird sich noch zeigen. So wie es sich im Moment anlässt, scheint es eher nichts Gutes zu bringen. Ganz im Gegenteil: Es scheint konkrete Verschlechterungen zu bringen. Das wird Ihnen aus den Kommunen landauf, landab gesagt.

Sie haben gesagt, Sie wollten Wahlfreiheit und die Betreuungsangebote bedarfsgerecht ausbauen. Dabei wollen Sie sowohl quantitative als auch qualitative Fortschritte erzielen. Wo sind die denn? – Sie haben das gemacht, was Sie von der Bundesgesetzgebung als Auflage bekommen haben. Wir werden ab diesem Sommer eine Betreuungsregelung haben. Das haben Sie noch nicht einmal so gemacht, dass es wirklich abgesichert ist. Wo sind denn da Ihre eigenen Impulse?

Sie wollten ein Netz von Familienzentren. Ja, Sie haben welche geschaffen. Von einem Netz kann aber keine Rede sein. Das Ziel war, die Hemmschwelle für die Inanspruchnahme der Erziehungsberatung abzusenken und unkompliziert über die Angebote der Elternberatung der öffentlichen Hand und bei den Privaten zu informieren.

Dann schaue ich mir einmal an, wie die Situation bei den Jugendämtern ist und wie viele Herausnahmen es gibt. Ich schaue mir an, wie viel unterstützende Hilfe gebraucht wird. Da kann man nur sagen: Da sind Sie noch weit davon entfernt, diese Ziele auch nur annähernd erreicht zu haben. Es gibt nach wie vor eine Menge Familien, die Sie nicht erreichen, bei denen die Hilfe erst einsetzt, wenn es eigentlich schon zu spät ist, weil kein Kontakt zu diesen Familien besteht. Denn da, wo der Kontakt am leichtesten herzustellen möglich wäre, nämlich bei der Schulsozialarbeit, ist es so, dass zu wenig Sozialarbeit vorhanden ist. Wenn der Kontakt besteht, bleibt letzten Endes oft nur noch die Herausnahme, weil in den Familien schon alles vor die Wand gefahren wurde. Da sind Sie doch von einem Netz und früher Hilfe ganz weit entfernt.

Sie haben gesagt, Sie wollten die Maßnahmen zum Schutz der Kinder verstärken. Was meinen Sie denn damit? Haben Sie die Mittel für den Schutz der Kinder erhöht? – Nein, das haben Sie nicht. Haben Sie die Kommunen so ausgestattet, dass sie die Jugendämter und andere Beratungseinrichtungen mit guten Arbeitsbedingungen und Angeboten unterlegen konnten? – Nein, das haben Sie nicht. Aber dafür, wie Sie mit den Finanzen der kommunalen Ebene um-

gegangen sind, haben Sie heute eine ordentliche Klatsche bekommen. Dazu kann man nur sagen: Das ist so richtig.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das familienpolitische Programmpapier der CDU besagt: Sie wollen besonderen Augenmerk auf die Fürsorge für die Schwachen legen. – Sagen Sie das einmal den 130.000 Kindern in Hessen, die von Hartz IV leben müssen.

Sie haben ein Programm für ein Mittagessen für Kinder aufgelegt, die wirtschaftlich schwach gestellt sind. Sie haben das über die Karl Kübel Stiftung organisiert und dafür richtig Geld in den Haushalt eingestellt. Das Geld ist in den ersten Jahren überhaupt nicht abgerufen worden, weil das nicht ordentlich kommuniziert wurde und weil Sie es zu einer totalen Goodwillaktion gemacht haben. Anstatt zu sagen: „Wir machen es so, dass es den Kindern, die es brauchen, mit Sicherheit zugutekommt“, haben Sie darauf gesetzt, dass die Lehrerinnen und Lehrer schon wissen, welche Kinder der Hilfe bedürfen. Über die Meldung der Lehrer, die das schon wissen, sind die Kinder möglicherweise an ein Essen gekommen, vielleicht aber auch nicht.

Das ist doch keine Art, wie man mit Kinderarmut umgeht. Wenn man schon Mittel einstellt, dann sollte man das so machen, dass das Geld bei den Kindern ankommt und am Ende des Jahres nicht noch im hessischen Haushalt liegt.

(Beifall bei der LINKEN)

„Familienhebammen“ ist das Zauberwort aus den Mündern dieser Regierung. Aber zu der Situation der Hebammen, die die hohen Haftpflichtprämien nicht mehr zahlen können, haben Sie in Ihrer Regierungserklärung kein Wort gesagt. Wie sollen denn die Hebammen angesichts dieser Problematik weiter arbeiten können und weiterhin eine gute Arbeit verrichten? – Während einer Ausschusssitzung hat der Minister dazu gesagt: Na ja, das ist halt so. Wenn es viele Schadensfälle gibt, gehen die Prämien hoch. – Wenn das seine Lösung für so ein Problem ist, kann ich nur sagen: Die Hebammen sind von dieser Regierung jedenfalls ziemlich verlassen worden.

Sie sagen: Die Familienkarte wird angenommen. – Das wurde heute hier mehrfach wiederholt. Ja, die Familienkarte wird angenommen. Aber die Rabattmarkenheftchen in meinem Supermarkt werden von den Kunden auch angenommen. Dazu brauchte es keine Unterstützung der Landesregierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie loben sich auch nicht dafür, eine gute Familienpolitik zu machen. Nein, da geht es um Kundenbindung. Sie haben mit Ihrer Unterstützung ganz viele Unternehmen dazu gebracht, die Kundenbindung zu verbessern. Ich weiß nicht, warum Sie das Familienpolitik nennen. Aber vielleicht hängt bei den meisten Supermärkten, bei denen ich einkaufe, demnächst draußen auch ein großes Schild, auf dem steht: Wir haben Rabattmärkchen, wir machen gute Familienpolitik.

(Heiterkeit und Beifall der Abg. Janine Wissler und Hermann Schaus (DIE LINKE) – Minister Michael Boddenberg: Tata, tata!)

– Ja, Sie können ruhig dazu „Tata“ sagen. Denn zum Teil hat das, worüber Sie sich hier auslassen und sagen, es sei eine tolle Familienpolitik, nichts anderes als Karnevalscharakter.

Es passiert tatsächlich etwas beim quantitativen Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren. Das ist so, auch wenn wir heute bereits wissen, dass der Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz für Kinder unter drei Jahren ab August 2013 in Hessen nicht verwirklicht sein wird, jedenfalls nicht flächendeckend.

Schlecht aussehen tut es bei der Qualität. Es geschieht ein bisschen bei der Beratung der Eltern. Das Stichwort dazu lautet Familienzentren. Es passiert ein bisschen bei der Verbesserung des Wiedereinstiegs der Frauen nach der Familienpause. Bei der Qualifizierten Schulvorbereitung passiert ein bisschen. Aber das sind bestenfalls alles Modellprojekte, die keine Breitenwirkung entfalten.

Ich möchte noch einmal auf das Papier der CDU vom November 2010 zurückkommen. Es heißt dort:

Eltern sind die Leistungsträger der Gesellschaft. ...Wir wollen erreichen, dass Familienarbeit muss stärker anerkannt und auch finanziell honoriert wird.

Frau Wiesmann, Sie haben das Papier damals zusammen mit Herrn Wagner vorgestellt. Sie wissen, dass wir in Hessen etwa 1 Million Kinder unter 18 Jahren haben. Etwa 130.000 davon leben in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften. Hinzu kommen knapp 15.000 Kinder, deren Eltern Kinderzuschlag bekommen.

Was haben Sie und was hat diese Landesregierung getan, um die Situation dieser in Armut lebenden Kinder und ihrer Eltern zu verbessern? Was haben Sie und was hat diese Landesregierung getan, als die schwarz-gelbe Bundesregierung und deren aus Hessen stammende Ministerin Schröder ab Januar 2012 das Elterngeld für Hartz-IV-Bezieher gestrichen haben? Was haben Sie und was hat diese Landesregierung getan, als vor gut einem Jahr die Caritas die Folgen dieser Streichung untersucht hat und zu folgendem Ergebnis kam? Die Streichung des Elterngeldes hat Familien mit Hartz-IV-Bezug sehr geschadet. Ich zitiere:

Die Familien erlitten schwere finanzielle Einbußen und fühlten sich insgesamt gesellschaftlich isolierter. ... Über die Hälfte der Befragten, (53 %) gaben an, hierdurch stärkeren „finanziellen Stress“ zu erleiden. Meist fehle der Betrag, um für die Kinder im ersten Lebensjahr gesunde Lebensmittel oder Arzneien zu erwerben. Viele Familien können zudem keine Spiel- oder Elternkurse besuchen. Jeder dritte Befragte gab an, die Streichung des Elterngeldes habe eine schwerwiegende finanzielle Situation geschaffen, in der viele Probleme auch innerhalb der Partnerschaft auftraten. Viele Familien und Alleinerziehende sagten zudem, sie hätten das Gefühl, dass ihre Kinder von der Gesellschaft nicht gewollt und demnach „auch nichts wert sind“.

Planen Sie oder die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass an dem Elend der 140.000 hessischen Kinder mit Hartz-IV-Bezug etwas geändert und das Elterngeld nicht auf Hartz IV angerechnet wird?

Der Ministerpräsident hat in der Regierungserklärung gesagt, er wolle Mut zur Familie machen. Die Eltern von 130.000 Kindern in Hessen haben das Gefühl, dass die Gesellschaft ihre Kinder nicht will und sie demnach auch nichts wert sind. Ich denke, das ist etwas, bei dem Sie tatsächlich etwas tun könnten. Sie könnten dafür Sorge tragen, dass diese Eltern auch das Gefühl bekommen, dass ih-

re Kinder genauso viel wie die anderen Kinder in diesem Lande wert sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage das nur noch einmal zur Erinnerung: Das Elterngeld wurde im Jahr 2007 eingeführt. Gleichzeitig wurde das Erziehungsgeld gestrichen. Mit dem Erziehungsgeld wurden allen Familien in gleicher Höhe und unabhängig vom Einkommen der Familie gefördert. Das Elterngeld jedoch sah vor, dass gut verdienende Familien 67 % ihres Erwerbseinkommens, bis maximal 1.800 €, pro Kind und Monat bekommen. Familien mit geringem oder gar keinem Einkommen wurden mit 300 € pro Kind und Monat abgespeist. Diese soziale Schieflage gab es also von Anfang an. Sie wurde von der Großen Koalition gemeinsam getragen. Proteste der GRÜNEN und der FDP gegen diese Schieflage sind mir nicht bekannt.

Meine Damen und Herren, eine repräsentative Befragung von Eltern im vergangenen Frühjahr ergab: 89 % fordern, der Staat solle mehr Wert darauf legen, benachteiligte Familien zu unterstützen.

DIE LINKE steht und kämpft für eine Politik, die allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht, ohne Angst vor der Zukunft zu haben. Dafür brauchen wir eine Kindermindestsicherung, die wirksam Kinderarmut verhindert. Die Hartz-IV-Sätze müssen verfassungsgerecht berechnet und demgemäß erhöht werden. Der Bedarf für Kinder und Jugendliche ist eigenständig neu zu ermitteln und anzuheben.

Wir brauchen eine gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung für Kinder aller Altersgruppen, mit flexiblen Öffnungszeiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu gehört für uns ein flächen- und bedarfsdeckendes ganztägiges Schulangebot. Die Organisation der Arbeit muss verändert werden, um kinderkompatibel zu sein. Eltern brauchen erweiterte Arbeitnehmerinnenrechte, um trotz Arbeit genug Zeit für ihre Kinder zu haben. Die gesellschaftliche Arbeit in Beruf und Familie muss auch auf dem Weg kollektiver Arbeitszeitverkürzung umverteilt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Statt Steuerbegünstigungsmodelle wie das Ehegattensplitting wollen wir die individuelle Besteuerung. Die tatsächlichen Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie das Zusammenleben mit Kindern sollen steuerlich gefördert bzw. es sollen entsprechende Unterhaltszahlungen berücksichtigt werden. Das Betreuungsgeld aber ist zu streichen,

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Petra Fuhrmann und Dr. Thomas Spies (SPD))

weil es gerade Kinder aus sozial benachteiligten Familien von frühkindlicher Förderung fernhält. Stattdessen ist das Geld in den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung zu stecken.

(Beifall bei der LINKEN)

Schließlich brauchen wir eine Situation, in der auch Pflege mehr Wertschätzung erfährt. Das ist in dieser Regierungserklärung am Rande angesprochen worden. Aber auch dort fehlt natürlich genau das, womit man es hinterlegen muss: Man muss das mit geeigneten Arbeitsbedingungen für die Menschen hinterlegen, die in der Pflege tätig sind, Arbeitsbedingungen, die so sind, dass Menschen dort auch arbei-

ten wollen. Wir müssen ein flächendeckendes Angebot haben, damit die Menschen, die ihre Angehörigen – oder Freunde oder andere Nachbarn – zu Hause pflegen, tatsächlich Entlastung erfahren. In diesem Falle heißt Entlastung nicht: Morgens und abends kommt eine völlig gehetzte und überlastete Pflegekraft, die eben schnell die notwendigsten körperlichen Dinge regelt. Nein, Entlastung heißt hier auch, die Menschen, die zu Hause insbesondere einen demenzen Menschen betreuen, müssen die Chance haben, auch ein Stück eigenes Leben leben zu können, eine Stunde am Tag für sich Zeit zu haben, um einkaufen zu gehen, abzuschalten und einmal den Kopf für etwas anderes frei zu haben. Denn nur so kann man eine solch belastende Situation auf die Dauer durchhalten.

Es hilft uns nicht, an diesen Hilfen zu sparen und dann im Ergebnis eine Situation zu erhalten, in der Familien so überlastet sind, dass sie die Pflege nicht mehr leisten können und dann doch manchmal deutlich vor der Zeit, zu der es eigentlich notwendig wäre, Menschen in eine Pflegeeinrichtung gebracht werden müssen, weil die Familie nicht mehr anders kann.

Hierzu haben wir flächendeckend überhaupt keine Strukturen, und wir haben überhaupt keine Möglichkeiten, das wirtschaftlich zu unterlegen. Denn die pflegenden Angehörigen sind häufig wirtschaftlich nicht in der Lage, sich eine solche Leistung zuzukaufen, die sie bräuchten, um eine solche Situation aufrechtzuerhalten. Es gibt weder Strukturen, die das anbieten, noch gibt es die wirtschaftliche Hinterlegung, um das zu finanzieren. An dieser Stelle haben wir Niemandsland. Auch dazu aber haben Sie keine Ideen. Sie haben kein Programm. Es passiert nichts – außer dass wir Ankündigungen erhalten, dass Sie Tagungen und Veranstaltungen organisieren.

Sie brauchen keine Kongresse. Sie brauchen keine Tagungen. Sie brauchen hierzu keine Veranstaltungen. Sie sind die Regierung. Tun Sie das, was eine Regierung zu tun hat: Sorgen Sie dafür, dass das, was gebraucht wird, umgesetzt wird.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

In der Ihnen noch verbleibenden Zeit werden Sie das kaum schaffen können. Ansonsten würde ich Ihnen vorschlagen: Geben Sie dann zu diesem Thema wieder eine Regierungserklärung ab, wenn Sie dazu etwas zu erklären haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke sehr, Frau Schott.

Ich freue mich, auf der Besuchertribüne den früheren Kollegen Herrn Dr. Jürgens begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Für die CDU-Fraktion wird jetzt Frau Wiesmann zu uns sprechen.

Bettina Wiesmann (CDU):

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem das grüne Krokodil hier wieder seinen Auftritt hatte, mit vielen Krokodilstränen, und Herr Merz von der SPD dafür plädiert hat, mit allem nochmals ganz von vorne anzufangen, ohne sich darauf festzulegen, wie denn das Ergebnis konkret aussehen soll, hat jetzt auch Frau Schott einen ganzen Flickenteppich von Erwägungen geboten, über den ich am besten einfach hinweggehe und dem ich damit wahrscheinlich auch am ehesten gerecht werde. Stattdessen versuche ich, die Debatte nochmals auf ihren Kern und auf das Grundlegende zurückzuführen.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Auf die Familienfrage!)

– Auf die Familie als Auftrag zum Handeln, dessen sich diese Landesregierung exzellent angenommen hat.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Familie ist nämlich grundlegend. Zu Beginn dieser Legislaturperiode hatte ich schon einmal Gelegenheit, kurz darauf hinzuweisen, dass dies für den Einzelnen gilt, aber auch für die Gesellschaft insgesamt. Sie ist Urzelle der sozialen Ordnung, der Raum, in dem das Zusammenleben mit anderen beginnt, Erfahrungen von Abhängigkeit und Geborgenheit, von Ähnlich-Sein und Anders-Sein, von allein und gemeinsam, von Freiheit und Grenzen und von Verantwortung und Liebe gemacht werden.

(Vizepräsidentin Ursula Hammann übernimmt den Vorsitz.)

Sie ist – und das muss uns leiten – unser erster Bildungsort, unsere wichtigste Schule für Gemeinschaft, unsere nachhaltigste Zukunftswerkstatt. Als Wiege der kommenden Generation ist sie auch eine der Voraussetzungen für unseren Staat, die er nicht selbst schaffen kann. Damit ist sie systemrelevant.

Das gilt nicht nur im heute auch schon zur Sprache gekommenen handfesten materiellen Zusammenhang von Arbeitsmarkt und Sozialversicherung. Es gilt mindestens genauso im Zusammenhang mit Einstellungen und Werten. Kinder, auch die der anderen, lassen uns nach vorne und über uns hinausblicken. Sie bewegen uns zum Wandel, zur Weiterentwicklung, manchmal sogar gegen unseren Willen. Sie eröffnen einerseits reiche Erfahrungen von Knappheit und Konkurrenz, von Frustration und Fehlschlägen. Als intimstes, dem öffentlichen Zugriff weitgehend entzogenes Nahumfeld birgt sie auch Versuchungen und Gefahren. Andererseits aber ist sie immer wieder auch Quelle von Optimismus, Erneuerung und sogar Innovation. In der Familie wachsen wir nicht nur auf, sondern buchstäblich über uns hinaus. Familie heißt, dass wir fortbestehen und vielleicht sogar weiterwirken, auch wenn wir selbst nicht mehr da sind.

Wenn Familie in dieser Hinsicht – und vielleicht sogar noch anderer – grundlegend ist, so stellt Familienpolitik Grundfragen und beantwortet sie aus einer Grundhaltung heraus. Zu dieser Grundhaltung möchte ich gerne ein paar Bemerkungen machen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Was ist unsere Grundhaltung? Es ist die Grundhaltung einer Familienpolitik für Freiheit und Vielfalt. Da bin ich sehr dankbar und fühle mich den Ausführungen des Kolle-

gen Rock von der FDP sehr nahe. Denn auch für uns Christdemokraten ist die Frage der Familienpolitik nicht nur eine sozialpolitische, nicht nur eine nach Betreuung, nach Förderung, auch nach Verteilung. Das alles ist nicht unwichtig. Grundlegend ist aber gleichzeitig, dass Familienpolitik für uns etwas mit dem Menschenbild zu tun hat, das uns leitet: mit dem Verhältnis des Einzelnen zur Gesellschaft, mit der Balance zwischen Solidarität und Subsidiarität. Familienpolitik ist auch für uns eine zentrale Leitfrage der Freiheit. Denn die Vielfalt der Familien, die Unangefochtenheit ihrer höchst diversen Lebensentscheidungen und -wege sind konstitutiv für die Kreativität, die Innovationskraft, ja, die Zukunftsfähigkeit des Ganzen.

Deshalb bedürfen die Freiheit und die Vielfalt der Familien der Anwaltschaft einer sehr bewussten und zielgerichteten Politik.

Vieles dazu wurde vom Minister dargelegt. Diese Familienpolitik ist eine der Wahlfreiheit, des Ermöglichens, der Ermutigung und der Anerkennung – ohne Bevormundung, ohne Gängelung, ohne Leitvorstellung, ohne den Anspruch, für andere entscheiden zu können – jawohl: ohne materielle Leitvorstellung, ohne den Anspruch für andere entscheiden zu können, schon gar nicht für alle in gleicher Weise.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Am Beispiel des Kinderförderungsgesetzes habe ich bereits darauf hingewiesen: Wir setzen keinen Sollstandard als Passepartout-Vorschrift, die für alle zu gelten habe, nach dem Motto: So müsst ihr es tun, und weiterdenken dürft ihr nicht. – Das würde manchem Politikverständnis auf der anderen Seite des Hauses entsprechen.

Wir schreiben weniger vor, als wir ermöglichen. Wir regeln das Unverzichtbare, in diesem Fall einen Mindeststandard, und wir erleichtern das Wünschenswerte, einen tatsächlich besseren Standard. Wir überlassen die konkrete Entscheidung im Einzelfall denen, die die Notwendigkeiten und Erfordernisse am besten beurteilen können und deshalb auch dafür zuständig sind: im Falle der Kinderbetreuung die Kommunen und ganz grundsätzlich die Eltern, denen das Grundgesetz die Fürsorge für ihre Kinder als „Recht ... und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ zuschreibt. Deshalb stehen die Eltern im Zentrum unserer Politik, und deshalb zählt für uns Christdemokraten der Elternwille so viel. Wir maßen uns nicht an, für die Familien zu wissen, was ihnen dient und guttut. Wir sehen Eltern als die besten Experten an, wenn es um ihre Kinder und um die Familienbedürfnisse insgesamt geht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Deshalb reklamieren wir nicht die Lufthoheit über den Kinderbetten – vielleicht über den Küchentischen, aber nicht über den Kinderbetten. Wir verstehen Pädagogen und Jugendhelfer aller Art auf allen Bildungsstufen den Eltern gegenüber als Partner, die Fortschritte nur mit ihnen, nicht gegen sie erzielen, und wir sehen unsere Aufgabe als Politik darin, eine vielfältige Angebotsstruktur für Unterstützung, Beratung und Betreuung parat zu haben. Sie soll für jede Familie erreichbar sein, aber jenseits von Kinderschutz und Schulpflicht keine Familie in ein Korsett fremder Vorstellungen zwingen. Uns ist insbesondere bewusst: je jünger ein Kind, desto entscheidender die Eltern für sei-

ne Entwicklung. Auch deshalb stellen wir die Eltern in das Zentrum unserer Politik.

Wer Kindern dienen und sie fördern will, muss die Eltern fördern und unterstützen, sie aber auch ernst nehmen und fordern. Elterliche Sorge und Sorgfalt setzen den Willen und die Fähigkeit zur Übernahme von Verantwortung voraus. Die allermeisten Eltern nehmen ihre Fürsorge- und Erziehungspflichten gegenüber ihren Kindern in sehr respektabler Weise wahr. Das kann gar nicht oft genug gesagt werden. Dafür verdienen sie den Respekt und die Wertschätzung aller Teile der Gesellschaft, auch und gerade derer, die, aus welchen Gründen auch immer, keine Kinder haben.

Dessen ungeachtet gibt es aber Eltern, die mit ihren Aufgaben überfordert sind. Dies kann die Folge schwieriger Einkommensverhältnisse sein, aber viel häufiger hat es seinen Ursprung in der Bildungsferne, im Desinteresse, auch in der Unsicherheit erwachsener Familienmitglieder. Daher besteht die vordringliche Aufgabe zur Sicherung von Chancengerechtigkeit hierzulande in der bedarfsgerechten Stärkung und Unterstützung der Eltern, ganz so, wie es die Familie im Einzelfall braucht. Dieser Bedarf ist vielfältig und reicht von Information und Beratung bis hin zu praktischen Hilfen und materieller Unterstützung. Uns ist es wichtig, frühzeitig bei den Familien anzusetzen und Probleme nicht irgendwann einmal bei der Schule abzuladen; denn anders, als mancher aus der Opposition immer wieder erkennen lässt, sehen wir Schule nicht als Reglersatzbetrieb für überforderte Familien und Bildungspolitik nicht als Steigerungsform von Sozialpolitik.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Sie kann es nicht sein, weil sie es nicht leisten kann, und sie muss es auch nicht sein, wenn wir in der Familienpolitik unsere Hausaufgaben machen. – So viel vorweg.

Diese Landesregierung hat viel für Hessen als Familienland getan. Was wurde im Einzelnen erreicht? Als Mitglied der CDU-Fraktion ist es meine Pflicht und meine Freude, der Landesregierung, namentlich Herrn Sozialminister Grüttner und seinem Vorgänger, Jürgen Banzer, für die in dieser Legislaturperiode in der Familienpolitik geleistete Arbeit zu danken.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Gemeinsam mit den Kommunen, denen an dieser Stelle unser ebenso ausdrücklicher Dank gilt, investiert das Land jährlich 2,5 Milliarden € in Leistungen und Angebote für Familien.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Dank dieses herausragenden Engagements aller Beteiligten – mit unterschiedlichem Gewicht, das ist richtig, aber das entspricht den unterschiedlichen Verantwortlichkeiten –, auch in Zeiten knapper Kassen, zählt Hessen bundesweit zu den attraktiven Standorten für junge Familien, die in ihren Standort- und Arbeitsplatzentscheidungen zunehmend weiche Faktoren, wie z. B. die Verfügbarkeit von gut ausgestatteten Betreuungsplätzen und anderen Familienservices, berücksichtigen. Das Wachstum vieler Städte im Rhein-Main-Gebiet gegen den demografischen Trend unterstreicht diesen Erfolg durchaus.

Ich möchte aber den Katalog bedeutender familienpolitischer Maßnahmen nicht nochmals in Gänze aufrufen. Der Minister hat dazu alles Wichtige bereits ausgeführt. Ich möchte stattdessen an einigen Punkten beispielhaft zeigen, dass und inwiefern familienpolitische Fortschritte in Hessen mit der besagten Grundhaltung dieser Landesregierung und der der CDU- und der FDP-Fraktion zusammenhängen.

Erstens. Rasanter Ausbau der Kinderbetreuung, aber nicht ohne Qualität.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Seit der Krippengipfel auf Initiative von Frau von der Leyen im April 2007 die Schaffung von landesweit 750.000 Betreuungsplätzen für unter Dreijährige bis zum Sommer des Jahres 2013 beschloss, ist ein gewaltiger Kraftakt im Gange, um den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur zu bewältigen. Hessen schlägt sich seit Jahren in der relevanten Konkurrenz – der Konkurrenz der westdeutschen Flächenländer – gut. Es macht nicht viel Sinn, sich mit den neuen Bundesländern zu vergleichen, die an dieser Stelle natürlich ein ganz anderes Erbe mitgebracht haben.

Hessen verfolgt eine beharrliche Politik des parallelen Ausbaus von Krippen und Tagespflege und mobilisiert hierfür Geld und Initiativen. Beides ist zur Bereitstellung der nötigen Fachkräfte erforderlich. Insgesamt haben Bund und Land gemeinsam 286 Millionen € Investitionsmittel bereitgestellt, um die hauptsächlich zuständigen Kommunen zu entlasten – das ist der Zusammenhang. Die jüngste Tranche im Sonderinvestitionsprogramm des Landes ist derzeit abrufbar. Aktuell arbeiten 7.000 Menschen im Erzieherberuf – so viele wie noch nie. Einen hohen Anteil daran bilden Quereinsteiger aus anderen Berufen.

Im Ergebnis wird das vereinbarte Ziel, eine U-3-Versorgungsquote von 35 %, im Sommer aller Voraussicht nach erreicht werden. Ein bedarfsgerechtes Angebot – wir wissen, der Bedarf liegt darüber – wird in absehbarer Zeit vorhanden sein. Der Rechtsanspruch – als Daumenschraube, als Katalysator für den konzertierten Einsatz aller Beteiligten wichtig – wird gewirkt haben, selbst wenn es in einer überschaubaren Phase in bestimmten Kommunen noch Defizite geben sollte. Das Gros wird geschafft sein. Das ist ein Riesenfortschritt, der auch hier gewürdigt zu werden verdient.

So weit, so ziemlich gut. Den besonderen Erfolg dieser Politik sehe ich aber in noch einem anderen Punkt. Dank der CDU, seit Sozialministerin Lautenschläger und Kultusministerin Wolff, wird in Hessen nicht etwa Kinderaufbewahrung in großem Stil organisiert. Seit zehn Jahren arbeitet Hessen konsequent an der Entwicklung der Qualität der Kinderbetreuung, auch wenn die Ausbauforderung es eigentlich nahegelegt hätte, das Thema Qualität vielleicht doch auf die Zeit nach der Erfüllung des Rechtsanspruchs zu vertagen.

(Minister Stefan Grüttner: Wie es Baden-Württemberg tut!)

– Wie es anderenorts geschieht, und zwar dort, wo CDU und FDP nicht regieren.

Es ist das besondere Verdienst der CDU als Familien- und als Bildungspartei, dass in Hessen seit einem Jahrzehnt an der Verbesserung von Quantität und Qualität zugleich gearbeitet wird, angefangen bei vielem, das schon erwähnt

worden ist: vom Bildungs- und Erziehungsplan und den Qualifizierungsmaßnahmen über die Mindestverordnung von 2008, die Sprachförderung – mit erheblichen Mitteln – und die Erprobung der Qualifizierten Schulvorbereitung bis hin zum Kinderförderungsgesetz, über das wir am Donnerstag noch einmal sprechen werden. Hessen schafft die Bedingungen, damit frühkindliche Bildung auch und gerade in Zeiten eines enormen Ausbaus des Angebots möglich wird. Hessen ist Familienland.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Zweitens. Echte Wahlfreiheit über Vereinbarkeit hinaus. Wahlfreiheit im Dienste von Freiheit und Vielfalt ist nach unserem Verständnis nicht damit erreicht, dass dank gut ausgebauter Infrastruktur Familie und Beruf in vollem Umfang vereinbar erscheinen oder jedem jedes denkbare Betreuungsangebot an jeder Stelle offensteht. Das ist zwar schön; Wahlfreiheit beschreibt aber ein gesellschaftliches Klima, in dem Menschen Lust und Mut zur Familie empfinden, sich zutrauen, als Paar dauerhaft verbunden zu bleiben und aus dieser Verbundenheit neues Leben zu stiften – mancher würde sagen: zu empfangen –, um es auf lange Frist zu hegen und zu pflegen. Das ist nämlich Familie. Die Ehe, von der hier in vielerlei Hinsicht schon die Rede war, ist übrigens die nachweislich vorteilhafteste Form dieser Verbundenheit; denn Verheiratete leben nachweislich länger, und Kindererziehung in der Ehe gelingt leichter.

(Petra Fuhrmann (SPD): Aber es werden 50 % geschieden!)

– Sie haben recht, das ist nicht ohne Risiko, und es gibt keine Garantie. Ich bin übrigens eine Anwältin des Scheidungsrechts, ich würde nie etwas anderes vertreten.

Die Ehe ist aber nicht die einzige und auch nicht die einzig wertvolle Form dauerhafter Verbundenheit, denn Familie ist da, wo Generationen auf Dauer füreinander Verantwortung übernehmen. Gestatten Sie mir diesen Verweis auf das CDU-Grundsatzprogramm. Anklänge daran habe ich sogar im Antrag der SPD-Fraktion gefunden.

Dazu, dass sie das in diesem Zeitalter von fast unbegrenzter persönlicher Autonomie und Optionalität freiwillig und gern machen – Familie zu sein –, gehört zweifellos mehr als das Vorhandensein einer bedarfsgerechten Infrastruktur.

Wahlfreiheit heißt auch nicht materielle Austauschbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. Familie ist eine Verpflichtung, in der Regel anstrengend und manchmal sogar eine Last. Sie ist aber auch Reichtum und Glück, manchmal sogar, weil sie fordert und schwierig zu meistern ist, oft aber einfach nur so. Deshalb kann man Familienarbeit nicht völlig mit Erwerbsarbeit gleichsetzen; man täte beidem unrecht.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das macht auch niemand!)

Wahlfreiheit als gesellschaftliches Klima, in dem Menschen Lust und Mut auf Familie haben, verlangt allerdings sehr wohl nach Ermöglichung und Anerkennung familiärer Sorgearbeit in allen Lebensphasen. Dies leitet uns auch in der Familienpolitik dieses Landes und beim Einwirken auf die Familienpolitik in Berlin.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich will deshalb im Namen meiner Fraktion ausdrücklich Dank dafür sagen, dass sich die Landesregierung stets für echte Wahlfreiheit eingesetzt hat: durch den beschriebenen Ausbau der Kinderbetreuung in Quantität und Qualität; durch die Förderung der Vielfalt in der Kinderbetreuung, zum einen über die Akzentsetzung zugunsten der familiennahen Tagespflege, zum anderen in dem Bekenntnis zur Trägervielfalt – wieder im Rahmen des neuen Kinderförderungsgesetzes, das die Trägervielfalt in Hessen würdigt und stärkt –; durch die Förderung des Netzwerks Wiedereinstieg; durch den Einsatz für familienfreundliche Arbeitsbedingungen, den man zwar nicht erzwingen, aber vorleben kann – das wird seitens der Landesregierung auch gemacht –; durch die Anerkennung familiärer Sorgearbeit in der Zustimmung zum Betreuungsgeld, auch wenn wir ihm gern eine hessische Gestalt in Form eines Elterngelds II gegeben hätten; und durch das Bekenntnis zum Ehegattensplitting, das beileibe keine Subvention des Hausfrauenmodells, sondern eine Regelung für echte Wahlfreiheit von Familien darstellt. Dazu komme ich nachher noch einmal. Diese Landesregierung ficht für die Freiheit und die Vielfalt in der Lebensgestaltung von Familien. Auch deshalb ist Hessen Familienland.

Drittens. Die Elternverantwortung bleibt der Schlüssel. Je früher die außerfamiliäre Betreuung beginnt, desto größer muss die Sorgfalt sein, mit der wir sie ausgestalten und ausstatten. Umso wichtiger ist es auch, dass man sich um die Nahtstelle zu den Eltern intensiv kümmert.

Der hessische Bildungs- und Erziehungsplan weist genau diesen Weg, indem er sich nicht nur an Erzieher und Pädagogen wendet, sondern die Eltern ganz bewusst und systematisch einbezieht. Genauso steht die hessische Sprachförderung in Kindergarten und Grundschule im Zusammenhang mit Angeboten an die Eltern, die berücksichtigen, dass kindliches Deutschlernen den Nachteil einer fehlenden deutschsprachigen Umgebung zu Hause nur bedingt aufwiegen kann.

Aber auch unabhängig vom Zusammenwirken von Eltern und Pädagogen hat die frühzeitige Elternbildung bei uns eine hohe Priorität. Dies belegen viele verschiedene Maßnahmen, z. B. die Einladung zum Elternkompetenztraining als Teil des Landeswillkommenspakets für Neugeborene und ihre Eltern und der Aufbau eines hessenweiten Netzes von Familienzentren – davon war die Rede –, angedockt an Kindertageseinrichtungen, die alle möglichen Dienstleistungen zusammenführen und den Zugang dazu niederschwellig eröffnen, damit Eltern schnell und unkompliziert Beratung und Hilfe dort finden, wo sie sie benötigen. Zu nennen sind aber auch die Angebote der aufsuchenden Familienarbeit, z. B. über die Familienhebammen.

Dies alles sind Bausteine einer familienunterstützenden Infrastruktur. Der Minister hat viele weitere Mosaiksteine genannt, mit denen Eltern unterstützt werden, ohne sie zu bevormunden, mit denen Eltern entlastet werden, ohne sie aus ihrer Hauptrolle zu entlassen, und mit denen auf die Partnerschaft von Eltern und allen anderen am Wohlergehen, an der Bildung und an der Entwicklung von Kindern Beteiligten gesetzt wird. Die Landesregierung gibt Eltern mit all diesen Maßnahmen Rückendeckung. Auch deshalb ist Hessen Familienland.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Es bleibt aber noch manches zu tun. Hessen ist zwar in den letzten Jahren gut vorangekommen; aber es bleibt noch manches zu tun, um die Familien in Freiheit und Vielfalt weiter voranzubringen. In einem Wahljahr ist es geboten, dazu kurz Stellung zu nehmen.

Die CDU-Fraktion wird sich weiterhin für den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung in Ergänzung zu Schule und Familie einsetzen. Insbesondere muss es dabei gelingen – bei allem Kruden, was heute zu dem Thema Grundschulbetreuung gesagt worden ist –, in Abstimmung mit den Kommunen den Teil der Nachmittagsbetreuung an Grundschulen zu regeln, der noch offen ist. Aber dazu muss man erst einmal erkennen, welcher Teil überhaupt noch offen ist. Wir teilen nämlich nicht die rot-grüne Panikmache auf diesem Gebiet, die die substanziellen Beiträge des Landes im Rahmen von verlässlicher Schule und Ganztagschulausbau ignoriert und zur Verunsicherung der Eltern nach Kräften beiträgt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

95 % der hessischen Grundschulen haben heute ein Angebot zur Nachmittagsbetreuung. Das Angebot ist nicht überall ausreichend – so muss ich es formulieren –; aber 95 % der Grundschulen haben immerhin eines. Es sind nicht nur 20 %; das ist die Zahl, die hier vorhin genannt worden ist. Aber das ist ein Weg, der schrittweise gegangen wird – übrigens jedes Jahr von uns als Gesetzgeber mit 150 neuen Stellen ausgestattet. Das wird fortgesetzt, und das führt zu erheblichen Fortschritten. Es gibt allerdings durchaus noch einen Bedarf.

An dieser Stelle plädiere ich daher dafür, über einen „Pakt für den Nachmittag“ nachzudenken, für den das Land einen Handlungsrahmen bereitstellen könnte und der die vielfach vorhandenen Nachmittagsangebote von Jugendhilfe, von Schulen, von Vereinen, von Initiativen, von Gemeinden und sogar von Eltern je nach den Voraussetzungen vor Ort bündelt und ergänzt. Wir glauben, dass diese Art der Verzahnung von Kommunen und Land als zur Bewältigung des gesamten Aufgabengebiets Beitragende sehr wohl eine Zukunft hat und geboten ist.

Wir teilen nicht Ihre Beschreibung, wonach dies ein völlig unterschätztes Problem ist, auf das diese Landesregierung überhaupt keine Antwort gibt. Das Gegenteil ist richtig. Es gibt im Rahmen der Ganztagschulentwicklung und im Rahmen der verlässlichen Schule große Fortschritte bei der Nachmittagsbetreuung für Grundschulkinder. Für einen kleineren Teil, für den überwiegend die Kommunen die Verantwortung tragen, können wir hier ebenfalls Fortschritte erzielen, und wir stehen dafür, dass dies geschieht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wir setzen uns weiterhin für eine bessere Anerkennung familiärer Sorgearbeit von Frauen und Männern ein, auch als besonderes Qualifikationsmerkmal in der Arbeitswelt – am besten auf allen Unternehmensetagen. Wir streben flächendeckende Sprachstandserfassungen für alle Kinder im vierten Lebensjahr an: als Grundlage systematischer Sprachförderungen im Rahmen der Qualifizierten Schulvorbereitung und für ergänzende Maßnahmen in der Grundschule.

Wir wollen auch dafür arbeiten, dass die Zukunftsbeiträge von Familien künftig noch stärker anerkannt werden. Vorstellen können wir uns dies z. B. in Form einer zusätzli-

chen Familienkomponente beim Splitting. Vor allem aber werden wir dafür kämpfen, dass die finanziellen Voraussetzungen für Eigenverantwortung und Wahlfreiheit von Familien zumindest erhalten bleiben.

Sie hingegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, schmieden recht düstere Zukunftspläne für die Familien, nicht nur in Hessen, sondern sogar deutschlandweit.

(Zuruf von der SPD: Finstere Gestalten!)

Dabei möchte ich einen Augenblick unter der Überschrift „Familien zählen, oder sie zahlen“ verweilen. Die Pläne der Opposition von Rot und Grün – ich will nur einige Stängel aus dem bunten Strauß herausgreifen, der heute Nachmittag genannt worden ist – bedeuten vor allem eines: das Gegenteil von Familienfreiheit. Sie von der SPD wollen das Ehegattensplitting für neu geschlossene Ehen abschaffen und den steuerlichen Grundfreibetrag durch ein höheres Kindergeld für untere Einkommensgruppen ablösen. Sie von den GRÜNEN wollen das Ehegattensplitting für mittlere und höhere Einkommen sogar sofort streichen, und Sie wollen ebenfalls die Günstigerprüfung abschaffen. Dann wollen Sie noch eine Menge mehr, was in dieselbe Richtung zielt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Durch eine Individualbesteuerung ersetzen!)

Dabei möchte ich kurz verweilen. Erstens. Das höhere SPD-Kindergeld für niedrige Einkommen entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Mogelpackung; denn der existierende Kinderzuschlag – 140 € pro Kind –, den Eltern mit Einkommen knapp oberhalb des ALG-II-Satzes nach bestimmten Bedarfskriterien erhalten, bildet genau die Differenz zwischen dem bisherigen Kindergeld und dem SPD-Kindergeld ab. Für Geringverdienende ändert sich nach Ihrem Modell also gar nichts, während den Mittelstandsfamilien die Steuervorteile gekappt werden, auf die sie dringend angewiesen sind.

Dass die steuerliche Freistellung des Existenzminimums auch von Kindern über die Günstigerprüfung einem Auftrag des Verfassungsgerichts entspricht, der übrigens noch nicht zur Gänze erledigt ist, erwähne ich hier nur am Rande. Es bleibt das Geheimnis der SPD, wie sie ihren Reformvorschlag mit dieser Vorgabe in Einklang bringen will.

Zweitens. Sie legen beide die Axt ans Ehegattensplitting. Dabei ist das Ehegattensplitting der Inbegriff familiärer Wahlfreiheit, sowohl im Hinblick auf die Aufteilung der Erwerbs- und Familienaufgaben als auch im Hinblick auf die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau.

Es ist keine primär familienfördernde Maßnahme und schon gar nicht eine Subvention der Hausfrauenehe. Es wirkt genauso für die Fernsehmoderatorin und den Kameramann wie für den Vorstandsvorsitzenden und seine Sekretärin. Wo Ehepartner gleich viel verdienen, verliert es seine Funktion. Das Ehegattensplitting sorgt also dafür, dass es steuerlich keinen Unterschied macht, wer wie viel in die gemeinsame Kasse bringt. Es sorgt dafür, dass langfristige Bindung nicht zur Schlechterstellung führt. Aber es setzt gerade keinen Anreiz für diese oder jene Form der Arbeitsteilung, weil es alle Varianten steuerlich gleich behandelt. Es ist das Kardinalinstrument freier Entscheidungen von Familien und kommt im Übrigen in mehr als 90 % der Fälle Familien mit Kindern zugute.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb weiß es auch die ganz überwiegende Mehrheit der Deutschen zu schätzen und will es erhalten sehen. Rot-Grün hingegen lässt keine Gelegenheit aus, das Splitting als vorgestrig und emanzipationsfeindlich abzutun. Da wird es Ihnen auch nichts helfen – die Wähler werden nämlich ihr Urteil dazu abgeben –, dass Sie von der eigentlich beabsichtigten Komplettabschaffung taktisch ein Stückchen abgerückt sind.

Drittens. Sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition, kluge Menschen haben bereits ausgerechnet, dass Ihre Pläne im Ergebnis mindestens jede dritte Familie in Deutschland, und zwar um nicht geringe Beträge, belasten werden.

(Torsten Warnecke (SPD): Zwei Drittel besser!)

Dafür machen Sie recht vollmundige Versprechungen, wie Sie mit den so ersparten Milliarden die Bildung und die außerfamiliäre Betreuung endlich umfassend ausfinanzieren werden. Wir hingegen sichern künftigen Familien Freiräume, indem wir schon heute jeden Euro, sogar die Familieneuros und die Bildungseuros, zweimal umdrehen. Aber wir lassen auf jeden Fall die Finger vom Familienleistungsausgleich, wie er aktuell besteht. Sie hingegen greifen den Familien in beide Taschen, indem Sie ihnen einerseits sofort kostbare finanzielle Spielräume nehmen wollen, und andererseits den sehr weitgehenden, wenn nicht sogar rundum betreuenden und fördernden Staat ausrufen, der wenig bis keine Alternative zulässt und den Sie nur zulasten künftiger Generationen und wiederum mit dem Griff in die Familienportemonnaies finanzieren werden können.

Viertens und letztens. Die jüngste ifo-Studie hat aus meiner Sicht ein sehr interessantes Ergebnis erbracht. Ein um x höheres Kindergeld hat dazu geführt, dass Eltern, vor allem Frauen, ihre Arbeitszeit um mehr als das Äquivalent von x reduziert haben, weil sie mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen wollten und es damit auch konnten. Sie mussten dies nicht. Es war ihre freie Entscheidung, die ich angesichts der zahlreichen Kritiker, die sich dazu zu Wort gemeldet haben, übrigens ausdrücklich verteidigen will. Es sagt uns nämlich viel über die Prioritäten der Leute. Kinder und Jugendliche wünschen sich mehrheitlich mehr und nicht weniger Zeit mit ihren Familien. Das gilt auch für Eltern, die berufstätig sind, und sogar für immer mehr Väter.

Wer Familien Mittel entzieht, und sei es, um damit vermeintlich Familien dienende Systeme zu finanzieren, die aber durchaus nicht von allen gewollt und gewählt werden, ignoriert den zentralen Wunsch nach mehr individueller Familienzeit fern der Erwartungen von Staat und Gesellschaft. Er vergreift sich damit an einer ziemlich kostbaren Ressource: der Freiheit und der Vielfalt von Familien in Hessen und sogar in Deutschland.

Damit komme ich zum Anfang zurück. Wir brauchen die Freiheit und die Vielfalt unserer Familien als maßgebliche Voraussetzung für die Zukunft unserer Gesellschaft. Aus ihnen speist sich ein familien- und kinderfreundliches Klima, das immer wieder Lust und Mut zu Familie macht und die Bindung und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärkt. Dies ist das Grundanliegen christdemokratischer Familienpolitik, die Familien und ihre bedeutenden Leistungen anerkennt, ihre schwächsten Mitglieder, die Kinder, besonders im Auge hat, Eltern ernst nimmt und fordert, aber auch entlastet und unterstützt, für diese Ziele

nicht nur staatliches, sondern auch privates und sogar gemeinnütziges Engagement mobilisiert.

Zum Schluss. Hessen ist Familienland – schon jetzt. Dies gilt es für die Familien weiterzuentwickeln, die in ihrer Verschiedenheit zählen und nicht nur zahlen sollen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wiesmann. – Es liegen uns keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Regierungserklärung des Hessischen Sozialministers betreffend „Hessen hat Familiensinn“.

Es ist noch über drei Entschließungsanträge abzustimmen. Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 42** auf:

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Hessen ist Familienland – Drucks. 18/7361 –

Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. In Abwesenheit des fraktionslosen Abgeordneten hat dieser Antrag eine Mehrheit erzielt.

Wir kommen zu dem **Tagesordnungspunkt 59:**

Dringlicher Entschließungsantrag der Abg. Dr. Spies, Merz, Decker, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend Hessen muss erst Familienland werden – Drucks. 18/7393 –

Wer diesem Dringlichen Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD, GRÜNEN und DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist dieser Dringliche Entschließungsantrag in Abwesenheit des fraktionslosen Herrn Paulus abgelehnt worden.

Tagesordnungspunkt 62:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend zu spät, zu wenig, zu schlecht – massive Versäumnisse in der Familienpolitik – für eine aktive Familienpolitik – Drucks. 18/7396 –

Wer diesem Dringlichen Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. In Abwesenheit von Herrn Paulus ist dieser Dringliche Entschließungsantrag abgelehnt worden.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich schließe die Sitzung. Wir sehen uns morgen um 9 Uhr. Vielen Dank.

(Schluss: 18:27 Uhr)